KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 139 September/Oktober 2008 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 139 September/Oktober 2008 berichten wir über:

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Protest gegen das Verbot von ROJ TV
Foto: Annett Bender

Rückseite:
Ronahî – Andrea Wolf

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Die Kampagne „Êdî bes e" gewinnt an Umfang. Ziviler Protest überall, wo KurdInnen leben Foto: A. Bender



Armutsbekämpfung und Schaffung sicherer Lebensbedingungen haben Priorität in Kurdistan Foto: DIHA



Demonstration in Dersim gegen die Staudamm-Projekte Munzur und Hasankeyf Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der Sommerzeit wurden in der Türkei wichtige anstehende politische Themen behandelt. Zum einen entschied das türkische Verfassungsgericht am 30. Juli, die Regierungspartei AKP nicht zu verbieten, sondern lediglich mit einer finanziellen „Verwarnung" zu belegen. Politisch ist die AKP aus diesem Rechtsstreit gestärkt hervorgegangen. Zum anderen ging es parallel dazu um das sogenannte *Ergenekon*-Verfahren gegen eine illegale ultranationalistische Bandenorganisation, der u. a. mehrere Ex-Generäle angehörten. Sie soll versucht haben, die Türkei durch Attentate und Massendemonstrationen ins Chaos zu stürzen, um eine Intervention des Militärs zu provozieren. Diese beiden Verfahren wurden von vielen Türkeikennern im Zusammenhang und als ein wesentlicher Teil des Machtkampfes zwischen kemalistisch-nationalistischen Kreisen und konservativ-islamischer AKP-Regierung gesehen. Das wird auch noch einmal dadurch illustriert, dass nach dem Verfassungsgerichtsentscheid im AKP-Verfahren auch das *Ergenekon*-Verfahren immer weiter aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt wird. Es wurde als Trumpfkarte eingesetzt, ohne wirklich die Türkei von illegalen Bandenstrukturen säubern zu wollen. Mehr dazu in diesem Heft, wie auch schon in den vorherigen Ausgaben.

Jetzt wird natürlich auch mit großer Spannung das Urteil im Schließungsverfahren gegen die DTP erwartet. Werden die Richter auch hier ähnlich urteilen wie im Falle der AKP, kann dies als ein Kurswechsel in der bisherigen traurigen und undemokratischen Tradition der Parteiverbote in der Türkei bewertet werden. Zumindest als ein Wandel innerhalb der Justiz, sich nicht mehr zum Handlanger politischer Interessen machen lassen zu wollen. Sollte aber die DTP verboten werden, wird die politische Abhängigkeit der Justiz sowie die Diskriminierung der Kurden erneut bewiesen sein. Schon bald werden wir eine Antwort erhalten.

Unbeirrt von der Tagespolitik führte das türkische Militär ununterbrochen seine Angriffe gegen die kurdische Guerilla sowohl innerhalb der Türkei als auch im Nordirak durch. Der Irak und somit auch Südkurdistan werden keine Ruhe finden, solange andere Mächte ihre Interessen mit allen Mitteln – notfalls auch mit Gewalt – durchzusetzen versuchen. Die Selbstmordanschläge in Kirkuk sind eines davon. Unbedingt soll das Referendum über die Zugehörigkeit Kirkuks verhindert werden. So wie bekannt wurde, dass die Türkei Waffen an Georgien verkauft und damit zur Instabilität im Kaukasus beiträgt, so ist es auch längst kein Geheimnis mehr, dass sie ebenfalls einen erheblichen Beitrag zur Destabilisierung des Irak leistet. Auch zu Kirkuk finden Sie etwas in diesem Heft.

Während die Welt durch patriarchale Machtpolitik zunehmend in den Ruin getrieben wird, nimmt die Suche von Frauenorganisationen nach einer Alternative zu, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. So gibt es jetzt einen neuen Vorstoß der kurdischen Frauenbewegung für eine „Frauenverfassung". Dieses Projekt resultiert aus einer klaren Systemkritik, dass über Reformen keine Systemfehler zu überwinden sind. Ein Beitrag in dieser Ausgabe beschäftigt sich mit dem Projekt, um es überhaupt erst einmal bekannt zu machen. Sicherlich werden wir das Thema weiter verfolgen.

Diese Ausgabe räumt auch sozialen und ökologischen Themen Platz ein. So einem Artikel von Evrim Alataş über Armut in Diyarbakır sowie einem interessanten Text über die Dürre, die Kurdistan in diesem Jahr plagt. Auch Hasankeyf bleiben wir in diesem Heft treu.

Wir wünschen eine interessante Lektüre.
Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Das Chaos in der Türkei, die kurdische Frage und die PKK

Cemil Bayık, KCK

In der Türkei herrscht zurzeit eine sehr brenzlige politische Situation. Um diese politische Phase nachvollziehen zu können, ist es notwendig, einige Entwicklungen tiefgründiger zu analysieren.

Nach dem Übereinkommen von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und dem früheren Generalstabschef Yaşar Büyükanıt in Dolmabahçe wurde eine neue politische Linie eingeschlagen. Den Sommer und Herbst 2007 über haben alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte dieses Übereinkommen mit dem Ziel unserer Eliminierung unterstützt. Diese politische Positionierung gegen unsere Bewegung hat ihren Höhepunkt auf dem Treffen von Erdoğan und Bush am 5. November letzten Jahres erreicht. Nachdem offensichtlich war, dass durch die militärischen Operationen in Nordkurdistan, durch politischen Druck sowie psychologisch geführten Krieg gegen uns unsere Stärke nicht gebrochen werden kann, wurden rege Luftangriffe durchgeführt, zu denen geheimdienstliche Informationen von den USA geliefert wurden. Unsere Antwort darauf war selbstverständlich die Verstärkung unseres Willens in diesem Kampf. Um diese vielseitigen Angriffe ins Leere laufen zu lassen, starteten wir die „Êdî bes e"-Kampagne. Die rege Teilnahme des kurdischen Volkes, vor allem jedoch von Frauen und Jugendlichen sowie der große Zap-Widerstand der Guerilla haben das Erdoğan-Büyükanıt-Abkommen und die Erdoğan-Bush-Abmachung sowie deren politische Ziele ins Leere laufen lassen. Das Wichtige an dem Ganzen ist, dass dies auch das Beziehungsnetz, das ausschließlich für die Eliminierung unserer Bewegung gegründet wurde, haltlos gemacht hat. Nachdem die nationalistischen Kreise merkten, dass sie keinen Erfolg mit dem Eliminierungsplan gegen die PKK haben, begannen sie einen neuen Schritt. Nun sollte die AKP aus dem Weg geräumt werden, um ihre Kraft innerhalb des Staates zu verringern. Deshalb wurde das Verbotsverfahren eröffnet. Die AKP merkte dies und versuchte nun, die militärisch-bürokratischen Kreise von sich zu überzeugen, und verschärfte ihre Politik gegen das kurdische Volk und die Demokratiebefürworter. Somit war sie auf der Suche, um mit dem Militär und anderen Kreisen auf der Grundlage der Vernichtung der PKK zu neuen Vereinbarungen zu kommen. Deshalb beschleunigte sie ihre zahlreichen diplomatischen Gespräche, um Unterstützung zu bekommen. Sie dachte sich, dass sie beim Thema PKK die Unterstützung der Mächte von außen (aus dem Ausland) bekommen würde, wenn sie die Kreise, die der AKP die Macht nehmen wollen, disqualifizierte. Denn dies sind auch die Kreise, von denen das Militär, die USA und die EU-Staaten sich gestört fühlen. Die Disqualifizierung dieser würde also vielen etwas nützen und sie würde hierfür auch noch die Unterstützung im Kampf gegen die PKK bekommen. Also ist es nicht falsch zu sagen, dass die Inhaftierung von einigen Generälen, das Lossagen von einigen „Radikalen" in Wirklichkeit mit dem neuen Konzept gegen unsere Bewegung zu tun hat. Ein dem Dolmabahçe-Bündnis ähnelnder Zusammenschluss ist also auch zwischen Erdoğan und İlker Başbuğ entstanden. Denn im Endeffekt wurden die *Ergenekon*-Operation und die damit verbundene Festnahme von einigen Generälen im Anschluss an dieses Treffen durchgeführt.

> Mögliche Lösungsansätze in Kurdistan werden erst auf die Tagesordnung kommen können, wenn diese Eliminierungspläne ins Leere laufen gelassen wurden

Die Türkei hat es nicht vorgezogen, aus der letzten erfolglosen Phase eine Lehre zu ziehen und bezüglich der kurdischen Frage ein Lösungskonzept einzugehen. Von Personen, die innerhalb des Staates einen Machtkampf führen, war auch nichts anderes zu erwarten.

Während die AKP versucht, in einer solch verzwickten politischen Konjunktur eine Akzeptanz für sich zu erreichen, ist das Militär dabei, neue Eliminierungspläne gegen die PKK zu schmieden. Das Treffen von Erdoğan und Başbuğ ist entstanden, weil beide Seiten hinter den gleichen politischen Profiten her waren. Gegenwärtig existiert in der Türkei keine politische Strategie, die in irgendeiner Weise die Lösung der kurdischen Frage vorsieht. Die nahe Zukunft wird also mit militärischen Operationen des türkischen Militärs gefüllt sein. Gegen das Eliminierungskonzept wird die kurdische Freiheitsbewegung jedoch großen Widerstand leisten. Mögliche Lösungsansätze in Kurdistan werden erst auf die Tagesordnung kommen können, wenn diese Eliminierungspläne ins Leere laufen gelassen wurden. Die Chancen für das kurdische Volk stehen vor allem in Nordkurdistan sehr gut. Mehr als zuvor sind die Möglichkeiten, die Freiheit zu bekommen, gestiegen. Die PKK besitzt die Kraft, eine Lösung für die kurdische Frage zu erzwingen. Werden die Widerstandsmöglichkeiten des Volkes richtig bewertet, dann ist auch eine

demokratische Lösung der kurdischen Frage möglich.

Die PKK leistet Widerstand gegen diese Angriffe

Aus unseren Erfahrungen wissen wir, dass der schwerste Kampf der gegen die Verleugnung ist. Die Türkei sagte sich: „Gegenwärtig steht es hier im Mittleren Osten nicht so gut um die USA. Sie planen eine Intervention in den Iran. Daher kann ich von den USA die volle Unterstützung im Kampf gegen die PKK bekommen, wenn ich voll und ganz auf der politischen Linie der USA liege. Wenn wir die politische Linie der USA akzeptieren, schaffen wir es, die USA, die KDP und die PUK gegen die PKK zu hetzen. Somit werden wir das Problem der PKK los." Die *Ergenekon*-Operation wurde durchgeführt, um den USA und den europäischen Staaten die Botschaft zu geben, „wir eliminieren diejenigen, von denen Ihr euch gestört fühlt, dafür möchten wir von Euch die volle Unterstützung im Kampf gegen die PKK".

Als Resultat der Übereinkunft von Erdoğan und Büyükanıt ergaben sich die Luftangriffe und die Bodenoperation in Südkurdistan. Die Übereinkunft von Erdoğan und dem neuen Generalstabschef İlker Başbuğ wird noch härtere Angriffe auf unsere Bewegung mit sich bringen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass während der Neuformierungsphase der Balancen im Mittleren Osten auch der Kampf an sich sehr vielfältig und kompliziert sein wird. Die Türkei wird in dieser Phase all ihre Möglichkeiten mobilisieren, um unsere Bewegung zu eliminieren. Sie wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um uns mit den USA und den südkurdischen Parteien zu konfrontieren. Denn das türkische Militär weiß aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass sie allein gegen die Guerilla nicht bestehen wird. Selbstverständlich haben wir uns auf das Schlimmste vorbereitet und sind gegen jegliche Art von Angriffen vorbereitet. Sollte der türkische Staat in der kurdischen Frage keine Lösungsschritte eingehen, werden wir, wie stark sie auch angreifen werden, unter jeder Bedingung Widerstand leisten. Ein Volk, dessen Identität, Sprache und Kultur geleugnet werden, dem verboten wird, sich mit der eigenen Identität zu organisieren und einen eigenen Willen aufzuweisen, weiß es, Widerstand zu leisten. Daher ist niemand in der Lage, die Widerstandsdynamik der PKK zu unterdrücken. Zudem ist es Fakt, dass die PKK in der gesamten Gesellschaft verankert und zu einer Widerstandskultur im Volk geworden ist.

> Die Übereinkunft von Erdoğan und dem neuen Generalstabchef İlker Başbuğ, werden noch härtere Angriffe auf unsere Bewegung mit sich bringen

Die PKK ist gegen Drogenhandel

Vor kurzer Zeit gaben die USA bekannt, dass sie unsere Bewegung in die Liste der Organisationen aufgenommen haben, die mit Drogen handeln würden. Dass die kurdische Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK mit Drogen handelt, glaubt weder die US-amerikanische Regierung noch irgendeine verantwortliche Person in den USA und Europa. Im Gegenteil: Es ist bekannt, dass die PKK Personen, die mit Drogen handeln, versucht, davon abzuhalten. Natürlich gibt es auch Kurden, die mit Drogen in Kontakt sind. Jedoch ist es Fakt, dass die PKK dies negativ bewertet. Es ist uns bekannt, dass die türkische Regierung kurdische Jugendliche bewusst mit diesem schmutzigen Geschäft bekannt macht, damit sie nicht in Verbindung mit der PKK treten. In Bingöl sind kurdische Jugendliche in Drogenaffären verwickelt. Ohne Frage stecken hier die Finger des Staates mit drin. Ebenso ist bekannt, dass diese Jugendlichen bewusst zum Drogenkonsum angeregt werden. Während dies der Fall ist, ist es als Diffamierung zu bewerten, dass die USA die kurdische Freiheitsbewegung mit solchen Behauptungen in Verbindung bringen. Die USA beschuldigen die kurdische Freiheitsbewegung, obwohl die Türkei wegen Drogenschmuggels anzuklagen ist. Die USA haben sich hiermit an der Bestrebung, das Image der Kurden international zu beschmutzen, beteiligt und sind zum Teil dessen geworden. Wenn wegen Drogenschmuggels Schuldige gesucht werden, sollten das ohne Frage in erster Linie die Türkei und der Iran sein. Während wir bezüglich des Iran keine detaillierten Informationen besitzen, wissen wir jedoch, dass die Türkei durch diesen Schmuggel Millionen von Dollar verdient. Vielleicht sind sie keine offiziellen Partner, aber dadurch, dass sie beim Schmuggel und dem Handel von Drogen die Augen zudrücken und Schmiergeld bekommen, verdienen sie Millionen. Damit wird der schmutzige Krieg gegen das kurdische Volk finanziert. Es ist uns bekannt, dass Tansu Çiller während ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin in den 1990er Jahren den schmutzigen Krieg durch das Hinnehmen des Drogenschmuggels finanziert hat. Dies war auch Bestandteil der Verfassungsberichte der europäischen Staaten. Deshalb wurde die Türkei auch abgemahnt. Auch heute versucht der türkische Staat, durch schmutzige Geschäfte Geld zu verdienen, um somit seine finanzielle Situation während des schmutzigen Krieges gegen das kurdische Volk aufrechtzuerhalten.

Ohne Frage hat es einen politischen Hintergrund, dass die USA nicht die wahren Schuldigen – den türkischen Staat – sondern die kurdische Freiheitsbewegung verurteilen. Es ist offensichtlich, dass sie die Türkei hierdurch zufriedenstellen möchten, um sie dann für ihre politische Linie im Mittleren Osten zu benutzen. Außerdem versuchen die USA hiermit, die in der Türkei gegen sie existierende Anspannung zu reduzieren. Beispielsweise fühlt sich die Türkei von der Beziehung der USA zu den südkurdischen Parteien gestört. Hierdurch wird eine künstliche Anti-USA-Haltung entwickelt. Den USA ist dies bewusst. Deshalb versuchen sie durch diese und ähnliche feindliche Haltungen gegen die PKK, diese Antihaltung zu beheben. Allen Mächten auf der Welt ist es bekannt, dass die Türkei Schwierigkeiten mit der PKK hat. Daher versuchen alle, die etwas von der Türkei erzwingen möchten, etwas gegen die PKK zu tun.

Das ROJ-TV-Verbot in Deutschland ist sinnlos

Dass Deutschland die Ausstrahlung von ROJ TV verboten hat und dies auch von anderen Staaten erwartet, hat denselben Hintergrund. Mit dem Verbot von ROJ TV hegt Deutschland Erwartungen an die Türkei. Dieser Schritt trägt die Botschaft: „Wir haben ROJ TV verboten, wenn Ihr das machen solltet, was wir möchten, werden wir auch noch weitere Schritte gegen die Kurden einleiten." Für internationale Mächte spielen ethische Werte in der Außenpolitik, vor allem wenn es um den Mittleren Osten geht, keine so große Rolle. Die Außenpolitik in dieser Region wird nach dem Motto „gib mir was ich will, dann bekommst Du, was Du willst", gespielt. In Bezug auf ROJ TV gibt es vieles, was Deutschland von der Türkei bekommen hat.

Offensichtlich ist, dass auch die USA hinter dem Verbot stehen. Die USA möchten die Türkei in ihrer politischen Linie im Mittleren Osten, vor allem jedoch in Bezug auf den Irak und Iran benutzen. So wie durch die Verschiebung des Referendums in Kerkük, durch die die Türkei und andere Mächte zufriedengestellt wurden, steckt auch dasselbe Ziel in der Aufnahme der PKK in die Liste der Organisationen, die mit Drogen handelnn und im Verbot von ROJ TV.

Jeder sollte wissen, dass die Politik im Mittleren Osten nicht nach dem Gerechtigkeitsprinzip durchgeführt wird. Die Außenmächte formen ihre Politik bezüglich des Mittleren Ostens ausschließlich nach politischen und wirtschaftlichen Profiten. Natürlich wird die politische Linie von der Kraft des jeweiligen Akteurs bestimmt. Eben diese politische Konjunktur ist es, die die Beziehung zwischen der PKK und den Außenmächten bestimmt. Die Kurden sind im Mittleren Osten zu einer Kraft geworden. Vor allem, dass sich die Beziehung unter den Kurden allmählich verbessert, lässt die Kurden politisch noch wirksamer werden. Dies führt dazu, dass sie auch als politische Kraft Ansehen erlangen. Jedoch besteht seitens der USA und der EU keine Haltung der Türkei gegenüber, die eine Lösung der kurdischen Frage unterstützt. Auch wenn sie das Bestehen einer solchen Problematik nicht bestreiten, so besitzen sie jedoch kein lösungsorientiertes Bewusstsein.

Eine demokratische Lösung für Kerkük ist nötig

Der Demstore-Bericht [*Bericht über Kerkük*] wurde vor kurzem veröffentlicht. Dieser Bericht sollte im Kontext der politischen Entwicklungen in der Region betrachtet werden. Es gibt qualitative Unterschiede zwischen einem Kurdistan mit Kerkük und einem ohne. Die Außenmächte wissen dies besser als die Kurden selbst. Es ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Es geht weit darüber hinaus. Sollte Kerkük nicht mehr eine Stadt Kurdistans sein oder die Kraft der Kurden in Kerkük neutralisiert werden, wird dies großen Einfluss auf die *Kurdische Föderation* haben. Es würde deren Neutralisierung bedeuten. Daher sollte dieser Bericht nicht als Bericht der UNO, sondern als ein Bericht derer aufgefasst werden, die in der Region ihre kolonialistische Herrschaft über die Kurden weiterführen möchten. Wir sind der Meinung, dass die Spiele, die mit Kerkük gespielt werden, ins Leere laufen, wenn alle kurdischen Akteure in einer Haltung der nationalen Einheit ihre Kraft vereinen. Die Lösung für Kerkük wäre, wenn es mit einem autonomen Status ein Teil Kurdistans werden würde. Im Kontext der politischen, kulturellen und sozialen Realität scheint dies der richtige Schritt zu sein. Kerkük ist ein Teil Kurdistans und eine kurdische Stadt. Zum anderen ist es eine Stadt, in der andere Kulturen leben und auch leben sollen. Wir sind definitiv gegen den Krieg zwischen Völkern. Wir stehen dafür, dass der Wille von allen ethnischen und religiösen Unterschieden in Kerkük zum Ausdruck kommen soll. Wir sind ebenso der Meinung, dass Minderheiten, da sie besonders benachteiligt sind, besondere Rechte genießen müssen. Kerkük sollte eine demokratisch-konföderale Organisierung erlangen. Alle religiösen Gesellschaften und sozialen Kreise sollten die Möglichkeit bekommen, sich auf eine demokratische Weise zu organisieren. Sie sollten auf der Grundlage der demokratisch-konföderalen Organisierung zusammengebracht werden. Somit besteht die Möglichkeit, dass der demokratische Konföderalismus Kerküks institutionalisiert wird und zu einer demokratisch-politischen Kraft heranwächst. Es wäre eine gute Lösung, wenn Kerkük auf dieser Grundlage zusammen mit seinem Autonomiestatus ein Teil der *Kurdistan-Föderation* wird. Somit könnte Kerkük ein Modell für ganz Kurdistan und den Irak werden.

Die Eliminierungspläne werden keinen Erfolg haben

Erst vor kurzem hat der zukünftige Generalstabschef İlker Başbuğ erklärt, dass „die größte Gefahr eine *Kurdische Föderation*" wäre. Die kurdischen Führer, allen voran Celal Talabani, sollten dies wissen und dementsprechend handeln. Die Türkei versucht, das, was sie selber nicht erreichen kann, durch die Hand der Kurden zu bekommen. Wenn selbst normale Kurden, die nicht viel von Politik verstehen, diese politischen Spiele erkennen, dann müssten das auch die kurdischen Führer, die politische Erfahrung gesammelt haben. Es sind Druckmittel gegen die Kurden im Süden aufgebaut worden. Im Gegensatz zum Druck, dem die PKK ausgesetzt ist, sind die „Angriffe", denen die südkurdischen Kräfte ausgesetzt sind, leicht zu überwinden. Wenn die PKK gegenüber den sehr harten Angriffen widersteht und von der eigenen Linie nicht abrückt, dann können das auch die südkurdischen Kräfte mit Leichtigkeit tun. Auf einen Angriff auf Südkurdistan würden sofort alle Kurden reagieren. So sollten auch die südkurdischen Kräfte gegenüber Angriffen gegen die Freiheitsbewegung sensibel reagieren. Sollten die südkurdischen Kräfte an den Spielen, die gegen die PKK gespielt werden, teilhaben, würden sie die grundlegende Unterstützung des kurdischen Volkes verlieren und somit ihre errungene Stärke. Die südkurdischen Kräfte sollten durch ihre Haltung zeigen, dass es nicht möglich ist, die Kurden gegeneinander aufzuhetzen. ♦

Eine Form psychologischer Kriegsführung

Güngören: Warum wird gleich die PKK verdächtigt?

Mustafa Karasu, 28. Juli 2008

Der Anschlag in Güngören, der Zivilisten das Leben kostete, wird sofort der kurdischen Freiheitsbewegung angelastet. Damit sollen der aus den *Ergenekon*-Ermittlungen und dem Verbotsverfahren gegen die AKP resultierende Machtkampf und die politische Krise verdeckt werden. Da der türkische Staat hauptsächlich mit dem Aufbau gesellschaftlichen und politischen Drucks gegen die PKK beschäftigt ist, wundert es uns nicht, dass die PKK für die Tat verantwortlich gemacht wird. Die kurdische Freiheitsbewegung hat wiederholt erklärt, sie führe keine Aktionen gegen Zivilisten aus. Sie hat diejenigen, die solche Anschläge als politisches Mittel verwenden, immer verurteilt. Daher sind diese Anschuldigungen nicht glaubhaft und werden sich als falsch erweisen. Die Gesellschaft wird damit nur wenige Tage abgelenkt werden können. Zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Befreiungsbewegung herrscht seit 35 Jahren Krieg. Da der türkische Staat seine Leugnungs- und Repressionspolitik gegen das kurdische Volk nicht aufgibt, ist kein Ende in Sicht. Daraus resultiert, dass der türkische Staat jedes derartige Vorkommnis in der Türkei, auch wenn es nichts mit der kurdischen Freiheitsbewegung zu tun hat, der PKK zuschreibt. Seit 30 Jahren wird dies praktiziert; ebenso nach dem Anschlag in Güngören. Anschließend erklärte der Ministerpräsident: „Solche Aktionen werden unseren Willen im Kampf gegen den Terror nicht brechen." Damit will er nochmals zeigen, dass sie die entschlossenste Kraft im Kampf gegen die PKK sind.

Wirf mit Dreck, damit etwas davon hängen bleibt

Die gesamte Medienlandschaft, allen voran die AKP-nahe, legt diesen Anschlag der PKK zur Last. Auch manche, die durch das *Ergenekon*-Verfahren in Bedrängnis geraten sind, versuchen so, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Dies ist äußerst besorgniserregend. Offensichtlich kann eine Organisation, die im Kampf gegen ihre Gegner ihre eigenen Leute tötet, einen solchen Anschlag problemlos ausführen. Dass die Medien ihn ohne Hinterfragen der PKK anlasten, ist scheinbar ein Versuch zu vertuschen. Wir beharren nicht auf dieser These, jedoch scheint dies in Anbetracht der politischen Situation am ehesten zuzutreffen. Der türkische Staat nutzt die Ermittlungen im *Ergenekon*-Prozess, um die PKK zu schwächen und zu verurteilen. Vor allem die AKP-nahe Presse ist hier sehr bemüht. Somit versucht die AKP mit der Botschaft „Ihr werdet keinen Besseren für den Kampf gegen die PKK finden", die Zweifel im Staatsapparat ihr gegenüber auszuräumen. Die Strategie, sich durch Feindseligkeit gegenüber PKK und kurdischer Befreiungsbewegung im Staat zu profilieren, wird fortgesetzt. Was gestern die *Ergenekon*-Leute gemacht haben, wird heute von der AKP und ihren Getreuen praktiziert.

In den letzten ein, zwei Jahren war von den staatlichen Geheimdiensten und den *Ergenekon*-Leuten in der Öffentlichkeit eine antiamerikanische Haltung entwickelt worden. Täglich waren Beziehungen zwischen PKK und USA propagiert worden, am intensivsten aus den Kreisen um den inhaftierten Doğu Perinçek [*Vorsitzender der İşçi Partisi, Arbeiterpartei*] und die Zeitung *Cumhuriyet*. Mit dem us-feindlichen Wind hatte man die PKK treffen wollen. Heute herrscht in der Türkei eine Anti-Putsch-Haltung, es wurde eine Anti-*Ergenekon*-Öffentlichkeit geschaffen. Da diese Art von Organisationen am meisten der kurdischen Sache geschadet hat, will man deren Freiheitsbewegung unter Ausnutzung der *Ergenekon*-feindlichen Stimmung unter den Kurden und innerhalb der Gesellschaft schwächen. Offensichtlich handelt es sich dabei um eine Art psychologischer Kriegsführung. Die PKK, noch gestern als den USA nahestehend präsentiert, soll heute mit einer sich selbst als eurasisch und US-feindlich definierenden Konterguerilla in Verbindung gebracht werden. Das ist an den Haaren herbeigezogen. Wichtig jedoch ist: „Wirf mit Dreck, damit etwas davon hängen bleibt." Da ein Großteil der Bevölkerung als apolitisch gilt, denkt man, dass sie alles glauben, womit die Medien die Menschen bombardieren.

„Mit zwei Steinen einen Vogel abschießen"

In der Anklageschrift erscheint die proklamierte Verbindung zwischen *Ergenekon* und PKK wie ein Ausbesserungsflicken. Es wurde unter anderem die falsche Behauptung aufgestellt, die *Ergenekon* habe angeblich die PKK-Führung und die kurdische Führungspersönlichkeit zur Liquidierung anderer benutzen und an deren Stelle junge türkische Offiziere treten lassen wollen! Darüber lachen selbst die Hühner [*türk.: die Raben*]. Die PKK ist eine ideologische Bewegung. Ihre Organisationsstruktur

und Haltung resultieren aus jahrelanger ideologischer Erfahrung. Ihre Führung versucht, diese Ideologie und das Selbstverständnis mit ihrer Erfahrung zu repräsentieren. Auch die Kader der PKK sind geschult. Wenn die aktuelle Führung die Führungspersönlichkeit und die PKK-Linie nicht optimal vertritt, kann sie von den Kadern abgewählt werden. Wer die Realität der PKK und ihre ideologische Haltung nicht verinnerlicht, wird nicht geduldet. Zudem fallen Führungen ja nicht vom Himmel. Die Organisationsstruktur bringt Personen, denen sie vertraut und von denen sie überzeugt ist, in diese Position. Somit sind solche oben genannten Aussagen nicht nur erfunden, sondern zeigen auch, dass ihre Urheber die PKK nicht kennen.

In der *Ergenekon*-Anklageschrift wird behauptet, viele unbekannte Ereignisse gingen auf das Konto der Festgenommenen. Diese Behauptung hat unseres Erachtens einen hohen Wahrheitsgehalt. Abdullah Öcalan und die PKK hatten bereits geäußert, dass viele Aktionen sogenannter „unbekannter Täter“ auf Gruppen, die sich im Inneren des Staates entwickelt haben, zurückzuführen seien. Es wurde betont, dass die Zentrale für psychologische Kriegsführung jegliche Mittel einsetze, um die Gesellschaft nach ihren Wünschen zu formen. Solange die kurdische Frage nicht gelöst wird, wird die Türkei weiterhin mit erstaunlichen und ungeklärten Ereignissen konfrontiert sein.



Selbstanzeige-Kampagne in Wan Foto: DIHA

Großer Erfolg der Selbstanzeigen-Kampagne
Mittlerweile wurden im Rahmen der Selbstanzeigen-Kampagne ca. 200 000 Petitionen der Untersuchungskommission für Menschenrechte des türkischen Parlaments übergeben. Die Selbstanzeigen-Kampagne hatte am 23. Mai dieses Jahres in Amed begonnen, als 321 Menschen sich selbst anzeigten. Mit den Selbstanzeigen werden eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und die Verlegung von Abdullah Öcalan in ein anderes Gefängnis gefordert. Der Abgeordnete der DTP für Diyarbakır, Akın Birdal, übergab jetzt im Rahmen der Kampagne fast 200 000 abgegebene Petitionen dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission für Menschenrechte, Zafer Üskül, und forderte ihre Thematisierung vor der Kommission. Üskül ließ verlauten, dass die Kommission sich mit dem Thema befassen werde. Quelle: ANF, ISKU

Machtkampf im Staat

Allen ist bekannt, dass Öcalan, die kurdische Führungspersönlichkeit, zuerst kundtat, der ehemalige türkische Staatspräsident Özal sei 1993 ermordet worden: „Özal ist nicht gestorben, er wurde getötet.“ Diejenigen, die sich als wesentliche Schutzmacht des Staates sehen, ermordeten Özal für das Wohl des Staates. Denn sie sahen Özal als Gefahr für die Einheit und Untrennbarkeit von Vaterland und Nation. Vor seinem Tod hatte Özal mit seinen Statements den Status quo hinsichtlich der kurdischen Frage gestört. Bekanntlich war im Osmanischen Reich für das Wohl des Staates die Ermordung des Bruders zulässig gewesen. Hätte Ministerpräsident Erdoğan im Fall von Şemdinli nicht eine Wendung um 180° vollzogen, so hätte ihn das gleiche Schicksal treffen können. Seitdem wetteifert er um die vorderste Position im Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung.

Wieder war es Abdullah Öcalan, der als Erster äußerte, dass 1993 auch in den Fällen des Gendarmerie-Generalkommandanten Eşref Bitlis und des JITEM-Kommandeurs Cem Ersever gewisse Kräfte aus dem Staatsapparat verantwortlich seien. Bitlis wurde ermordet, da er Özal nahestand und in der Kurdistanpolitik keine klassische Linie verfolgte, Ersever, da er manche Methoden der Kriegsführung gegen die PKK kritisierte. Die PKK hat wiederholt die Untersuchung der Todesfälle gefordert, ansonsten würden sich in der Türkei weiterhin „schmutzige“ Dinge ereignen. Dass der Unternehmer Özdemir Sabancı [*Sabancı-Holding*] 1996 von innerstaatlichen Kräften ermordet wurde, verkündeten auch zuerst die kurdische Führungspersönlichkeit und die PKK. Um genauer zu sein, die Dev-Sol als Ausführende wurde durch staatliche Kräfte gelenkt. In der PKK wurde offen diskutiert, dass Hüseyin Kocadağ [*in den Tiefen Staat verstrickter und beim Susurluk-Unfall 1996 umgekommener ehemaliger Istanbuler Polizei-Vize*] unter Ausnutzung seiner alevitischen Religionszugehörigkeit die Täter des Sabancı-Mordes angeleitet habe. Sabancı sollte zum Schweigen gebracht werden und wurde mit dem

Tode bedroht, als er sich der kurdischen Frage annäherte. Danach gab es nur sehr vorsichtige Äußerungen zur kurdischen Frage.

Anschlag auf Uğur Mumcu vom Staat verübt

Abdullah Öcalan erklärte wiederum als Erster, dass die Ermordung Uğur Mumcus 1993 eine Staatsaktion gewesen sei. Der Grund für den Mord wird umgedeutet. Uğur Mumcu forschte, ob der Staat während der Gründungsphase der PKK nicht rechtzeitig interveniert habe und deren Weiterentwicklung eine fehlerhafte staatliche Politik zugrunde läge. Cüneyt Arcayürek [*Cumhuriyet-Redakteur*] hielt den Staat für schuldig: „Als die PKK noch durch einen Soldaten zu stürzen war, wurde dies nicht realisiert." Warum Uğur Mumcu und Cüneyt Arcayürek dies sagten, hat die kurdische Führungspersönlichkeit oftmals wiederholt:



Demonstration in Urfa Foto: DIHA

Ein Pilot namens Necati war von staatlicher Seite in die PKK eingeschleust worden, doch nach kurzer Zeit im Mai 1977 wurde er enttarnt und dann anderthalb Jahre benutzt. Auch wenn es in der Partei Stimmen für eine Liquidierung Necatis gab, so plädierte Öcalan dafür, ihn zu benutzen, mit der Begründung: „Wenn wir ihn töten, werden sie intensiv gegen uns vorgehen und einen Neuen einschleusen." Während der Staat glaubte, die PKK kontrollieren zu können, benutzte die PKK den Staat und trieb in dieser Zeit den Organisationsaufbau voran. Von Mai 1977 bis 1979 erkannte der Staat nicht, dass sein Agent enttarnt und gegen ihn verwendet wurde. Als er sich dessen bewusst wurde, war es zu spät. Die PKK ging siegreich aus der ideologischen Phase hervor; es hatte sich eine starke Basis für die Organisation und den Kampf entwickelt.

Da Uğur Mumcu dieser Realität auf die Spur gekommen war, ließen ihn die inneren Strukturen im Staatsapparat und der MIT ermorden, um zu verheimlichen, wie die PKK sie ausgebootet hatte. Öcalan hat diesen Zusammenhang oftmals zur Sprache gebracht. Uğur Mumcu wurde nicht, wie behauptet, aufgrund der Necati-Kesire-Beziehung getötet. Die falschen Behauptungen sind der Versuch, auch dieses Ereignis der PKK anzulasten.

Verbrechen an Kurden müssen aufgedeckt werden

Die kurdische Führungspersönlichkeit und die PKK haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass die meisten der im *Ergenekon*-Verfahren angesprochenen Ereignisse auf das Konto der innerstaatlichen Kräfte für spezielle Kriegsführung gehen. Wir haben nach den Ereignissen und der Freilassung der Angeklagten von Şemdinli immer wieder darauf hingewiesen. Auch wenn wir nicht alles im Einzelnen benannten, haben wir die Ereignisse und Hintergründe von Şemdinli offengelegt und festgestellt, dass eine Demokratisierung der Türkei nicht möglich sei, wenn die Ereignisse und Hintergründe von Şemdinli nicht ans Tageslicht gebracht würden.

Die Anklageschrift enthält, wie bereits erwähnt, nicht die Vorkommnisse in Kurdistan. Der Einigung zwischen Başbuğ und Erdoğan folgend wurden sie ausgespart. Somit wurden die Verbrechen in Kurdistan legitimiert. Es ist Erdoğan, der dem zugestimmt hat. Dass die Kurden an einem Verfahren, in dem die Verbrechen in Kurdistan legitimiert werden, teilhaben, ist daher undenkbar. Wir sagen nicht, dass die *Ergenekon*-Bande unschuldig ist; sie ist sogar tausendmal schuldiger als in der Anklageschrift dargelegt. Ein Großteil der Verbrechen wurde gegen das kurdische Volk begangen. Die Bevölkerung wird irregeführt, wenn man anklagt, ohne diese Verbrechen aufzudecken.

Die Zeit, als der Kurde stramm stand, ist vorbei

Diejenigen, die Verbrechen am kurdischen Volk begangen haben, wurden gefasst, aber dieser Verbrechen nicht beschuldigt. Es heißt, die Justiz schalte sich nicht für die Kurden ein. Der Demokratie ohne Kurden wird jetzt noch der Rechtsstaat ohne Kurden angefügt. Die Kurden lassen sich nicht zum Mittel einer Politik machen, die für sie Vernichtung und Verleugnung bedeutet. Sie lassen sich nicht zum Spielball machen, weder einer Demokratie ohne Kurden noch eines Rechtsstaats ohne Kurden. Niemand kann etwas Derartiges von ihnen erwarten.

Die AKP-nahen Medien und die Zeitung *Taraf* sollten Ernsthaftigkeit zeigen und den Kurden Respekt zollen, nicht vergessen, den Kurden wie anderen auch Würde zuzugestehen. Niemand kann ihnen mehr sagen: „Es ist unwichtig, dass ihr sterbt, getötet werdet, dass eure Dörfer verbrannt und zerstört werden, dass ihr Folter und Leid erlebt …" ♦

Karayılan: *Ergenekon*-Razzia ist Auseinandersetzung innerhalb des Systems

Wir müssen uns entschlossen verteidigen

Şiyar Koçgiri, ANF / Behdinan 10.7.2008

Die Nachrichtenagentur ANF sprach mit dem Vorsitzenden des Exekutivrates der KCK, Murat Karayılan, über die Ergenekon-Razzia, die Vorgehensweise gegen Herrn Öcalan, die zweite Phase der Êdî-bes-e-Kampagne und die im Namen einer Lösung der kurdischen Frage geführten aktuellen Diskussionen über das Abant-Forum.

Herr Karayılan, die *Ergenekon*-Razzia ist weiterhin Hauptthema der aktuellen Diskussionen. Wie bewerten Sie die Entwicklungen vor dem Hintergrund dieser Razzia. Die AKP vergleicht es mit einer „Razzia sauberer Hände". Trägt diese Razzia einen solchen Charakter?

Wir hatten bereits früher unsere diesbezüglichen Ansichten geäußert, unser Vorsitzender ebenfalls. Es handelt sich hierbei um eine Auseinandersetzung innerhalb des Systems. Es ist ein Machtkampf und hat nichts mit der vom Ministerpräsidenten erwähnten „Razzia der sauberen Hände" zu tun.

Diese Auseinandersetzungen sind jedoch immer auswegloser geworden, so dass eine solche Intervention unseres Erachtens die Konsequenz war. Wenn man vor allem die Position der im Rahmen der letzten Razzia Festgenommenen betrachtet, wird ersichtlich, dass das Ausmaß der Razzia über die AKP hinausgeht und eine Ebene der Intervention erreicht hat. So kann es mit dieser Interventionsphase in der Türkei zu neuen Entwicklungen kommen. Die Intervention zielt auf die Randgruppen ab und beabsichtigt, einen gemeinsamen Nenner zu bilden. Die radikalen Randgruppen sowohl in der Armee als auch in islamischen politischen Kreisen werden zurechtgestutzt. Jetzt ist der Umfang der Intervention größer. Sie umfasst nicht nur diese Kreise. Die Wahrscheinlichkeit einer größeren Intervention ist hoch.

Es ist bekannt, dass es seit der Republikgründung drei Gruppierungen gibt: den Staat, den politischen Islam und die Kurden. Diese werden von der Intervention betroffen. Was ist zurechtstutzen? Durch Feilen an jeder Gruppe der Türkei eine neue Struktur geben. Die Wahrscheinlichkeit, dass es darauf hinausläuft, ist groß. Ein anderer Punkt ist natürlich die Frage, wie umfangreich die äußeren und inneren Faktoren sind. Das wird die Zeit zeigen. Jedoch übersteigt die Dimension, die die Razzien erreicht haben, die Kompetenz der AKP. Nachdem die internen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe die Sache ausweglos gemacht haben, musste es zu einer Klärung kommen, die in Form dieser Intervention erscheint.

Die Armee weiß von der Razzia. Die Maßnahme hat also auch eine Begrenzung. Die Armee will sich vielleicht auch auf diese Art in positivem Licht darstellen. Wenn doch so viele Szenarien für einen Putsch diskutiert und ausgearbeitet wurden, war da tatsächlich kein noch aktiver Offizier bei diesen Gesprächen anwesend? Ist das überhaupt möglich? Wie kann eine Organisation mit so vielen Offizieren a. D. keine Strukturen innerhalb der Armee haben? Sicherlich gibt es die. Jedoch wird offensichtlich, dass die Grenzen im Gespräch zwischen Erdoğan und Ilker Başbuğ gezogen wurden. Eigentlich stehen beide Seiten in Verbindung. Auch gegen uns wird so vorgegangen.

Geht man so an diese Sache heran, kann es sein, dass die AKP zwar verboten, gleichzeitig jedoch ein Mittelweg gefunden wird. Es kann auch sein, dass die Partei nicht verboten wird, sondern andere Wege gesucht werden, die Randgruppen zu bekämpfen. Dies kommt nicht einer Einigung gleich. Eine solche könnte auch ihre Kompetenz übersteigen. Es sieht so aus, als ob es sich um eine Phase handelt, in der die Türkei auf einen bestimmten Weg gelotst werden soll. Die Ausweitung der Angriffe gegen unsere Bewegung, die Führung und den Vorsitzenden sowie das Verbotsverfahren gegen die DTP stehen damit im Zusammenhang. Es ist eine Vorgehensweise, um die Türkei neu zu strukturieren.

Stellt diese Vorgehensweise gegen den Vorsitzenden, das kurdische Volk und die PKK einen Teil der auf die Kurden bezogenen Neustrukturierung der Türkei dar?

Sicherlich, es ist ja bekannt, dass unser Vorsitzender seit mehr als neun Jahren auf Imralı systematischer Folter ausgesetzt ist. Insbesondere in der letzten Zeit hat diese ein unerträgliches Ausmaß angenommen: 50 Tage Bunkerstrafe in Isolationshaft, das Abrasieren der Haare, Schlafentzug. Ziel ist es, ihn zum Rückzug zu bewegen oder einen Selbstmord zu provozieren. Gegen diese Folter zeigt er einen starken Willen und leistet starken Widerstand, was sehr bedeu-

tungsvoll und historisch ist. So wie wir die Angriffe des türkischen Staates auf unseren Vorsitzenden als Angriffe auf das kurdische Volk werten, so werten wir auch den Widerstand unseres Vorsitzenden dagegen als Würde und Widerstand des kurdischen Volkes.

Dies steht unseres Erachtens in engem Zusammenhang mit der Neuformungspolitik in der Türkei, so auch die Repressionen gegen kurdische demokratische, politische Organisationen. Auch die Angriffe gegen Freiheitskräfte stehen in Zusammenhang damit. Daher leistet unser Volk gegen diese Vorgehensweisen Widerstand. Denn es geht für uns um unsere Existenz. Wenn wir einen Schritt zurückgehen, werden wir viel verlieren. Daher müssen wir als Volk und Bewegung gegen diese Angriffe einen historischen Widerstand entwickeln. Dies kann in Form einer gesellschaftlichen Haltung, einer prinzipientreuen Haltung und eines ebensolchen Lebens sein. Dies kann auch in Form von diversen demokratischen Aktionen sein, z. B. im Rahmen des zweiten Abschnitts der „Êdî-bes-e"-Kampagne.

Wir müssen allen zeigen, dass unser Wille nicht gebrochen werden kann. Denn wir als Bewegung und als Volk haben die Kriterien für eine Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen Mitteln bereits auf niedrigster Stufe angesetzt. Eine weitere Herabstufung ist nicht möglich. Denn dies würde unsere nationalen Werte, unsere prinzipientreue Haltung verleugnen. Daher müssen wir uns entschlossen verteidigen. Wir befinden uns in einer Verteidigungsposition, wir führen unseren Kampf für ein freies Leben als Volk mit unserer eigenen Kraft und unserem Willen.

„Verehrter Herr Öcalan" allein reicht nicht

Man will uns mit dieser Vorgehensweise schwächen und vernichten und so zu einem Ergebnis kommen. Dies ist auch der Grund für die derartige Intensivierung der Folter gegen unseren Vorsitzenden. In der Türkei und in Nordkurdistan läuft zurzeit die Kampagne: „Auch ich sage ‚Verehrter Herr Öcalan'!" Sie ist ein Bestandteil der „Êdî-bes-e"-Kampagne. Doch „Verehrter Herr Öcalan" ist nicht unsere einzige Parole. Wir fordern „Schluss mit der Folter von Imralı, eine rasche Therapie und Gesundheitsversorgung und Freiheit". Das ist unser aktuelles Motto. Aber alle müssen auch verkünden: „Es ist kein Verbrechen, ‚Verehrter Herr' zu dem unter Folter stehenden Vorsitzenden Apo zu sagen." Auch in den anderen Teilen Kurdistans und im Ausland muss der Kampf im Sinne von „Schluss mit der Folter auf Imralı" fortgesetzt und die „Êdî-bes-e"-Kampagne ausgebaut werden. Denn die Kampagne „Verehrter Herr Öcalan" allein kann einen Rückschritt bedeuten. Sie ist sicherlich wichtig und wird bestimmt ausgeweitet werden; das ist auch notwendig. Die entsprechende Aktion in Amed ist sehr bedeutungsvoll. Es kann zu ähnlichen Aktionen in anderen Städten kommen. Zentrale Parole ist jedoch „Schluss mit der Folter auf Imralı". So stellt das Rasieren der Haare unter Zwang einen Angriff gegen die Menschenwürde dar. Es ist ein Angriff gegen unser Volk.

Wir können dies nicht zulassen. Der türkische Staat und die hinter ihm stehenden Kräfte müssen diese Vorgehensweise umgehend beenden. Für uns stellt die Taktik des Zurechtstutzens eigentlich eine Form der Unterdrückung der prinzipientreuen Haltung dar. Auch aus diesem Grund ist es gefährlich. Diese Vorgehensweise gegen einen Vorsitzenden, den mehr als 3,5 Millionen Menschen zu ihrem politischen Repräsentanten erklärt haben, ist weder rechtlich noch moralisch vertretbar und in keinster Weise mit dem Gewissen vereinbar. Selbst Feinde im Krieg gegeneinander bringen sich Achtung entgegen. Auch der türkische Staat muss in seinem Kampf gegen das kurdische Volk und dessen Führungspersönlichkeit Respekt zeigen. Mit solch banalen, erniedrigenden Vorgehensweisen provoziert der türkische Staat nicht nur unser Volk, sondern nimmt dadurch als Staat eine unmoralische Haltung ein. Keine ehrenhafte Kraft würde solche Vorgehensweisen gegen ihren Gegner anwenden. Bei solchen Herangehensweisen bildet Mut die Grundlage. Bedauerlicherweise sehen wir dies im System von Imralı jedoch nicht. Die alltägliche Vorgehensweise gegen unseren Vorsitzenden greift die Würde unseres Volkes an. Für das kurdische Volk geht es um eine Ehrensache.

In diesen Tagen besucht Ministerpräsident Erdoğan den Irak. Manche sehen die Erklärungen von Talabani in diesem Kontext ...

Im Süden hätte es eine korrekte kurdische Politik geben können, die die Verleugnung und Vernichtung in Kurdistan nicht akzeptiert. Wenn dies nicht geschieht, wird man immer eine in sich widersprüchliche Politik betreiben. Korrekt wäre es vom Irak, in dem die Kurden Mitspracherecht haben, zu sagen: „Wir haben unsere kurdische Frage gelöst, wir akzeptieren die Verleugnungspolitik der Staaten nicht, die die kurdische Frage nicht lösen." Das wäre eine klar verständliche Route gewesen. Es wäre zudem eine Politik, die im national-demokratischen Rahmen eine Lösung mit sich bringen würde. Da das nicht zutrifft, versucht man, die Situation mit solchen Aussagen stabil zu halten. Der Besuch von Erdoğan im Irak steht an. Dagegen richtet sich vielleicht eine solche Erklärung, die parteiisch ist und gegen eine Seite Position bezieht. Dies ist jedoch nicht korrekt. Denn weder die irakische Regierung noch die Kurden aus dem Süden sind auf den türkischen Staat angewiesen. Wir befürworten eine solche Politik nicht. Es ist nicht korrekt, für gute Beziehungen Erklärungen abzugeben, die dem Anliegen des eigenen Volkes schaden. Wir sagen immer, die kurdische Freiheitsbewegung ist an einem wichtigen Punkt ihrer Geschichte angelangt. Der Kolonialismus in Kurdistan steckt in Schwierigkeiten. Kein Kurde sollte die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen Kurdistan stärken. In diesem Sinne muss die Politik der nationalen Einheit gestärkt werden. Nur so kann in dieser wichtigen Phase ein Ergebnis erzielt werden. ♦

Zübeyir Aydar zur 6. Generalversammlung des Kongra Gel

In Kerkük ist die kurdische Regionalregierung erfolglos

Celil Demiralp, ANF, 17. 08. 2008

Der Vorsitzende des Kongra Gel, Zübeyir Aydar, erklärte, dass die kurdische Regierung im Hinblick auf Kerkük (Kirkuk) nicht von Erfolg gekrönt sei, und schlug der KDP und der YNK die Bildung einer 'strategischen Partnerschaft' vor. Aydar, der darauf hinwies, dass für die Kurden die Alarmglocken läuteten, erklärte, dass Kerkük nicht nur die Sache des Südens, sondern eine nationale Angelegenheit der Kurden sei. Aydar sprach für die kurdische Nachrichtenagentur ANF mit Celil Demiralp.

Die 6. Generalversammlung des Kongra Gel, dessen Vorsitz Sie innehatten, fand zwischen dem 21. und 25. Juli im Guerilla-Gebiet statt. Wie waren die Bedingungen?

In einer Zeit, in der sich die militärischen Operationen intensivierten, der Krieg ein Höchstmaß erreichte, trat die 6. Generalversammlung des Kongra Gel zusammen, behandelte alle zurzeit auf der Agenda stehenden Themen und wurde erfolgreich abgeschlossen. Es handelte sich um eine außergewöhnliche Phase.

Stellten die aktuellen Bedingungen nicht ein ernsthaftes Risiko für das Zusammentreten des Kongresses dar?

Eigentlich wollten wir schon im April/Mai zusammenkommen. Aufgrund der Ausnahmesituation kam es jedoch zur Verzögerung. Für uns bedeutet jede Generalversammlung auch eine Erneuerung. Eine Verankerung der Körperschaften. Wir entwickeln unser eigenes Rechtssystem und handeln diesem entsprechend. Dies beweist die Ernsthaftigkeit unserer Organisation. Wenn wir das mit einem Beispiel verdeutlichen, so können wir sagen, dass es viele Organisationen und Institutionen gibt, die im Theoretischen ein Rechtssystem entwickeln, nur verfahren sie meist nicht danach.

Zum Beispiel ist die Türkische Kommunistische Partei eine Altersgenossin der CHP. 29 Jahre gingen ins Land und sie hat nicht einen einzigen Kongress abgehalten. 29 Jahre, das ist ein Leben. So etwas hat nicht das Geringste mit Demokratie innerhalb einer Organisation zu tun. Auf der anderen Seite, was sehen wir, wenn wir KDP und YNK betrachten? Obwohl sie sich im Rahmen der Herrschaft bewegen, kommen ihre Kongresse nicht zur rechten Zeit zusammen. Manchmal vergehen sogar Jahre. Es kommt zu großen Verspätungen. Weil sie kein Bedürfnis nach Erneuerung verspüren, hat sich in dieser Hinsicht keine wirkliche Tradition entwickelt. Dabei ist die Erneuerung von Kongressen ein Maßstab für Demokratie.

Dies zeigt die Ernsthaftigkeit, die dahinter steht. Als die PKK gegründet worden war, stand in ihren eigenen Statuten, dass alle vier Jahre ein Kongress abgehalten werden muss. Trotz schwerster Kriegsbedingungen hat sie immer ihre Kongresse abgehalten. Mit KADEK und Kongra Gel ist man dann zum System übergegangen, sich einmal jährlich zu versammeln. Das ist jedes Jahr so geschehen. Dieses Jahr standen Wahlen nicht auf der Tagesordnung, trotzdem wurde es als notwendig erachtet.

Der Kongra Gel ist das Parlament im System der KCK (*Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans)*. Um dem Willen derer, die dieses Parlament gewählt haben, den Vorrang zu geben, besteht die Notwendigkeit zur Kontrolle der Exekutive. Ansonsten würde ja der Wille einer begrenzten Gruppe eine riesige Organisation lenken, Rechenschaft zu geben wäre unmöglich.

Auch auf diesem Kongress ist diskutiert worden, was im vorangegangenen Jahr gemacht bzw. nicht gemacht worden ist. Seine sämtlichen Institutionen haben ihren Bericht vorgelegt und diese jährlichen Berichte sind dann diskutiert worden. Innerhalb des aktuellen Jahres ist das *Hohe Wahlkomitee* von Bedeutung. In allen vier Teilen Kurdistans und überall wo auch immer Kurden leben, wird es aktiv sein und die vor uns stehenden Wahlen vorbereiten. Auf der Generalversammlung im kommenden Jahr werden dann der Ratsvorsitz, der Exekutivrat sowie alle anderen Organe neu gewählt werden.

Den Kongress trotz all dieser widrigen Bedingungen abzuhalten zeigt, dass bei all den Schwierigkeiten das tägliche Leben weitergeht. Dass die Organisation ihre ganz normale Arbeitsweise beibehält.

Auf dem Zusammenschluss der Generalversammlung wurde über einen Beschluss „für ein Rahmenabkommen zur nationalen Einheit“

gesprochen. Können Sie uns das etwas näher erläutern?

Die Generalversammlung des Kongra Gel ruft seit 2004 kontinuierlich zur Entwicklung der nationalen Einheit auf. Es ist ein Thema, das ständig auf der Agenda steht. Es ist unbedingt notwendig, dass sich die Kurden in allen einzelnen Teilen, aber auch die außerhalb unter einem Dach sammeln und eine nationale Strategie entwerfen. In dieser Hinsicht sind auch Beschlüsse gefasst worden.

Auf der letzten Generalversammlung des KNK (*Kurdischer Nationalkongress*) wurde das 'Dokument über die nationale Strategie' diskutiert. Es wurde ein Entwurf vorgelegt. Es enthält Regeln, die von jedem einzuhalten sind. Die Mitglieder [*der Generalversammlung des KNK*] äußerten ihre Ansichten dazu. Eine Kommission befasst sich mit der Arbeit an ihm. Damit sich alle an der Diskussion [*über den Entwurf*] beteiligen und Vorschläge dazu machen können, wird erwartet, dass dieser Entwurf demnächst der Öffentlichkeit vorgelegt wird. All dieses hat die Entwicklung eines Strategiepapiers zum Zweck. Im Rahmen der Vorschläge der Kommission des KNK wird dem Dokument der letzte Schliff gegeben. Auch wir haben zu diesem Thema einiges Wissen und werden unsere Ansichten dazu äußern.

Wir unterstützen alle Bemühungen des KNK bei der Entwicklung einer nationalen Einheit. Aber nationale Einheit entwickelt sich nicht aufgrund der Bemühungen einer einzigen Seite. Besonders die Kräfte des Südens, also KDP und YNK, sind hier besonders gefordert. Sie haben mehr Möglichkeiten dazu als alle anderen. Auch haben sie die Herrschaft inne. Aber sie zeigen kein Bemühen in dieser Hinsicht. Ihre Haltung in dieser Frage ist mehr als schwach. Sie legen eine Haltung an den Tag, die auf die Belange eines Teilstücks, einer Region begrenzt ist. Eine nationale Haltung zeigen sie nicht.

Wenn Sie sich die gegenwärtige Haltung der Kräfte im Süden vor Augen halten, erwarten Sie dann eine Annährung im Hinblick auf die nationale Einheit?



Demonstration in Hewler gegen den Anschlag in Kerkük Foto: DIHA

Wenn wir den Süden einschätzen sollten, so handelt es sich bei den Parteien des Südens um die Parteien eines Teils [*von Kurdistan*]. Sie sind begrenzt allein auf den Süden. Von der Organisierung einer nationalen Partei kann hier nicht gesprochen werden. Unsere [*Bewegung*] hingegen hat von Beginn an die Kurden in allen Teilen zu organisieren versucht und gründete überall Organisationen. Zum ersten Mal ist es einem kurdischen Führer, dem Vorsitzenden Apo, gelungen alle Kurden anzusprechen. Zum ersten Mal hat sich eine Partei überall organisiert. Eine Schwierigkeit bildet nur die Situation der anderen Parteien. Eine jede ist nur die Partei eines Teils. Im besonderen Maße trifft das auf die Parteien des Südens zu, deren Grenzen dort enden, wo der Süden endet. Sie scheren sich nicht im Mindesten darum, welchen Problemen die anderen Teile gegenüberstehen und was dort geschieht.

Die Schwierigkeiten resultieren daraus, dass sie in dieser Hinsicht auf ihr Teilstück bezogen und lokal begrenzt denken. Mit der Frage um Kerkük bestand zuvor auch die Frage um die kurdischen Gebiete, die unter der Kontrolle Saddams standen. Nun jedoch ist eines der grundlegenden Probleme die Frage um Kerkük. Nennen wir es mal kurz gesagt die Kerkük-Frage. Kerkük ist nun kein Ort mehr, der allein durch das Bemühen derer im Süden gerettet werden könnte. Es ist das Problem einer ganzen Nation.

Haben Sie zu dem Thema Vorschläge gemacht? Was ist Ihre Politik im Hinblick auf Kerkük?

Ja, das haben wir. Auf der Generalversammlung ist auch die Frage um Kerkük diskutiert worden. Ein Entwurf wurde von der Versammlung angenommen. Unsere Politik im Hinblick auf Kerkük ist folgende: Kerkük ist eine Stadt, die in Kurdistan liegt. Sie muss mit einbezogen werden in Kurdistan. Aber die dort lebenden Turkmenen, Araber, Assyrer müssen mit all ihrem Gewicht berücksichtigt und im Geiste des demokratischen Konföderalismus einen autonomen Status zuerkannt bekommen. Sie sollten sich selbst verwalten können.

In dieser Hinsicht wird klar, dass Kerkük nicht allein das Problem des Südens ist. Wir betrachten es als das Problem aller Teile. Außerdem ist uns bewusst, dass das Bemühen des Südens allein nicht ausreichen wird, um das Problem

zu lösen. Damit verbunden ist festzustellen, dass die von den Parteien des Südens verfolgte Politik ins Stocken geraten ist. Es wird von ihnen eine Politik verfolgt, die keinen Erfolg verspricht. Sie haben dem Thema nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Es wäre notwendig gewesen, dass sie das Problem in dem Moment, in dem Saddam gestürzt wurde, also 2003/2004, hätten erledigen und lösen müssen. Aber sie haben es immer wieder vertagt. Dieses Zurückstellen war falsch.

Auf der anderen Seite kam es in Kerkük zur Rivalität der beiden Parteien. Sie gründeten zwei Ordnungen. Einen allgemein gültigen kurdischen Willen bezeugten sie nicht. Dies erwies sich als falsch. Und dann sind da ja auch noch die Menschen, die nach Kerkük zurückgekehrt sind. Menschen, die zuvor aus ihren Orten herausgerissen wurden, kehren zurück. Aber da sind kein Haus und keine Wohnung mehr. Immer noch wird ihnen nicht ausreichend Hilfe zuteil. Obwohl enorme finanzielle Möglichkeiten bestehen, erhalten die Menschen in Kerkük nicht ausreichend Unterstützung.

Im Rahmen der Verfassung des Iraks sollte ein Referendum durchgeführt werden. Es war klar, dass das nicht so einfach werden würde. Aber sie haben sich darauf ausgeruht. Normalerweise hätte das zuvor schon erledigt werden müssen. Jetzt ist es zu einem ernsthaften Problem geworden. Türkei, Syrien, Iran bildeten ein antikurdisches Bündnis. Die Türkei bestätigte selbst, dass sie es war, die letztes Jahr das Referendum um Kerkük verhindert hat. Aktuell haben sich auch die Schiiten und Sunniten in Bagdad diesem Bündnis angeschlossen.

Sie sehen sich im Recht, Gesetze dazu in verfassungswidriger Weise im Parlament zu verabschieden. Es kann eines festgestellt werden: Die Zeit arbeitet beim Thema Kerkük nicht für, sondern gegen die Kurden. Dadurch, dass Chancen nicht im richtigen Augenblick genutzt wurden, ist in den letzten fünf Jahren viel Zeit vergeudet worden. Je stärker die Zentralregierung in Bagdad wird, umso mehr werden sie nach ihrem eigenen Dünken Beschlüsse fassen und umso mehr werden die Kurden ausgegrenzt werden.

Es gibt den Vorschlag, das Referendum um Kerkük ein weiteres Jahr zu vertagen. Wie weit wird man mit dem Vertagen kommen? Wird das kurdische Parlament etwa nächstes Jahr stärker sein als heute? Wird die irakische Regierung dann schwächer sein? Es zeigt sich, dass das Problem sehr gefährliche Ausmaße annimmt. Je stärker die irakische Regierung sich wähnt, umso mehr wird sie die Armee in Orte entsenden, in denen die Peschmerga sind. Versuche, dort militärische Operationen durchzuführen, sind Boten zukünftiger Schwierigkeiten. Dadurch, dass die Regierung des Südens und deren Parteien eine falsche Politik und Strategie in dieser Frage verfolgten, verschärfte sich die Situation.

Selbst wenn es nicht zu einer nationalen Konferenz kommen sollte, so sagen wir, dass wir doch zumindest eine Sonderkonferenz zum Thema Kerkük initiieren sollten. Wir wünschen uns eine Konferenz, an der alle Gesellschaftsschichten des kurdischen Volkes teilnehmen, um eine gemeinsame Strategie zu entwerfen. Dazu rufen wir auf.

Es ist notwendig, dass sich die Kurden gegen das antikurdische Bündnis zusammenfinden. Ansonsten werden für die Kurden die Alarmglocken läuten. Jeder verschachert die Kurden. Bevor der iranische Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad die Türkei besuchte, hat er der Türkei vier Kurden als Geschenk* verpackt zukommen lassen. Wir sagen: Lasst uns zusammenkommen. Lasst uns reden. Lasst uns diskutieren.

Die Kurden sollten aus einer Situation befreit werden, in der man sich ihrer zum Feilschen bedient – in der sie als Trumpf herhalten müssen. Wir sollten die Kurden aus dieser blamablen Situation befreien. Wir sollten dieses Volk aus der Situation befreien, benutzt und weggeworfen zu werden gerade so, wie es anderen passt. Unsere Bewegung ist die Avantgarde dieses Bemühens. Das ist es, was wir auf die Agenda aller Parteien setzen. Auch unser Volk rufen wir dazu auf. Jeder sollte Druck ausüben, um die nationale Einheit zu verwirklichen.

Nach der Intervention im Irak 1991 kam es zu einer De-Facto-Situation in Süd-Kurdistan. Länder, die Kurdistan besetzt halten, also Türkei, Iran, Syrien, haben die Ankara-Damaskus-Treffen initiiert und darüber diskutiert, wie sie Maßnahmen gegen die Kurden ergreifen können. Dann mit der Besatzung durch die USA, mit dem Sturz von Saddam, haben sie diese erweiternd unter dem Namen „Treffen der Nachbarländer des Iraks" fortgesetzt. Eigentlich handelt es sich dabei ja um das Treffen der Nachbarländer Kurdistans. Es ist eine Konferenz, die Maßnahmen gegen die Kurden entwickelt. Dagegen sagen wir: Treffen wir uns unter uns, dass wir eine gemeinsame Strategie entwerfen.

Gegenüber den anderen Teilen Kurdistans fällt in dieser Hinsicht denen im Süden eine größere Rolle zu. Diese sollte jedoch über eine bloße Propaganda hinausgehen. Aber gerade dahingehend zeigen sie eine Schwäche. Im Süden unterhalten wir Beziehungen zu beiden. Allerdings nicht in dem von uns gewünschten Ausmaß. Wir würden uns Beziehungen auf strategischer Ebene wünschen. Doch noch ist eine solche Ebene nicht erkennbar.

Wenn ich das richtig verstehe, so offerieren Sie also der KDP und der YNK eine strategische Partnerschaft? Ist das richtig?

Der Vorschlag richtet sich an alle Kurden. Wir sind Menschen ein und desselben Landes. Wir teilen das gleiche Schicksal. Wir stehen den gleichen Gefahren gegenüber. Weil wir ein Volk sind, das ein Schicksal teilt, sagen wir: Eine gemeinsame Strategie! ♦

* Am 14. 08. 2008 befand sich der iranische Staatspräsident zum offiziellen Staatsbesuch in der Türkei. Im Vorfeld des Besuches hat der Iran vier Kurden an die Türkei ausgeliefert.

Das Sicherheitsproblem Kerküks: in vier Teile gespalten

Beobachtungen aus Kerkük

Yusuf Ziyad

In Kerkük sind die Sicherheitskräfte auf vier Bereiche aufgeteilt. In Sicherheitsfragen sind die Gegenden mit mehrheitlich turkmenischer, arabischer und kurdischer Bevölkerung der Eigeninitiative der Volksgruppen überlassen. Und die Kurden sind in PUK und KDP aufgesplittert. Kurz gesagt, die Sicherheit in Kerkük ist innerhalb ihres Systems gespalten.

Die Sicherheitsaufgaben liegen überwiegend in kurdischer Hand. Aber das Problem endet hiermit nicht. Auf der unteren Ebene sind viele Verantwortliche Turkmenen, Araber und Assyrer. In den vier Stadtbereichen Rahim Awa, Azadi, Al-Shorja, Iskan (Imam Qasim) leben Kurden. Daneben gibt es noch weitere acht bis neun Viertel. Die kurdischen Kräfte sagen, dass sie nicht in diese Stadtviertel gehen, z. B. nicht nach Domiz, Qadisiye Yek, Qadisiye Du, Xedra, Hey Baas, Tophane, Musalla und Arafa. Infolge der PUK- und KDP-Politik ist Kerkük heute viergeteilt, man weiß nicht, ob bewusst oder unbewusst.

In Kerkük sind folgende Institutionen aktiv:
- Polizei
- KDP-Geheimdienst (Parastin)
- PUK-Geheimdienst (Dezgeyi Zanyari)
- Geheimdienst der Turkmenen (Dezgeyi Zanyari Türkmen)
- Geheimdienst der Zentralregierung (Dezgeyi Zanyari Hükümet)
- Einheiten in US-Diensten und der USA selbst
- Spezialeinheiten
- Haras Vatani

Momentan gibt es acht verschiedene Organisationen, welche unabhängig voneinander arbeiten. Unter ihnen gibt es keine Zusammenarbeit. Sie versuchen, so gut wie möglich unabhängig voneinander und auch gegeneinander geheime Aktionen durchzuführen. Nirgendwo im Irak gibt es so viele Sicherheitseinheiten und -akteure wie hier. Eigentlich ließe sich mit einer geeigneten Sicherheitsstrategie und einer solchen Macht eine kleine Stadt wie Kerkük sichern. In einer Hochzeit der Satellitentechnologie ist eine solche Sicherheitslücke nicht normal. Kerkük hat beinahe eine Sicherheitskraft pro Kopf. Und wenn trotzdem keine Sicherheit gewährleistet werden kann, so ist das bedenklich. Zum Ersten hat die Sicherheitsstrategie Fehler, zum Zweiten gibt es innerhalb dieser Sicherheitsverwaltung ebenfalls viele Lücken, vor allem jedoch bei deren Mitarbeitern. Zum Beispiel hat Kerkük vier Zufahrten, von Bagdad, Erbil, Mosul und Hevice, und an jeder gibt es eine oder zwei Kontrollstellen. Wenn diese Posten strenger überwacht würden, könnten nicht so viele Explosivstoffe nach Kerkük eingeschleust werden. Hier liegt das eigentliche Problem, dass die Sicherheitsinstitutionen sich gegenseitig nicht ernst nehmen, es keine Informationszentrale und keine dementsprechenden Kontrollmechanismen hierfür gibt. Dies führt dazu, dass die Sicherheitsmaßnahmen ernsthaft geschwächt sind. Manchmal gibt es Streitigkeiten unter den Sicherheitsbeamten. Mitglieder der Spezialeinheiten nehmen die Sicherheitsbeamten an den Kontrollpunkten nicht ernst, diese wiederum nehmen den Geheimdienst nicht ernst und der Geheimdienst einen anderen nicht. Jeder versucht auf seine Art, „Boss“ in der Sache zu sein. Heute ist die Polizei in einer Position, in der ihr keinerlei Wert beigemessen, sie nicht ernst genommen wird. Außerhalb Kerküks haben *Haras-Vatani*-Kräfte die Verteidigung übernommen. Ihre Mitglieder sind gegen Bezahlung und willkürlich eingezogen worden. Darunter sind zahlreiche Baath-Militante und Turkmenen. Manchmal wird eine Person oder eine Gruppe gefasst und in einer Polizeistation richtet sich ihr Verhör oder ihre Freilassung nach dem dortigen Polizeidirektor. Ohne Wissen der Zentrale werden Hunderte von Menschen oberflächlich verhört oder gegen Bezahlung freigelassen. Der Umgang mit ihnen ist willkürlich und individuell. Oftmals bringt die Bevölkerung auf frischer Tat ertappte Straftäter selbst auf das Polizeirevier und sagt aus, dass diese am Tag darauf freigelassen werden. Daher gibt es kein Vertrauen in die Sicherheitskräfte.

„*Turkmenen-Front*“ und ihre bewaffneten Kräfte vom MIT ausgebildet

Die *Turkmenen-Front* und ihre bewaffneten Kräfte werden in der Türkei durch den türkischen Geheimdienst MIT ausgebildet. Auch werden sie in Kerkük durch Türken unterwiesen. In Kerkük arbeiten einige der arabischen Kräfte mit *El-Kaida*-Aktiven und einige mit sunnitischen Widerstandskämpfern zusammen. Daneben sind in den kurdischen Stadtvierteln auch Kurden beteiligt, von denen einige finanzielle und andere schon seit früher bestehende Kontakte haben. Ein gefasster Kurde soll bis zu seiner Festnahme 36 Aktionen gegen Bezahlung (pro Aktion 300 Dollar) durchgeführt haben. Die Menschen sind arm und hungrig, die meisten

Jugendlichen arbeitslos. Es ist sehr einfach, sie herumzukriegen.

Die Aufgabe von *Türkmen 50 TV*: Missionierung

Auf der anderen Seite spielt der MIT eine offene und aktive Rolle in Kerkük. In Hewler, Süleymaniye, Dohuk und Çarkorna werden offen Aktionen durchgeführt. Während früher die Turkmenen in Kerkük sich in einer Mischung aus gebrochenem Arabisch und Soranî verständigten, so wird heute ein vollkommenes Istanbuler Türkisch gesprochen. Viele Kader werden in Istanbul ausgebildet und kehren zurück. Beachten Sie, dass die Sprecher und Moderatoren des turkmenischen TV-Senders fast alle Türken sind. Auch zahlreiche Werbesendungen, Programme und Filme werden von TRT1 übernommen. Der Presseverantwortliche der Turkmenen in Kerkük ist heute ein Türke. Er kam vor acht Monaten aus Istanbul. Es heißt, er sei Teilhaber des *Çevikler*-Unternehmens. In Kerkük wurden mehrere Fabriken in turkmenischem Namen gegründet. Die Kurden sind dazu wegen fehlender Mittel nicht in der Lage. Heute liegen die meisten Investitionen und das größte Kapital in den Händen der Turkmenen. Und dahinter steht das Kapital des türkischen Geheimdienstes. Auch sind viele Hotels und Urlaubsplätze in turkmenischer Hand.

Dieses Bild verdeutlicht, dass es in einer solchen Lage, in der viele Probleme miteinander und kaum gegenseitiges Vertrauen bestehen, keine gemeinsame Sicherheit geben kann. Es gibt allseitige Bemühungen, dieses Misstrauen nach Kräften noch zu vertiefen. Die Sicherheitsstrategie wird erkennbar oberflächlich angegangen und viele strategische Fehler werden gemacht. Dieses Herangehen bezweckt ein bewusst unbewusstes Chaos. Die Behauptung, die strategische Sicherheit diene zur Stärkung der Stabilität, kann sogar ein Kind als falsch erkennen. Manche haben ein Interesse an einer verhinderten Stabilität. ♦

KCK: Die Anschläge von Kirkuk und Güngören gehen auf das gleiche Konto

Solidarität zeigen

ANF News Agency/Behdinan, 29.07.2008

Die KCK hat den Anschlag auf eine Kundgebung in Kirkuk scharf verurteilt und auf den zeitlichen Zusammenhang mit dem Anschlag in Istanbul-Güngören hingewiesen. Bei dem Anschlag in Kirkuk auf eine Demonstration gegen das umstrittene Wahlgesetz wurden mindestens 25 Menschen getötet und 180 verletzt.



Demonstration in Kerkük Foto: DIHA

Das kurdische Volk wird zur Zielscheibe gemacht

„Wir sprechen den Familien der bei diesem rücksichtslosen Angriff getöteten Menschen unser Beileid aus und wünschen den Verletzten eine rasche Genesung. Es wird nicht gelingen, mit diesen terroristischen Angriffen die Freiheitsbestrebungen unseres Volkes zu unterdrücken. Jeder muss wissen, dass Kirkuk nicht allein dasteht. Das kurdische Volk hat die Kraft und den Willen, mutig seinen Freiheitskampf in Kurdistan, einschließlich der Kirkuk-Frage, mit Erfolg abzuschließen. […]

Es ist offensichtlich, dass die Anschläge von Kirkuk und Istanbul-Güngören, die kurz nacheinander erfolgten, nicht unabhängig voneinander stattfanden, sondern von den gleichen Kräften geplant und umgesetzt wurden. In Istanbul war zwar die türkische Bevölkerung Ziel der Angriffe, jedoch wurden die Kurden zur Zielscheibe gemacht; in Kirkuk wurde direkt die kurdische Bevölkerung angegriffen. Es ist offensichtlich, dass es eines der grundlegenden Ziele dieser Anschläge ist, die Basis für ein Massaker am kurdischen Volk zu schaffen. […]

Unser Volk im Norden und im Süden sollte Besonnenheit wahren und die notwendige Einheit und Solidarität zeigen, um den Freiheitskampf mit den richtigen Methoden und politischen Taktiken, die feindlichen Angriffe abzuwehren und keine Provokationen zuzulassen, zum Erfolg zu führen. Eine starke Einheit und die angemessene Politik werden die beste Antwort auf die gegen unser Volk gerichtete Vernichtungspolitik sein."

Die KCK erinnerte an die umfangreichen Luftangriffe der türkischen Armee vom 23. Juli gegen HPG-Stellungen im Zap-Gebiet und vom 27. Juli gegen Stellungen der PJAK im Kandil-Gebiet: „Beide Angriffe wurden durch sichere Verteidigungsmethoden unserer Einheiten abgewehrt. Indem der Anschlag in Istanbul unserer Bewegung angelastet und in Kirkuk unser Volk angegriffen wurde, wollte man diese Niederlage überdecken." ♦

Die vierte Ära der AKP scheint eine Phase mit noch größerem Unheil zu werden

Welche Bedeutung hat das AKP-Urteil des Verfassungsgerichtes?

nach Selahattin Erdem (Gündem Online 8.8.08)

Die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichtes vom 30. Juli, die AKP nicht zu verbieten, ist der Beginn einer neuen Ära für die AKP. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass in dieser vierten Phase der AKP viele kritische Entwicklungen zu erwarten sind – eine Verschärfung der Auseinandersetzung in der kurdischen Frage eingeschlossen.

Ära begann mit Abdullah Gül

Die erste Ära war die Phase Abdullah Güls [*anfangs Ministerpräsident als Platzhalter des mit politischem Betätigungsverbot belegten Erdoğan; Anm. d. Ü.*], in der die AKP zum ersten Mal die Regierung stellte, Schritt für Schritt sich an der Macht etablierte, verschiedene Amateurfehler machte und ihre Ausrichtung noch nicht ganz klar war.

In der zweiten Ära, als Tayyip Erdoğan die Regierung bildete und diese dann selbst leitete, kristallisierte sich die Linie der AKP heraus und wurde die gestörte Beziehung zu den USA [*aufgrund der verweigerten Zustimmung des türkischen Parlaments am 1. März 2003 zur Nutzung türkischer Basen für den US-Aufmarsch gegen den Irak; Anm. d. Ü.*] wiederhergestellt. Gemeinsame Stoßrichtung war die PKK, infolgedessen der Befreiungsbewegung eine innerparteiliche Zerstörung aufgezwungen werden sollte. Als dieses Vorhaben scheiterte, traf die AKP Ende 2005 ein Arrangement mit dem Spezialkriegsregime, was auch als Kapitulation der AKP bezeichnet werden könnte, auf dessen Grundlage der Liquidierungsplan gegen die PKK ausgearbeitet und eingeleitet wurde. Der Giftangriff auf Abdullah Öcalan in Imralı, die Vernichtungsoperationen gegen die Guerilla in den Bergen sowie die zunehmende Verhaftungs- und Folterwelle in den Städten waren die Folgen. Diese Phase scheiterte mit dem einseitigen Waffenstillstand von PKK/KCK vom 1. Oktober 2006.

Vom 27. April zur Zap-Operation

Die dritte Ära der AKP begann mit dem Memorandum auf der Internetseite des türkischen Generalstabs vom 27. April, schloss die Zap-Operation mit ein und endete mit der Eröffnung des Schließungsverfahrens gegen die AKP. Sie beinhaltete eine Übereinkunft der AKP-Führung als erstes mit Generalstab und Opposition, dann mit Iran, Syrien, USA und EU, und ein neues Projekt zur Vernichtung der PKK. Dessen Umsetzung ab dem 1. Dezember 2007 sollte mit der grenzüberschreitenden Militäroffensive im Zap (zwischen dem 21. und 29. Februar 2008) gesichert werden, endete als eine Niederlage für die türkische Armee und ließ den gesamten Plan platzen. Als Resultat dieser Niederlage entbrannten die Debatten um eine neue Regierung und ein neues Parlament.

Neue Phase, in der sich der Krieg zuspitzen wird

Die vierte Ära hat mit der Urteilsverkündung des Verfassungsgerichtes begonnen, die AKP nicht zu schließen. Man wünscht sich, dass diese Phase eine der Demokratisierung wird, aber die Entwicklungen deuten eher darauf hin, dass sie gekennzeichnet sein wird von noch schwerwiegenderer Repression und Folter, durch eine Zuspitzung des schmutzigen Krieges gegen die Kurden und dadurch, dass die Türkei der Zielrichtung der US-Politik gemäß noch weiter in die Auseinandersetzungen des Mittleren Ostens hineingezogen werden wird.

Kein Verbot der AKP

Die AKP wurde nicht verboten. Dies erklärte der Präsident des Verfassungsgerichtes Haşim Kılıç gegenüber den Medien. Hörte man seine Rede, konnte man seiner Stimmlage entnehmen, dass er für diesen Urteilsspruch einen harten Kampf hinter sich hatte.

Es scheint, dass das Verfassungsgericht in letzter Zeit nicht so sehr für das Verbot politischer Parteien zu haben ist. Der Appell von Kılıç an das Parlament mit der Aufforderung zu entsprechenden gesetzlichen Änderungen war ein deutliches Signal. Mal sehen, was das türkische Parlament machen wird. Wird es die notwendigen demokratischen Gesetzesänderungen vornehmen können? Es ist von Bedeutung, dass das Verfassungsgericht nach HAK-PAR auch die AKP nicht verboten hat. Wird es dieselbe Haltung auch der DTP gegenüber zeigen? Oder wird es die DTP schließen und somit eine diskriminierende Haltung an den Tag legen? In diesem Falle würde es nur offenbaren, dass es zum Handlanger der politischen Macht geworden ist.

Was bedeutet das AKP-Urteil des Verfassungsgerichtes? Dieses Ergebnis wurde nach einem harten Machtkampf geboren. Das Schließungsverfahren gegen die AKP und die *Ergenekon*-Untersuchung kamen als zwei gegensätzliche Kämpfe aufs Tapet. Wie von einer



Türkisches Militär auf den Straßen von Hakkari Foto: DIHA

Dirigentenhand entwickelt, um mit diesen Gegensätzen durch die gegenwärtige Phase lenken zu können. In diesem Fall ist eine Abnahme der Anspannung um die *Ergenekon*-Untersuchung zu erwarten. Was aber war das Ergebnis dieses Machtkampfes? Kann behauptet werden, dass die AKP gestärkt daraus hervorgegangen ist? Wenn dem auch so sein sollte, ist klar, dass eine neue Übereinkunft getroffen, eine neue Machtteilung vollzogen wurde. Wie lange die anhalten wird, ist ungewiss. Klar ist aber das neue Übereinkommen, auch ist glasklar, dass es erneut auf der Grundlage der Vernichtung der PKK getroffen wurde.

Zweitens: Die Nicht-Schließung der AKP bedeutet ein Abschwenken von der bisherigen Staatspolitik der Türkei. Zum ersten Mal wird eine Partei, die auf der Linie des politischen Islam liegt, nicht verboten. Das wiederum weist auf eine Zunahme des AKP-Einflusses innerhalb des Machtapparates hin. Die AKP wird sich erneut anpassen, wie sie es bereits vor der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007, d. h. nach dem Memorandum vom 27. April, getan hat. Auf diese Weise wird die AKP irgendwo zwischen DYP und Refah-Partei landen und das wiederum wird den neuen Kern der Staatspolitik darstellen. Das heißt, in der Staatspolitik der Türkei fand ein Zentrumswechsel statt. Ab jetzt ist das Zentrum die AKP-Linie, eine – wenn auch nicht vollständig – politisch liberale Linie. Die in den 90er Jahren viel diskutierte „Zweite Republik" scheint realisiert zu sein. Es wäre nicht falsch, sie als „halb-islamische Republik" zu bezeichnen.

Wie gesagt, zum ersten Mal wurde eine Partei politisch-islamischer Ausrichtung nicht geschlossen. Dies wiederum hat die AKP gestärkt. Wie aber wird die AKP diese Stärke nutzen? Natürlich wünschen sich alle, dass diese Stärke im Sinne der Demokratisierung der Türkei eingesetzt wird. Mit der Verfassungsgerichtsentscheidung ist das Hindernis eines bevorstehenden Verbotes aufgehoben. Ernsthafte Schritte zur Demokratisierung der Türkei und für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage wären selbstverständlich unterstützenswert. Aber bislang fehlt jedes Anzeichen dafür. Vielmehr hat es den Anschein, als würde die AKP ihre bisherige Linie weiterverfolgen und noch vertiefen. Das heißt die Demagogie von Demokratisierung und neuer Verfassung parallel zur Intensivierung des Regimes des schmutzigen Krieges. In dieser Frage ist äußerste Aufmerksamkeit nötig, denn gegenüber der Demagogie und den Lügen der AKP ist Vorsicht geboten.

Es ist offensichtlich, dass nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes für die AKP eine neue, und zwar die vierte Ära begonnen hat. Betrachten wir die Zeichen und Ereignisse, die eine solche Analyse ermöglichen.

In Istanbul gab es verschiedene Vorkommnisse: Erst wurde das US-Generalkonsulat in Istanbul angegriffen und später fand das Bombenattentat im Istanbuler Viertel Güngören statt. Weitere Angriffe werden befürchtet und erwartet. Die Diskussionen drehen sich ausschließlich um die Täter. Das muss sein, aber es sollte auch hinterfragt werden, welche Politik solche Ereignisse gebiert. Sie sind nur das Resultat zweifellos der AKP-Politik. Folglich liegt die politische Verantwortung für diese Ereignisse bei der AKP.

Auf der anderen Seite wurden die Angriffe auf Südkurdistan erneut aufgenommen. Der Generalstabschef deklariert mit Stolz die Luftangriffe seiner Einheiten auf Kandil und Zap. In Kirkuk haben die befürchteten blutigen Auseinandersetzungen bereits begonnen. Die Mehrheit der Bevölkerung von Kirkuk fordert, dass die Stadt an die kurdische Regionalregierung angebunden wird. Aber die irakische Führung verhindert dies und macht genau das Gegenteil. Allen ist klar, dass Iran, Syrien und die Türkei dahinterstecken. Auch das ist eine Fertigkeit der AKP. Es steht zu befürchten, dass die Politik der AKP den Krieg in Südkurdistan und in Kirkuk noch weiter anheizen wird.

Die US-Führung wird sich höchstwahrscheinlich Anfang 2009 den Iran vornehmen. Die Vorbereitungen sind zu beobachten. Die USA erhöhen ihren Druck auf die Türkei, um Unterstützung zu erhalten. Die AKP hat bislang immer einen „positiven" Eindruck vermittelt. Die Vorbereitungsphase nähert sich ihrem Ende. Mal sehen, welche Position die AKP beim US-iranischen Zusammenstoß einnehmen wird. Wird sie beide gleichzeitig dirigieren können oder wird die Türkei mit beiden auf Kriegsfuß stehen?

Die vierte Ära der AKP scheint eine Phase mit noch mehr Auseinandersetzungen und noch größerem Unheil zu werden. Egal von wo aus man blickt, die Situation ist ernst und die Zukunft ist bedrohlich. Alle in der Türkei, Türken sowie Kurden, sollten diese Gefahr erkennen und eine gemeinsame Haltung annehmen. Die vierte Ära sollte so kurz wie nur möglich gehalten werden, am besten sollte sie beendet werden, sobald sie überhaupt begonnen hat. Ansonsten könnte es morgen schon zu spät sein. Um das zu verhindern, sind höchste Aufmerksamkeit und gemeinsame Anstrengung notwendig. ♦

Bis jetzt 60 Parteien in der Türkei vom Verbot betroffen

Türkei: Friedhof politischer Parteien

Hüseyin Aykol, Journalist/Ankara

Ende Juli lehnte das türkische Verfassungsgericht einen Antrag auf Schließung der Regierungspartei AKP ab. Nach dreitägigen Beratungen fiel das mit Spannung erwartete Urteil des Gerichts in Ankara äußerst knapp aus. Nur sechs der elf Richter stimmten für ein Verbot, wofür allerdings sieben Richterstimmen nötig gewesen wären. Somit kann Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan die politischen Geschicke der Türkei weiter bestimmen. Auch wenn es zu keinem Verbot der AKP gekommen ist, in der dunklen Geschichte der Türkei bezüglich der Schließung von Parteien stellt dies keine Veränderung dar.

Freitag, der 14. März 2008. Es war kurz vor Arbeitsende. Wie eine Bombe schlug die Nachricht in den Presseagenturen ein: Das Verfassungsgericht hat ein Schließungsverfahren gegen die *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei* (AKP), welche bei der Wahl vom 22. Juli 2007 mit 47 % der Stimmen zum zweiten Mal an die Macht gekommen war, eingeleitet. Die Journalisten riefen panisch den Präsidenten des Verfassungsgerichts, Haşim Kılıç, an. Kılıç gab nur wenige Informationen bezüglich der Anklageschrift preis. Die Anklageschrift sei viele Seiten lang und wahrscheinlich würde ein Politikverbot für den Premierminister und 70 weitere Politiker der AKP gefordert. Am Abend waren alle Fernsehsender auf diese Nachricht und die neue Situation, die dieses Verfahren für das Land bringen würde, gerichtet. Am Samstag hatte man dann den gesamten Text der Anklageschrift und die Diskussionen wurden allmählich auf konkretere Weise geführt.

Manche bewerteten die Anklagepunkte als abstrakt, andere fragten, wie es möglich sei, gegen eine regierende Partei ein Schließungsverfahren einzuleiten. Darüber hinaus wurde gesagt, dass man Abdullah Gül als Staatspräsident nur aufgrund von „Staatsverrat“ vor Gericht stellen könne. Diejenigen, die an diesen Fakt erinnerten, behaupteten, dass allein schon aus diesem Grund die Anklageschrift vom Verfassungsgericht zurückgewiesen werden müsse. Nach dem Wochenende waren am Montag die Werte an der Istanbuler Börse eingebrochen. Natürlich vernachlässigten es die Unterstützer der AKP nicht, darauf aufmerksam zu machen, dieses ungerechte Schließungsverfahren würde der türkischen Wirtschaft schaden. Jedoch hatte der Sturz der türkischen Börsenwerte vielmehr mit dem generellen Einbruch an den internationalen Börsen zu tun und hielt auch nicht lange an.

Verblüffung auch außerhalb der Türkei

In den Tagen danach gaben auch offizielle Stellen der Europäischen Union Erklärungen ab, in denen das Schließungsverfahren gegen die AKP negativ bewertet wurde. Die Diskussionen, in denen erklärt wurde, dass politische Parteien in der Türkei nicht geschlossen werden dürften, erhitzten sich. Es gab Kreise, die dafür plädierten, dass die Regierungspartei AKP die Verfassung ändern müsse, um die Schließung von Parteien zu erschweren. Nebenbei haben wir angefangen zu recherchieren, ob Parteien auch in anderen Ländern geschlossen werden und wenn ja, unter welchen Bedingungen.

Das türkische Verfassungsgericht beschloss am 31. März 2008 einstimmig, dass die Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft „angenommen“ wird. Vier der Verfassungsrichter erklärten, dass aufgrund der Forderung des Politikverbots für den Staatspräsidenten Abdullah Gül dieser Teil aus der Anklageschrift herausgenommen werden solle. Jedoch wurde dieser Vorschlag von den sieben weiteren Richtern abgelehnt. Somit hatte das Gericht beschlossen, dass Anklageschriften bezüglich der Schließung von politischen Parteien untersucht und angenommen werden würden und jedem – sogar dem Staatspräsidenten – aufgrund seiner „Taten während seiner politischen Laufbahn“ ein Politikverbot auferlegt werden könne.

Das Gericht traf dann am 31. März 2008 zusammen, um zu entscheiden, ob die Anklageschrift zurückgewiesen wird oder nicht. Das Gericht hatte diesen Punkt aus der Strafprozessordnung erstmalig bei der Anklageschrift zur Schließung der *Partei der Demokratischen Gesellschaft* (DTP) angewandt. Der Strafprozessordnung entsprechend muss der Beschluss zur Zurückweisung einer Anklageschrift innerhalb von 15 Tagen getroffen werden. Das Verfassungsgericht hatte vor dem Treffen noch diskutiert, ob diese Frist auch bei Parteischließungsverfahren gültig sei oder nicht.

Erst wurde das Verfahren angenommen

Es wurde entschieden, dass ein Beschluss bezüglich der Frist für die Zurückweisung einer Anklageschrift zur Schließung einer politischen Partei zu neuen Diskussionen führen würde. Somit wurde am letzten Tag der Frist dann vom Vizepräsidenten des Verfassungsgerichts, Osman Paksüt, publik gemacht, dass einstimmig für die Annahme der gesamten Anklageschrift und mit Stimmenmehrheit für den Teil bezüglich des Staatspräsidenten Gül gestimmt worden sei. Nach dieser Entscheidung begann das Verfassungsgericht dann mit der Vorbereitung der Erstellung des Bewilligungsprotokolls, welches darstellt, auf welche Weise das Verfahren geführt werden wird.

Demnach wurde die AKP dazu aufgefordert, innerhalb eines Monats ihre Verteidigung zu erstellen. Sollte die Partei um eine Verlängerung dieser Frist bitten, würde diese gegeben werden. Jedoch bat die AKP nicht um eine Fristverlängerung, da sie für eine rasche Beendigung des Verfahrens war. Dementsprechend reichte sie ihre Verteidigung am 30. April 2008 ein. Die Generalstaatsanwaltschaft leitete am 30. Mai ihre Stellungnahme zum Fall an das Gericht, dann die AKP die ihre am 16. Juni. Anschließend begann das Verfassungsgericht mit den mündlichen Anhörungen der Generalstaatsanwaltschaft am 1. Juli und der AKP am 3. Juli. Die Akte wurde dann an den Berichterstatter übergeben. Nachdem der Bericht und fehlende Punkte der Akte fertiggestellt worden waren, legte das Verfassungsgericht den Prozesstermin fest. Für die Schließung der AKP müssten mindestens sieben der elf Richter des Verfassungsgerichts für den Antrag stimmen.

Es gibt noch ein weiteres Verfahren, aber ...

Nicht zum ersten Mal ist ein Schließungsverfahren gegen eine Regierungspartei eingeleitet worden. Auch wenn das Verfahren erst viel später abgeschlossen wurde, war die *Wohlfahrtspartei* zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung an der Regierung gewesen. Unter der Premierministerschaft von Necmettin Erbakan waren die *Wohlfahrtspartei* und die *Partei des Rechten Weges* eine Koalition eingegangen. Darüber hinaus ist auch das erste Schließungsverfahren gegen die AKP eingeleitet worden, als die AKP an der Macht war.

Der AKP-Vorsitzende und Premierminister Recep Tayyip Erdoğan wurde am 6. Dezember 1997 – als er Mitglied der *Wohlfahrtspartei* war – aufgrund einer Rede, die er in Siirt gehalten hatte, mit der Begründung, er würde „das Volk durch Religionsdiskriminierung offen zu Hass und Feindschaft aufstacheln", zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Obwohl er wegen dieser Gefängnisstrafe – gemäß § 11 des „Gesetzes für politische Parteien" mit der Nummer 2820 – gesetzlich daran gehindert war, eine politische Partei zu gründen oder Mitglied zu werden, wurde er Gründungsmitglied der AKP und anschließend ihr Vorsitzender.

Aus diesem Grund beschloss das Verfassungsgericht am 9. Januar 2002 entsprechend dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft vom 21. August 2001, dass Recep Tayyip Erdoğan nicht Parteigründungsmitglied sein könne, und verwies darauf, dass dieser Verstoß behoben werden müsse. Weil dies aber innerhalb der sechsmonatigen Frist nicht geschah, wurde am 23. Oktober 2002 ein Schließungsverfahren gegen die AKP eingeleitet. Am 2. Januar 2003 jedoch änderte die AKP das Parteiengesetz.

Mit diesen Änderungen der Gesetzeslage und der Verfassung wurden dann die Hindernisse in der Gesetzgebung, die Recep Tayyip Erdoğan betrafen, aufgehoben. Der Beschluss dieses Schließungsverfahrens – der noch immer nicht veröffentlich worden ist – wurde aufgrund der Gesetzesänderung umgewandelt in eine Strafe, die vorsieht, dass die Partei keine Gelder von der Schatzkammer erhält. Außerdem war eine Geldstrafe auch nicht möglich, da die AKP in dem Jahr, in dem das Verfahren eröffnet worden war, keine Finanzhilfe von der Schatzkammer erhalten hatte.

Eigentlich erlebt die Türkei nicht zum ersten Mal die Schließung einer politischen Partei. Das Verfassungsgericht, das nach 1960 gegründet wurde, hat die Schließung von insgesamt 24 Parteien beschlossen. Wenn wir die 18 Parteien, die während des Militärputsches von 1980, und die 18 Parteien, die vor 1960 geschlossen wurden, dazuzählen, hat es in der Türkei bis jetzt 60 Parteien getroffen.

Liste der geschlossenen Parteien (siehe Kasten)

(Gründungsjahr – Schließungsjahr: Parteiname – Entscheidungsgeber)
1924 – 1925: Fortschrittsfreundliche Republikpartei – Beschluss des Kabinetts
1930 – 1930: Freie-Republik-Partei – Schließung auf eigenen Wunsch
1930 – 1931: Öffentliche-Republik-Partei – Beschluss des Kabinetts
1930 – 1930: Partei der Arbeitenden Bauern der Türkischen Republik – Aktivitäten wurden untersagt
1946 – 1961: Demokratische Partei – Beschluss des lokalen Gerichts
1946 – 1946: Partei der Arbeiter und Bauern – Beschluss des lokalen Gerichts
1946 – 1952: Sozialistische Partei der Türkei – Beschluss des lokalen Gerichts
1946 – 1946: Partei der Sozialistischen Arbeiter und Bauern der Türkei – Beschluss des Ausnahmezustandskommandos
1946 – 1946: Partei für den Schutz des Islam – Beschluss des Ausnahmezustandskommandos
1948 – 1954: Nationenpartei – Beschluss des lokalen Gerichts
1950 – 1950: Demokratische Arbeiterpartei – Beschluss des lokalen Gerichts
1951 – 1951: Antreibende Partei – Beschluss des lokalen Gerichts
1951 – 1952: Islamische Demokratische Partei – Beschluss des lokalen Gerichts
1954 – 1957: Heimatpartei – Beschluss des lokalen Gerichts
1957 – 1957: Kleine Partei – Beschluss des lokalen Gerichts
1961 – 1961: Gleichheitspartei – Beschluss des lokalen Gerichts
1961 – 1961: Revolutionspartei – Aktivitäten wurden nicht gestattet
1983 – 1983: Große-Türkei-Partei – Aktivitäten wurden nicht gestattet

Durch Militär-Junta des 12. September 1980 geschlossene Parteien
1923 – 1981: Republikanische Volkspartei
1961 – 1981: Gerechtigkeitspartei
1961 – 1981: Nationenpartei -2
1966 – 1981: Einheitspartei der Türkei
1969 – 1981: Partei der Nationalistischen Bewegung
1972 – 1981: Partei für Nationales Wohl
1972 – 1981: Nationale Frauenpartei der Türkei
1973 – 1981: Republikanische Vertrauenspartei
1974 – 1981: Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei -2
1975 – 1981: Heimatpartei -2
1975 – 1981: Demokratische Partei -3
1975 – 1981: Arbeiterpartei der Türkei -2
1975 – 1981: Partei der Sozialistischen Revolution -2
1977 – 1981: Ordnungspartei
1978 – 1981: Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei
1979 – 1981: Sozialistische Heimatpartei
1979 – 1981: Freiheitliche-Nation-Partei
1980 – 1981: Freiheitlich-Demokratische Partei

Durch Verfassungsgericht geschlossene Parteien
1961 – 1971: Arbeiterpartei der Türkei -1
1961 – 1968: Arbeiter-Bauern-Partei
1969 – 1971: Partei des Fortschrittlichen Ideals der Türkei
1969 – 1972: Partei Großes Anatolien -1
1970 – 1971: Nationale Ordnungspartei
1975 – 1980: Proletarierpartei der Türkei
1983 – 1998: Wohlfahrtspartei
1983 – 1983: Behaglichkeitspartei
1988 – 1992: Sozialistische Partei
1988 – 1988: Partei der Grünen
1989 – 1991: (Republikanische) Volkspartei -2
1990 – 1997: Auflebungspartei
1990 – 1991: Vereinte Kommunistische Partei der Türkei
1990 – 1993: Arbeitspartei des Volkes
1991 – 1995: Sozialistische Einheitspartei
1992 – 1993: Partei für Freiheit und Demokratie
1992 – 1993: Partei der Sozialistischen Türkei
1992 – 1994: Demokratische Partei -4
1993 – 1994: Partei der Demokratie
1995 – 1996: Partei für Demokratie und Veränderung
1997 – 2001: Tugendpartei
1994 – 2003: Demokratiepartei des Volkes

Parteien, deren Verbotsverfahren eingestellt wurde
Das Verfassungsgericht hat bisher 24 Parteien verboten. Daneben gibt es jedoch noch Parteien, deren Verbotsverfahren eingestellt wurde. Das heißt also Parteien, die monatelang, sogar jahrelang unter dem Druck der Schließung standen. Die Einleitung eines Verbotsverfahrens beeinflusst die Arbeit einer Partei und die ihrer Funktionäre. Hier die Namen dieser Parteien, mit den jeweiligen Daten der Verfahrenseinstellung:

Hohe-Aufgaben-Partei – 15. August 1983 (Die Forderung, die Partei zu schließen, wurde abgelehnt. Da jedoch diese Partei die meisten der Gründer der Junta nicht aufnahm, galt sie als aufgelöst.)
Unsere Partei – 1. November 1983
Konservative Partei – 3. November 1983
Partei der neuen Ordnung – 9. November 1983
Partei des Rechten Weges – 28. September 1984
Sozialistische Partei – 8. Dezember 1984 (In einem erneuten Verbotsverfahren wurde diese Partei dann schließlich geschlossen.)
Fahnen-Partei – 2. Mai 1989
Nationalistische Arbeitspartei – 24. September 1991
Demokratische Friedensbewegung – 22. Mai 1997
Partei des Rechts und der Freiheit, HAK-PAR – 29. Januar 2008

Dann gab es noch ein Gesetz, welches vorsah, dass Parteien, die zweimal hintereinander nicht an den Parlamentswahlen teilnehmen können/konnten, geschlossen werden. Nachdem dieses Gesetz vom Verfassungsgericht annulliert, in der Verfassung jedoch nicht verändert worden war, wurden die Verfahren gegen sieben Parteien am 14. Oktober 2004 eingestellt:
1. Gerechtigkeitspartei
2. Partei des Hauptweges
3. Die große Gerechtigkeitspartei
4. Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei
5. „Die Türkei ist mit ihren Behinderten zufrieden"-Partei
6. Gerechtigkeitspartei Türkei
7. Sozialistische Arbeiterpartei Türkei

Parteien, deren Verbotsverfahren weiterhin andauern
Parteien, deren Verbotsverfahren weiterhin andauern, und die Daten der jeweiligen Verfahrenseröffnung:

1. Sozialistische Arbeiterpartei Türkei – 7. Juni 2002
2. Gerechtigkeits- und Aufschwungpartei – 23. Oktober 2002
3. Kommunistische Partei Türkei – 4. November 2002
4. Demokratische Volkspartei – 13. März 2003
5. Demokratische Volkspartei – 16. November 2007
6. Partei der Gerechtigkeit und des Aufschwungs – 14. März 2008

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich nur mit dem Verbotsverfahren der AKP. Aber parallel laufen noch weitere sechs Verfahren gegen fünf Parteien. All diejenigen, die für die Einstellung des Verbotsverfahrens gegen die AKP stehen, vor allem jedoch die Verantwortlichen der betroffenen Partei, ziehen es vor, über die Verbotsverfahren der anderen Parteien entweder gar nicht zu reden oder eine opportunistische Haltung einzunehmen, indem sie behaupten, dass eine Schließung der Parteien, deren Verfahren noch laufen, gerechtfertigt sei. Wenn die Türkei wirklich eine wahre Demokratie erlangen möchte, muss sie von der Tradition der Schließung von Parteien loskommen. ♦

Die AKP, das anti-kurdische Arrangement mit den türkischen Streitkräften und der Herbst in der Türkei

Kurdische Frage verbindet AKP und Militär

Baki Gül, Journalist

Der Sommer 2008 ist sowohl für die Türkei als auch für die Kurden sehr heiß und lebendig verlaufen. Die politischen Entwicklungen haben zu einer erhöhten Anspannung in der Bevölkerung geführt. Nicht die Kriege in Irak und Afghanistan, sondern die militärischen Operationen, Todesfälle und politischen Entwicklungen in der Türkei haben hier die politische Agenda gefüllt.

Gegen einige geheim organisierte Organisationen wurden in der Türkei Operationen durchgeführt. Die Operationen wie die „Bande" selbst wurden „*Ergenekon*" genannt. In diesem Zusammenhang stellte sich heraus, dass sich äußerst schmutzige Beziehungen innerhalb der staatlichen Institutionen verbergen.

Eigenartigerweise wurde kurz nach den Operationen gegen diese Bande ein Verbotsverfahren gegen die AKP angestrengt. Die betreffende Anklageschrift folgte derjenigen gegen *Ergenekon* auf dem Fuße.

Kurz vor der Versammlung des „Hohen Militärrats", auf der ein Führungswechsel bei den Streitkräften anstand, gab es Bombenangriffe in der türkischen Metropole Istanbul. Selbstverständlich wurden auch den ganzen Sommer über die militärischen Angriffe der türkischen Armee in Kurdistan ununterbrochen fortgesetzt. Das Verbotsverfahren gegen die *Partei der demokratischen Gesellschaft* (DTP) jedoch hält weiterhin an. All diese Entwicklungen spielen natürlich bei den Beziehungen zu den Nachbarstaaten, der EU und den USA eine wichtige Rolle.

Was bedeuten sie für uns? Wie sollten sie bewertet werden? Die AKP wurde nicht verboten, die „*Ergenekon*-Bande" wurde entlarvt und innerhalb der türkischen Streitkräfte wurden Positionen verändert. Lasst uns versuchen zu analysieren, welche Auswirkungen das auf die Politik in der Türkei und der kurdischen Frage haben wird.

All diese Entwicklungen zeigen uns, dass es heftige Machtkämpfe innerhalb des türkischen Staatsapparates gibt. Eben die Widersprüche dieser Kämpfe zeigen uns heute schon, wie die Türkei im Herbst und Winter aussehen könnte.

Am 14. März 2008 leitete die Generalstaatsanwaltschaft der Türkei beim Kassationshof ein Verfahren zum Verbot der AKP ein, die bei der Parlamentswahl am 22. Juli 2007 ca. 47 % der Stimmen und somit zum zweiten Mal die Stimmenmehrheit erhalten hatte. Die Nachricht vom Verbotsverfahren wurde sowohl in der Türkei als auch international mit Erstaunen aufgenommen. Selbstverständlich gab es Punkte, auf die die Anklage gestützt wurde. Nach der Wahl war Abdullah Gül, Mitbegründer der islamisch geprägten AKP, zum Staatspräsidenten gewählt worden und später hatten die umfangreichen Operationen gegen die *Ergenekon*-Bande stattgefunden. Das Verbotsverfahren wurde als „Rachemaßnahme" dagegen gewertet. Der Kernpunkt der Anklageschrift war der Vorwurf, die AKP sei „Brennpunkt antisäkularer Aktivitäten". Monate sind seitdem vergangen. Ministerpräsident Erdoğan, der am 1. August die Versammlung des *Hohen Militärrats* leitete, hat am 31. Juli durch eine Presseerklärung des Verfassungsgerichtsvorsitzenden Haşim Kılıç den Gerichtsbeschluss erfahren: Die AKP wurde nicht verboten, sondern erhielt lediglich eine Verwarnung, eine Art „Geldstrafe", die Hälfte der staatlichen Unterstützungsgelder soll gestrichen werden. Für ein Verbot der Partei fand sich keine Mehrheit im Gremium, jedoch teilten zehn der elf Mitglieder des Verfassungsgerichts die Auffassung, die AKP sei „Brennpunkt antisäkularer Aktivitäten". In der Türkei wie auch weltweit fand der Beschluss, die AKP nicht zu verbieten, große Aufmerksamkeit. Den Erklärungen einiger EU-Staaten war zu entnehmen, dass sie damit die chaotische Lage in der Türkei zumindest etwas beruhigt sahen und die USA noch eine Zeit lang ihre Türkei-Politik mithilfe der AKP verwirklichen könnten. In der Türkei selbst wurden jedoch Kommentare laut, dass der Grund für ein solches Prozessende eher der Tatsache geschuldet sei, dass die AKP auf der politischen Bühne keine Alternative habe. Weiter wird davon ausgegangen, dass die Verwarnung durch das Verfassungsgericht der AKP ihre Grenzen festgelegt habe und auch ein Zeichen für die Souveränität des Militärs über die AKP sei. Abgesehen davon gaben die kurdischen politischen Repräsentanten in ihren Erklärungen zu verstehen, sie würden diesen Verfahrensausgang als „Übereinkunft von AKP und türkischen Sicherheitskräften" bewerten. Im Hinblick auf die Repressionen gegenüber der kurdischen Bevölkerung sei die AKP nun vollkommen dem Militär unterworfen.

Dass diese Interpretation der Realität am nächsten kommt, zeigen uns die Mittel, die die Regierung dem Militär im Krieg in Kurdistan zur Verfügung stellt. Es ist offensichtlich, dass in Kurdistan nahezu alle staatstragenden Parteien wie CHP, MHP, DSP, ANAP u. ä. hinweggefegt worden sind. Auch die AKP hat mit ihrem Beschluss zu grenzüberschreitenden Operationen, gleich im Anschluss an die Parlamentswahl vom 22. Juli 07, in Kurdistan eine große Menge Stimmen verloren. Es wäre also strategisch falsch, die AKP zu schließen, ohne eine alternative Partei in Kurdistan gründen zu können. Denn dies würde eine Abnahme des staatlichen Einflusses in Kurdistan bedeuten.

Zu all diesen Aspekten kommt noch hinzu, dass es innerhalb des „Machtkampfes" im Staat selbst so viele pensionierte Generäle, Professoren und Journalisten gibt, die engen Kontakt zur türkischen Mafia haben und mit *Ergenekon* in Verbindung stehen, dass eben diese Realität als weiterer Faktor AKP und Militär zum Übereinkommen brachte. Fazit ist: Die politische Balance in der Türkei und dazu der Druck von EU und USA reichten aus, die AKP nicht zu verbieten.

Folgende Entwicklungen sind nach der Verfassungsgerichtsentscheidung zur AKP in naher Zukunft möglich: Die Versammlung des „*Hohen Militärrats*" am 1. August wird höchstwahrscheinlich alle auf diesem Treffen beschlossenen Positionen im schon seit langem gewünschtem Sinne des Militärs problemlos ausfüllen können. Die Funktion Yaşar Büyükanıts als türkischer Generalstabschef, der wesentliche Widersprüche zur AKP gehabt hat, sich nachher jedoch mit ihr einigen musste, hat nun Generaloberst Ilker Başbuğ übernommen. Auch er arrangiert sich wie schon sein Vorgänger mit der AKP und schafft sich damit die Grundlage, seine eigene Mannschaft in der Armee zu etablieren. Fraglos und offensichtlich einigten sich Büyükanıt und Başbuğ auf dem Boden der *Ergenekon*-Operation, um einen problemlosen Start in die neue Periode zu gewährleisten. Bei der *Ergenekon*-Operation wurden auch einige ihrer früheren Kollegen verhaftet, was von beiden gar nicht mal so bedauernd aufgenommen wurde.



Das Militär geht gegen ein traditionelles Bergfest der Kurden in Şırnak vor Foto: DIHA

Es hat den Anschein, als habe die Armee unter ihrem neuen Kommandanten Başbuğ alles erreicht, was sie wollte. Es sind zwar viele *Ergenekon*-Akteure verhaftet worden, doch wurde der Staatsapparat nicht völlig von den Banden gesäubert, lediglich von denjenigen, die aus dem Ruder gelaufen waren und eine große Rolle sowieso nicht mehr spielten, was den Zielen der staatlich Verantwortlichen wahrscheinlich entgegenkam. Während die türkische Politik nach außen mit einer stärker kontrollierten Innenpolitik und AKP effektiver wirken soll, wurde natürlich entschieden, den Krieg in Kurdistan ununterbrochen fortzusetzen. Daher steckt hinter der Einigung mit der AKP die ausschließlich durch das Militär selbst kontrollierte Positionierung der einzelnen Generäle und Kommandanten auf der Versammlung des *Hohen Militärrats*. Zudem hat man sich über die Aufrechterhaltung der Macht des Militärs in der Politik verständigt.

All diese Betrachtungen deuten darauf hin, dass die türkische Armee ihren Krieg in Kurdistan im Herbst intensivieren wird, obwohl ihre Anfang dieses Jahres begonnenen umfangreichen Militäroperationen, die Luftangriffe und auch die grenzüberschreitenden Operationen eindeutig ihre Niederlage gegenüber der Guerilla zeigten. Sogar staatstragende Parteien wie MHP und CHP erklärten öffentlich die Niederlage des Militärs.

Das ausgebliebene AKP-Verbot hängt nicht mit ihrer politischen Kraft zusammen, sondern damit, dass der Staat, oder eher der unter dem Druck des Militärs stehende Staat, sie in seinem eigenen Sinne benutzen und einsetzen kann. Das bedeutet konkret, dass die Türkei im EU-Reformprozess noch kälteren Zeiten entgegensehen, mit den USA hingegen auf der Grundlage einer gemeinsamen anti-kurdischen Haltung wärmer werden wird. Dass die AKP nicht verboten wurde heißt nicht, dass auch die DTP nicht geschlossen wird. Ebenso heißt es nicht, dass der EU-Beitrittsprozess beschleunigt oder eine schnellere Demokratisierung in der Türkei stattfinden wird.

Denn die AKP hat ihren politischen Willen vollkommen dem Militär überlassen. Außerdem hat sie das Problem nicht in einer Demokratisierung der Türkei oder in einer Lösung der kurdischen Frage gesehen. Sie hat ihre Aufgabe darin gesehen, den Krieg in Kurdistan zu forcieren.

Daher werden die Entwicklungen nach dem warm verbrachten Sommer der Türkei zeigen, ob der Herbst die Blätter der Demokratiebefürworter oder die Blätter der Demokratiegegner verwelken und abfallen lässt … ♦

Geschwisterlichkeit der Völker und demokratische Befreiung

Gemeinsames Leben und gemeinsame Lösungen: Dachpartei

Entwurf von Mustafa Sarıkaya

Im Folgenden veröffentlichen wir die Abschrift des Entwurfes von Mustafa Sarıkaya, Mitglied der Parteiversammlung der DTP, über die Aufgaben und Ziele der *Dachpartei*, der während des 2. außerordentlichen Kongresses der DTP in Ankara vorgestellt wurde.

Als am 8. November 2007 der zweite außerordentliche Kongress der DTP stattfand und wir die Aktion „*Dachpartei*" als eine Aufgabe unserer Partei begannen, sagten wir in unserem „Rahmenentwurf" dazu:

Die Oppositionskräfte in der Türkei haben sich mit der Regierungsmacht und unter einem Dach geeinigt. Obwohl auf der Achse Republik–Demokratie–Laizismus–Fortschrittsfeindlichkeit ein Orkan erzeugt wird, wird bei der Kurden-Frage und den Forderungen der Unterdrückten alles unterlassen.

Das Ziel dieser Front sind alle oppositionellen Kräfte, die sich in der Umgebung der demokratischen und freiheitlichen Forderungen befinden. Forderungen auf der Achse Identität–Arbeit–Demokratie–Frieden–Freiheit werden von den Herrschenden als Gefahr und Bedrohung angesehen. Um diese Forderungen zu liquidieren oder durch eine Integration zu verhindern, wird jeder Weg und jede Methode benutzt. Mit diesem Ziel wurde durch eine enorme psychologische, chauvinistisch-nationalistische und Kriegspropaganda die „Kurden-Furcht" erschaffen. Gleichzeitig wurden die ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen aller Unterdrückten unkenntlich gemacht und versucht, die Beziehungen zwischen den fundamentalen demokratischen Kräften in der Türkei zu brechen.

Gegen die Politik der Herrschenden müssen wir durch die Geschwisterlichkeit der Völker eine Allianz der Arbeit, des Friedens und der Demokratie bilden, die breite Kräfte beinhaltet und die unterdrückten kurdischen und türkischen Massen erreicht.

Um die rassistische, nationalistische, chauvinistische ideologische Hegemonie zu brechen, müssen wir eine breitere Arbeit leisten, damit es möglich ist, die Welle der Vernichtung und Liquidation abzudrängen und den Weg zur Geschwisterlichkeit der Völker und für die demokratische Befreiung zu öffnen. Die *Dachpartei* kann in unserer Zeit solch eine Form der Organisierung sein. Wegen des Fehlens einer realen linksdemokratischen Opposition und dem Hin-und-her-treiben unseres Volkes zwischen den politischen Vertretern der herrschenden Kräfte könnte dies eine demokratische, freiheitliche und friedliche Entscheidung sein.

Mit dieser Perspektive haben wir die Arbeiten an der *Dachpartei* unter Führung der DTP und drei weiterer Parteien gemeinsam begonnen. In diesem Rahmen wurden eine gemeinsame Kommission von DTP, EMEP und SDP gegründet und verschiedene sozialistische Organisationen, revolutionär-demokratische Gruppierungen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Intellektuelle besucht, um ihre Standpunkte in Erfahrung zu bringen. In den Besprechungen wurde über Programm und Organisationsmodell diskutiert.

Wenn die aktuelle politische Lage richtig bewertet sein sollte, dann müssten die breiten Massen eine neue Kampflinie stricken, um eine gemeinsame Willenseinheit zu vertreten. In diesem Sinne wurden die Gespräche entlang dieser Achse geführt und festgestellt, dass die gesellschaftliche Situation dazu bereit ist.

In den Gesprächen, die wir geführt haben, wurde festgestellt, dass die *Dachpartei* und ihre auf der Tagesordnung stehenden Aktivitäten generell als eine dringende Aufgabe breiter Zusammenhänge bewertet wurden. Die gebildete Einheit muss all diejenigen einschließen, die den demokratischen Kampf in der Türkei vorantreiben.

Unser Ziel ist es, eine gemeinsame Strategie der Arbeiter und der unterdrückten Völker, die imperialistisch, ökonomisch, nationalistisch, ethnisch oder religiös unterdrückt werden, zu schaffen, um den demokratischen Kampf zusammen zu verstärken.

Jedoch gibt es auch Annäherungen, die die Arbeiten erschweren und die den Inhalt des demokratischen Kampfes in der Türkei entleeren. Es wird versucht, die Bedeutung der *Dachpartei* aus politischen Interessen zu schmälern. Wir möchten klar und deutlich ausdrücken, dass Parteien, die in der Vergangenheit Wahlallianzen eingegangen sind, es wissen müssten, dass die Arbeit der *Dachpartei* nicht nur ein Bündnis während der Wahlen ist. Unser Aufruf ist strate-

gisch. Unser Ziel ist es, eine gemeinsame Strategie der Arbeiter und der unterdrückten Völker, die imperialistisch, ökonomisch, nationalistisch, ethnisch oder religiös unterdrückt werden, zu schaffen, um den demokratischen Kampf zusammen zu verstärken.

Wie Sie wissen, wurden in der Vergangenheit verschiedene Einheiten geschaffen und gemeinsame Kampfversuche durchgeführt. Aus unterschiedlichen Gründen waren diese nicht nachhaltig. Da keine gemeinsame Front gebildet wurde, konnte die Regierung gegenüber den demokratischen Oppositionssektoren ihre harte Angriffspolitik leichter praktizieren. Da Chauvinismus und Nationalismus sich verstärkten, die Linke von der Bevölkerung getrennt wurde und die klassenkämpferischen Parteien ohne Basis blieben, kam es zu dieser Situation. Um eine neue Struktur bilden zu können, müssen wir in allen Bereichen offen Selbstkritik üben, die Vergangenheit analysieren und fähig sein, die politische Phase richtig nachzuvollziehen.

Die Forderung und das Zusammenkommen für eine Demokratische Republik werden mit der neuen Bewegung, uns und der gesamten Linken, die Tür einen neuen Spalt öffnen.

Obwohl wir als DTP diese Arbeiten durchführen, haben wir unseren Anhängern den Gedanken „*Dachpartei*" nicht ausreichend vermittelt. Auch wurde unter uns selbst die Vereinigung mit den demokratischen Oppositionsgruppen in der Türkei nicht strategisch verstanden und manche sahen nur ein Bündnis für die Wahlen. Natürlich sehen wir dabei unsere Verantwortung. Erschwerend kam hinzu, dass reaktionäre, nationalistische Kreise eine verstärkte Gegenpropaganda betrieben.

Die Interessen des kurdischen Volkes liegen im Zusammenkommen mit den türkischen Arbeitern, Armen und dem Umfeld, in dem die Arbeitskraft geachtet wird. Dies ist für uns eine ideologische Feststellung. Der Versuch verschiedener nationalistischer Kreise, die Linken diskreditieren und den linksgerichteten Kampf als etwas gegen die Interessen unseres Volkes darstellen zu wollen, ist ein Teil der langjährigen ideologischen Angriffe. Wir werden nicht darauf hineinfallen. Die Gedanken und der Horizont unseres Volkes sind für den Demokratisierungskampf in der Türkei offen.

Die Dachpartei kann durch ihre Arbeit alle unterdrückten Völker zusammenbringen und einer Zukunft des Friedens, der Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit einen wichtigen Schritt näher bringen.

Die *Unstimmigkeiten* zwischen den herrschenden Kräften werden sich vertiefen und sind auch nicht mehr zu verheimlichen. Wenn man die aktuelle politische Lage betrachtet, ist die *Dachpartei* für die breiten Massen eine ernste und vertrauensvolle Alternative. Auch wird sie die Türen für einen fundierten politischen Wandel in der Türkei öffnen.

Alles werden wir zusammen schaffen, mit den Muslimen, die die freiheitliche Glaubensgarantie innerhalb der Volksdemokratie sehen, und mit den linken Kräften, die für die soziale Befreiung der Arbeiter kämpfen.

Solch eine Bewegung kann in einer sehr kurzen Zeit innerhalb der Gesellschaft eine ernste Synergie erzeugen, die existierende Lücke ausfüllen und die Bedürfnisse des Volkes stillen. Dafür sind die erforderlichen gesellschaftlichen Vorraussetzungen gegeben. Um dieses politische Mittel zu erschaffen, werden wir beharrlicher sein und den notwendigen Willen zeigen. Alles werden wir zusammen schaffen, mit den Muslimen, die die freiheitliche Glaubensgarantie innerhalb der Volksdemokratie sehen, und mit den linken Kräften, die für die soziale Befreiung der Arbeiter kämpfen.

Diese Bewegung, die auf die radikale Demokratie setzt, die Sprache des Volkes spricht, die Interessen des Volkes umsetzt und für die Lösung der fundamentalen Fragen kämpft, wird nicht nur die Türen für den Frieden, die Demokratie und die Freiheit in der Türkei öffnen, sondern auch den Friedenswind in unserer gesamten Region wehen lassen, wo seit Jahren imperialistische Angriffe und regionale Diktaturen Blut vergossen haben.

Es ist für die Teilnehmer der *Dachpartei* nicht schwierig, kurz- oder mittelfristig ein programmatisches Dokument zu erarbeiten, welches ihre Ziele beinhaltet. Denn die Bedürfnisse sind bekannt. Solch ein programmatisches Dokument wird für die Einheit die fundamentalen Ecksteine enthalten:

- Frieden sofort;
- Eine demokratische, mitwirkende, soziale, freiheitliche und egalitäre Konstitution;
- Umwandlung des oligarchischen und militärischen Regimes in eine demokratische Republik;
- Eine unabhängige Außenpolitik, die die Abhängigkeit vom Imperialismus beendet;
- Bedingungen, die eine demokratische und friedliche Lösung der Kurdenfrage hervorbringen;
- Demokratisierung der vom monopolistischen Finanzkapital beherrschten Ökonomie;
- Vergütung der ökonomischen und demokratischen Forderungen der Arbeiter;
- Maßnahmen zur Beendigung der Benachteiligung der Frauen;
- Gedanken-, Rede- und Organisationsfreiheit;
- Ende der Naturzerstörung, usw.

Dies sind Forderungen, die breite Gesellschaftsbereiche zusammenbringen können. Die Geschichte gibt uns in dieser kritischen Zeit die Aufgabe, ein solches Programm zu schaffen und mit Leben zu füllen und eine Einheit von Kräften zu bilden, um eine demokratische und freiheitliche Front gegen die Unterdrückerlinie aufzubauen. Unser Kongress sollte keinen Zweifel daran haben, dass wir noch dynamischer und energischer arbeiten werden, um unsere Aufgaben zu erfüllen. ♦

Menschenrechtsverein İHD:

16 719 Verstöße im ersten Halbjahr

Yeni Özgür Politika, 23.7.08, Amed

Die Zweigstelle Amed/Diyarbakır des *Menschenrechtsvereins* (İHD) hat in ihrem jetzt vorliegenden „Regionalen Menschenrechtsreport Ost und Südosten" in den ersten sechs Monaten dieses Jahres allein 16 719 Verstöße festgestellt. Der Regionalvertreter des İHD, Mihdi Perinçek, erklärte, dass systematische Folter weiterhin andauere, Klagen über Folter nicht nachgegangen werde und Täter im Zusammenhang mit der Folter nicht bestraft würden. Perinçek hob hervor, dass die leitende Elite der Türkei seit Jahren die kurdische Frage auf der Grundlage von Verleugnung und Vernichtung betrachte: „Für eine Lösung der Probleme wird wichtigen menschlichen Werten wie Gewissen, Gerechtigkeit und Empathie kein Vorrang eingeräumt. Ein politischer Wille, der Methoden eines friedlichen Zusammenlebens zur Grundlage nimmt, wird nicht gezeigt." Perinçek lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass es in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 im Zusammenhang mit bewaffneten Auseinandersetzungen zu 178 Toten und 125 Verletzten gekommen sei, was dazu geführt habe, „dass 303 unserer Mitbürger im besten Alter ihrer Träume, ihrer Hoffnungen und ihrer Zukunft beraubt wurden".

Systematische Folter hält an

Perinçek betonte, dass entgegen Erklärungen wie „Folter ist ein Einzelfall. Null-Akzeptanz gegenüber Folter" systematische Folter andauere: „In der Region hat es in den ersten sechs Monaten im Jahre 2004 174 Klagen, im Jahre 2005 191 Klagen, 242 Klagen im Jahre 2006 und 183 Klagen im Jahre 2007 wegen Folter und Misshandlung gegeben. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 aber ist die Zahl auf 434 gestiegen. Personen und Institutionen, die rechtlich die Verantwortung dafür tragen, die moralisch verantwortlich sind, weil sie es einst selbst versprachen – wie viel an Fällen von Folter und Klagen über Folter sind sie nachgegangen und haben sie vor Gericht gebracht? Wie viele Gerichtsverfahren sind eingeleitet worden? Wie viele Fälle von Folter sind, obwohl ärztliche Atteste und sichtbare Spuren vorhanden waren, verurteilt worden? Welche institutionellen Maßnahmen sind ergriffen worden, um das Verbot von Folter durchzusetzen? Wenn dem keine Antwort gegeben wird, bedeutet es, dass das Gesetz gebrochen, Ämter missbraucht werden."

Verstöße in den Gefängnissen

Ebenso nähmen die Probleme in türkischen Gefängnissen zu, begrenzte Freiheiten würden zunehmend eingeengt. Perinçek erinnerte daran, dass bereits auf kleinste Reaktionen und Forderungen der Gefangenen unweigerlich ein Mechanismus von Disziplinstrafen in Gang gesetzt werde: „In diesem Rahmen sind 200 Inhaftierte sowie Verurteilte mit verschiedenen Disziplinarstrafen belegt worden. In den Gefängnissen der Region hat es in der Beziehung 353 Verstöße gegeben, und das waren nur die, die wir feststellen konnten. Außerdem bekommen sie nicht einmal Presseerzeugnisse ausgehändigt, die eine Banderole [*Genehmigung*] tragen. Kurdische Schriften werden mit der Begründung ‚ein Dolmetscher kann nicht gefunden werden' abgelehnt. Das sind systematische Verstöße, politische Maßstäbe, die dem zugrunde liegen, bewegen sich außerhalb jeglicher Rechtsstaatlichkeit."

Gegen 1 285 Personen wurden in den letzten sechs Monaten wegen Meinungsäußerungen Ermittlungen eingeleitet, gerichtliche Verfahren eröffnet sowie Strafen erteilt: „Selbst vorhandene Gesetze mussten dabei mehr als weit ausgelegt werden, um diese Art von Ermittlungsverfahren einzuleiten, Gerichtsverfahren zu eröffnen und Strafen zu erteilen. Das bedeutet: Im Rechtswesen besteht ein Problem im Hinblick auf Unabhängigkeit und Verständnis von Recht und Gesetz sowie demokratischer Kultur", erklärte Perinçek.

Rechtsbeugungen gegen Frauen

Innerhalb der letzten sechs Monate hätten 26 Frauen Selbstmord verübt und 9 Frauen Selbstmordversuche unternommen. In 22 Fällen von „häuslicher Gewalt" seien 16 Frauen getötet worden. Bei 227 Gewalttaten in der Öffentlichkeit, sexueller Belästigung und Vergewaltigungen hätten 5 Frauen ihr Leben verloren. Perinçek hob hervor, dass außerdem 2 weitere Fälle von sexueller Belästigung vonseiten der Polizei begangen worden seien: „Die, wenn auch beschränkten, Veränderungen zur Verbesserung der rechtlichen Lage der Frauen in den letzten Jahren reichen nicht aus, die Rechtsverstöße gegen Frauen zu verhindern, es besteht daneben auch Bedarf nach nachhaltigen Vorsichtsmaßnahmen vonseiten staatlicher Institutionen und nach einem kulturellen Wandel."

22 Wälder teilweise in Brand gesetzt

Allein im Juli dieses Jahres kam es in der Region in 22 Waldgebieten zu Bränden. Die beim İHD eingereichten Klagen benannten als Gründe entweder militärische Operationen oder dass sie von türkischen Sicherheitskräften gelegt worden seien. ♦

Deutsche Bundesregierung als Handlanger des türkischen Staates

Die Stimme der mesopotamischen Kulturen: ROJ TV

„Der kurdische Fernsehsender ROJ TV hat ein potenzielles Publikum von 40 Millionen Kurden. Der Fernsehsender erreicht durch Satelliten ein Publikum von 28 Millionen Kurden, die in 77 Ländern leben. Durch den zuverlässigen Blick auf politische und gesellschaftliche Ereignisse hat der Fernsehsender ROJ TV ein Gefühl der Einheit unter der in der Diaspora lebenden und geteilten kurdischen Gemeinschaft geschaffen."

Der kurdische Fernsehsender ROJ TV, gegründet in Kopenhagen, Dänemark, ist auf die spezifischen Bedürfnisse der kurdischen Nation in Mesopotamien ausgerichtet.

Objektivität und Unabhängigkeit

Alle Programme sind den dänischen Übertragungsregelungen angepasst, die wiederum der europäischen Gesetzgebung folgen. Darin ist vorgesehen, Raum für Debatte, Freiheit des Gedankens und der Kritik zu geben; ein Luxus, dessen die Kurden für Jahre beraubt worden sind. Engagierte Journalisten und Korrespondenten bearbeiten die aktuellen kurdischen und internationalen Ereignisse entsprechend der journalistischen Werte wie Objektivität, Demokratie und Respekt für Minoritäten sowie dem Wunsch, die kulturellen Identitäten im Mittleren Osten zu stärken. Das kurdische Medium übermittelt neue Perspektiven wie auch die Standpunkte anderer globaler Medienanstalten. Dank der vielen Journalisten in der Region lebt der kurdische Fernsehsender ROJ TV mit dem Finger am Puls der kurdischen Gesellschaft und vermittelt die Auswirkungen globaler und regionaler Politik. Die menschliche Haltung gegenüber den täglichen Entwicklungen und Herausforderungen der kurdischen Gesellschaft und der Welt ist der Schlüssel zum Erfolg des kurdischen Fernsehens.

Allgemeine Service-Programme

Das Gesamtprofil von ROJ TV ist geprägt von breit gefächerten Informationen und niveauvoller Unterhaltung. Das Programm deckt ein Spektrum von Nachrichten bis hin zu Kinderprogrammen ab. Dazwischen liegen Live-Konzerte, aber auch Dokumentationen, so dass eine Bandbreite an Programmkompetenz vorliegt. Die Programme werden in den vier kurdischen Hauptdialekten Kurmancî, Soranî, Goranî und Zazakî sowie auf Assyrisch, Arabisch, Englisch und Türkisch übertragen. Der Leitfaden, der sich durch alle Programme zieht, ist die Aufmerksamkeit gegenüber der sozialen Entwicklung. Seit den '90er Jahren hat die kurdische Gesellschaft massive soziale Umbrüche erfahren, die im Zusammenhang mit der kulturellen und politischen Unterdrückung in der Region stehen. Um den Prozess der sozialen Entwicklung zu fördern, hat der kurdische Fernsehsender ROJ TV Formate für Diskussionsprogramme mit aktiver Teilnahme der Zuschauer entwickelt. Ein Arbeitsteam aus Produzenten und Szenaristen entwickelt fortwährend neue Programmkonzepte, die darauf abzielen, die Entwicklung sozialer Werte und der Demokratie unter der Bevölkerung des Mittleren Ostens zu stärken.

Kurdische Medien in den vergangenen 100 Jahren

Am 22. April 1898 stellte das kurdische Volk der Medienwelt seine erste Zeitung mit dem Namen *Kurdistan* in Ägypten vor. Verschiedene kurdische Zeitungen und Zeitschriften folgten. *Şark* (1908), *Amid-i Sevda* und *Peyman* (1909), *Yekbûn* (1913), *Jîn* (1918) und *Irfan* (1923) sicherten für einige Jahre den Fortbestand des kurdischen Journalismus. Aber den kurdischen Medien wurde bald jedes Existenzrecht verweigert. 1923 wurde Kurdistan zwischen der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien aufgeteilt. Die Publikation der Zeitungen musste im Untergrund weitergehen, fortan galten sie als illegal.

Trotz der starken Unterdrückung verschwanden die Spuren der kurdischen Medien niemals. 1932 erschien die Zeitung *Hawar* in der syrischen Hauptstadt Damaskus und spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des modernen kurdischen Alphabets. 1936 erschien *Galawej* in Mahabad, gefolgt von *Niştiman*, die 1943 erschien.

In der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts erhielten die kurdischen Medien Verstärkung durch Radiosendungen. Obgleich außerhalb des Landes ansässig, übertrugen die Radiostationen in Bagdad, Yerevan, Kermanschah und Teheran die Programme, die von Kurden in Kurdistan gemacht wurden. Besonders *Hawar* und die Radiostation *Yerevan* hatten eine historisch bedeutsame Rolle für die Kurden.

Nach 1970 fand ein Entwicklungsschub für den kurdischen Journalismus



Demonstration in Hamburg gegen das Verbot von ROJ TV in Deutschland Foto: A. Bender

statt. Allein im Jahre 1990 wurden 300 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften in Kurdistan und in der kurdischen Diaspora veröffentlicht. Der Grund lag in den neuen technischen Möglichkeiten der Informationsübertragung. Nach 1990 erreichten kurdische Medien ein neues Niveau. Außer über die Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften und Radiosendungen kam die Welt über das Internet und den Fernseher zu den Kurden.

Trotz der brutalen Unterdrückung und der Ermordung von mehr als 30 Journalisten und Zeitungsverkäufern verfügen die Kurden heute über neun kurdische Satellitenprogramme: *ROJ TV*, *Mesopotamien TV*, *Newroz TV*, *Kurdistan TV*, *KURD-SAT*, *Zagros TV*, *Rojhelat TV*, *Tishk und Newroz TV*. Heute werden (jedoch immer noch nur in Süd-Kurdistan/Irak) 300 Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Außer der *Stimme Mesopotamiens* (*Dengê Mezopotamya*), in Europa über Kurzwelle ausgestrahlt, Satelliten- und Internetprogrammen gibt es zahlreiche regionale Radiostationen. Informationen und Nachrichten über Kurdistan werden in ganz Europa, dem Mittleren Osten und Russland durch zahlreiche kurdische Zeitungen, Zeitschriften und Internet-Auftritte verbreitet.

Profil des kurdischen Publikums

Der kurdische Fernsehsender ROJ TV hat ein potenzielles Publikum von 40 Millionen Kurden. Der Fernsehsender erreicht durch Satelliten ein Publikum von 28 Millionen Kurden, die in 77 Ländern leben. Durch den zuverlässigen Blick auf politische und gesellschaftliche Ereignisse hat der Fernsehsender ROJ TV ein Gefühl der Einheit unter der in der Diaspora lebenden und geteilten kurdischen Gemeinschaft geschaffen.

Die Zahl der in Europa lebenden Kurdinnen und Kurden beläuft sich auf über zwei Millionen. Allein in der Bundesrepublik Deutschland leben annähernd 800 000 Kurden. Alle maßgeblichen Institute bescheinigen dies.

Das Betätigungsverbot für ROJ TV muss umgehend aufgehoben werden!

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat den in Dänemark lizenzierten kurdischen Fernsehsender ROJ TV im Bereich der Bundesrepublik mit einem Betätigungsverbot belegt. ROJ TV ist die Stimme aller KurdInnen und kritischen Linken aus der Türkei in der Diaspora geworden.

Vom Verbot betroffen sind der Fernsehsender sowie die Produktionsfirma *VIKO* in Wuppertal. Bereits Anfang Mai 2008 waren in Wuppertal und anderen Städten die Räume von ROJ TV durchsucht und alle Computer, Produktionsunterlagen beschlagnahmt worden.

ROJ TV ist ein kurdischer Sender, der in den Sprachen Kurdisch, Türkisch, Arabisch, Assyrisch und Englisch Programme ausstrahlt. ROJ TV erreicht Millionen Menschen im Nahen Osten und in Europa. Die Kurdinnen und Kurden haben in der Türkei immer noch kein Recht auf Nachrichtensendungen in kurdischer Sprache. Deshalb ist ROJ TV die wichtigste Nachrichtenquelle für alle KurdInnen, aber insbesondere für die in Deutschland lebenden kurdischsprachigen MitbürgerInnen.

ROJ TV ist die Stimme des Friedens und der Freiheit

Mit der Verbotsverfügung macht sich die Bundesregierung zum Handlanger des türkischen Staates und erschwert eine friedliche Lösung des Konflikts. Dieses Verbot ist ein Teil der Kriminalisierung der KurdInnen und ihrer Medien auch in Deutschland. Gerade in einer Phase, in der KurdInnen und ihre Institutionen sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzen, erfolgt ein Verbot über ihr Sprachrohr ROJ TV. Das ist eine beispiellose Einschränkung der Grundrechte auf Presse- und Meinungsfreiheit!

Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, den kurdischen Menschen, die aufgrund der herrschenden Verfolgungs- und Verleugnungspolitik im Exil leben müssen, ihre Stimme wieder zurückzugeben! Das würde einen Beitrag zum friedlichen, konfliktfreien Zusammenleben leisten und nicht das friedliche Zusammenleben stören, wie der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble es behauptet.

Die KurdInnen dürfen nicht zum Opfer der zwischenstaatlichen Machtinteressen werden. Meinungs- und Pressefreiheit ist für alle Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar, auch Kurdinnen und Kurden.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte und Initiativen auf, sich mit ROJ TV zu solidarisieren und gegen dieses Verbot zu protestieren.

Auf der Sonderseite der *Informationsstelle Kurdistan e.V.* (*http://isku.org)* befinden sich Adressen und Vordrucke für den Protest gegen das Verbot von ROJ TV. ♦

Politik, politische Angelegenheiten und so weiter

Eurozentrismus, der die Menschen verblendet

Luqman Guldivê

Was Politik ursprünglich bedeutet, habe ich mich gefragt. Seltsamerweise interessierte mich die europäische Bedeutung dieses Ausdrucks kaum. Ich fühlte mich eher von dem orientalischen Begriff „*siyase*“ bzw. „*siyaset*“ (stammt aus dem Arabischen und bedeutet schlicht übersetzt „Politik“) angezogen. „*Siyaset*“ ähnelt dem im Türkischen gängigen „*seyis*“ („Pferdeflüsterer“) sehr. Diese Ähnlichkeit richtete meine Aufmerksamkeit auf den arabischen Stamm von „*siyaset*“, nämlich „*sawasa*“ bzw. „*sîn*“ (س), „*waw*“ (و) und „*sîn*“ (س). Im Wörterbuch steht für diesen Verbstamm „beherrschen, regieren, führen, leiten, lenken, verwalten, regeln, ordnen“; für „*siyaset*“ steht „Verwaltung, Leitung, Politik“. Und da, endlich finde ich es unter „*saîs*“ (der türkische Begriff „*seyis*“ stammt aus genau diesem Wort). Darunter steht „Stallknecht, Pferdebursche, Lenker von Tieren“, aber auch „Leiter, Verwalter und Führer“. Genau dies war es und ich erinnerte mich, den lieben Herrn Bachmann, den ehemaligen Arabistik-Professor in Göttingen, sagen: „‚*Siyaset*‘ bedeutet ursprünglich, mit List das Kamel zu führen oder in Bewegung zu setzen.“ Ja, das war es eigentlich, was mich auf die Suche nach der Bedeutung des Wortes geführt hatte. Im Nahen und Mittleren Osten, wohin Sie schauen, sind die Völker mit einer realen Politik konfrontiert, die fast alle zu der Überzeugung bringt, dass Politik nichts weiter ist als ein Spiel des Lenkens mit List, besser gesagt ein dreckiges Spiel. Das hat zur Folge, dass die Mehrheit der Menschen dort, weil sie Politik als etwas Dreckiges betrachtet, sich oft nicht in die Politik einmischen, besser gesagt sich von der Politik fernhalten will oder etwas in dieser Richtung zum Ausdruck bringt. Das heißt, sie entwickeln sich zu dem Typus des Menschen, den genau sich die Regierungen oder Herrschercliquen in den jeweiligen Ländern wünschen.

Es sieht vielleicht wie ein Dilemma aus, in der Tat ist es eher ein gewünschtes, sogar bezwecktes Ergebnis einer zielgerichteten Politik. Den Menschen Politik als ein dreckiges Spiel der Macht, in dem die Interessen gewisser Gruppen und Personen durch List durchgesetzt werden, einprägen, schafft für solch eine Politik freien Raum. Viele Menschen geben ganz auf, sich für irgendeine Politik zu interessieren, andere verdammen Politik als Ganzes, indem sie glauben, Politik ist eben dies und nichts anderes. Wie einfach es ist, solche Massen zu führen, leiten, regieren, lenken, ordnen und regeln. Ja, so funktioniert leider Politik im Nahen und Mittleren Osten. Die Türkei ist dabei keineswegs eine Ausnahme. Genau deswegen sollte eine alternative Politik geschaffen werden, die den Menschen eine Prise Hoffnung geben kann. Denn wie sollte sonst unser Leben gestaltet werden, wodurch sollten wir eine andere Welt schaffen? *Siyaset* im Nahen und Mittleren Osten sollte von einem Instrument des Leitens und Regierens der Gesellschaft in ein Instrument des Vertretens eigener Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen und Klassen verwandelt werden, vor allem als Idee.

Nun, ob es in Europa anders aussieht und Politik hier als etwas anderes empfunden und von der breiten Bevölkerung als etwas anderes aufgefasst wird, weiß ich nicht genau. Ob in den parlamentarischen Demokratien nun die Politikverdrossenheit nur kein Interesse für die Politik auf nationaler Ebene bedeutet, weiß ich auch nicht. Ob diese Probleme mit der anfangs beschriebenen Idee von Politik zu tun haben, weiß ich auch nicht. Was ich beobachten kann, ist aber, dass die Politik auch hier in Europa (bzw. in Deutschland) zu einem gut etablierten Instrument des Leitens der Gesellschaft entwickelt wurde, möglicherweise war es schon lange so. In der Innenpolitik sind, trotz der jahrelangen Verarbeitung der Erfahrungen des Dritten Reiches, rassistische und ausländerfeindliche Elemente und Argumente bestimmend. Als ich nach Deutschland kam, besuchte ich die zehnte Klasse und musste mir jahrelang Entwicklungen, die zum Nazi-Deutschland führten, die Verbrechen der Nationalsozialisten und Verfolgung der Juden anhören. Ich war so betroffen, dass ich mich in die Lage hineinversetzte und dachte, es sei meine eigene Geschichte, ich sei dafür verantwortlich. Denselben Effekt bei den Deutschen hat diese Politik wohl nicht erreicht, denn die sogenannte rechte und linke Politik des Zentrums ist nichts Weiteres als rassistisch und ausländerfeindlich ausgeprägt. Eine kurze Anekdote, die ich selbst erlebt habe, zur Erläuterung: Ende der neunziger Jahre wurden in einer niedersächsischen Stadt Unterschriften gegen die Abschiebung einiger Flüchtlingsfamilien gesammelt. Mit dem Unterschriftenformular ging ich zu einem Deutschen, den ich nicht gerade als alt bezeichnen konnte. Nachdem er den Text zur Aktion gelesen hatte, sagte er: „Seien wir ehrlich, es gibt doch zu viele von euch.“ Ich hatte nicht den geringsten Zweifel, dass er ehrlich war.

Ehrlich war auch die BILD-Zeitung, als sie über das traditionelle Sport- und Jugend-Festival der kurdischen Jugend-

lichen am 12. Juli in Köln schrieb. Sie war ehrlich. Sie hatte zwar viele Tatsachen verdreht, war aber ehrlich. BILD war arrogant, BILD war rassistisch, BILD war ausländerfeindlich, BILD war kurdenfeindlich, BILD zeichnete ein ehrliches Bild der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Sie ist eine Schande für diejenigen, die noch Rassismus als eine Schande empfinden können, sie ist eine Schande für diejenigen, die Ausländerfeindlichkeit als eine Schande empfinden können, sie ist auch eine Schande für die wenigen, die eurozentristische Arroganz als eine Schande empfinden. Sich um die deutschen Touristen, die, weil sie im Kriegsgebiet weilten, von HPG-Kämpfern festgenommen wurden, Sorgen machen ist natürlich bis zu einem gewissen Grad berechtigt. Eine rassistische Kampagne gegen mehr als 500 000 Kurden in der BRD ist keineswegs berechtigt und legitim. Die eurozentristische Sichtweise verblendet die Menschen, sie haben ihre eigene leere Seite, auf der ihre eigenen Interessen aufgelistet sind. Es ist ein solcher Eurozentrismus, der die Menschen verblendet, ihr Reiserecht wichtiger nehmen lässt als das Recht anderer zum Leben oder ihr wirtschaftliches Interesse wichtiger als die Grundrechte der Menschen. Als Folge erleben wir in Deutschland z. B. eine Politik, unter der Menschen trotz der Gefahr der Folter und Ermordung in die Türkei abgeschoben werden; so kann in Deutschland selbst eines der Grundrechte, nämlich das Recht auf freie Meinungsäußerung, verletzt werden durch Verbot eines Fernsehsenders ohne juristische Grundlage. Gibt es da in irgendeiner Form Protest gegen solche Praktiken der bundesdeutschen Regierung? Ja, sehr begrenzt und ziemlich marginal. Der kurdische Satellitensender ROJ TV wurde vom Innenministerium verboten, der Entscheidung fehlt jegliche juristische Rechtfertigung, ganz abgesehen von der Legitimität. Ein erfreuliches Bild von den Reaktionen für die kurdischen Gemeinden in der BRD war, dass sich viele aus der Solidaritätsbewegung und Autonome Gruppen beteiligt haben. Was aber gegen die „Entschlossenheit der Bundesregierung“ anscheinend nicht viel bedeutet. Denn warum sollte es überhaupt etwas bedeuten, wenn die BILD-Zeitung die Kurden als Feinde darstellt? Es ist besser, sie politisch als Feinde zu behandeln. Oder ist es andersrum? Ach, wir sind wieder ganz vorne. Ja, wir müssen dem Begriff „Politik“, und was sie in der Realität bedeutet, eine neue Gestalt geben, sie vielleicht umformen, sodass es für alle einen Sinn hat, sich daran zu beteiligen oder selbst in kleinster soziologischer Einheit Politik machen zu können. Die nichtstaatlichen und staatlich unabhängigen alternativen politischen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen können dabei eine wichtige Rolle spielen, im Nahen und Mittleren Osten als auch in der BRD, wo eine BILD Instrument des Leitens bzw. (Irre-) Führens der Menschen ist. In Kurdistan dagegen hat die Gesellschaft zum Teil eigene Institutionen ohne jegliche staatliche Organisationen gegründet. Der kurdische Fernsehsender ROJ TV war eine von diesen Einrichtungen, und wenn es auch nicht ausgesprochen wird, Hauptgrund für das Betätigungsverbot von ROJ TV in Deutschland ist sein unabhängiger Charakter. ♦



„Wir sehen Roj TV!“
Mit Kundgebungen in 17 deutschen Städten sowie vor deutschen Konsulaten in Frankreich, Holland, Österreich und Italien haben am ersten Augustwochenende Kurdinnen und Kurden ihre Solidarität mit dem Fernsehsender Roj TV zum Ausdruck gebracht. In Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Duisburg, Essen, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Kassel, Köln, Bonn, München, Stuttgart, Paris, Marseille, Rom, Wien und Den Haag forderten jeweils Hunderte Menschen mit Parolenrufen und Transparenten wie „Hände weg von Roj TV“, „Roj TV ist unser Sender“ und „Wir gucken trotzdem Roj TV“ eine sofortige Aufhebung des Verbots. Nur vereinzelt kam es zu Störungen durch die Polizei.
Quelle: ÖP, 04.08.2008, ISKU

Neues Projekt der Frauenpartei PAJK

Diskussion um eine Frauenverfassung

Raperin Munzur

Die Entwicklung der kurdischen Frauenbewegung kann anhand ihrer Projekte aufgezeigt werden. Um nur einige wichtige Projekte und Entwicklungsetappen zu nennen: Die Loslösungstheorie der Frau vom Mann, die Gründung einer Frauenarmee, einer Frauenpartei, die Entwicklung der Frauenbefreiungsideologie und des Gesellschaftsvertrages. Nun stellt diese Bewegung ein neues Projekt, das einer *Frauenverfassung* zur Diskussion. Es ist ein noch sehr junges Projekt, das auch in der kurdischen Frauenbewegung noch diskutiert wird und noch nicht vollkommen ausgereift zu sein scheint.
Um auch den deutschen Leserinnen und Lesern dieses Projekt etwas näher zu bringen, haben wir einen Artikel von der Homepage der PAJK (*Partei der Freien Frauen Kurdistans*) über das Verständnis und Notwendigkeit einer *Frauenverfassung* redaktionell überarbeitet. Diesem Projekt werden wir sicherlich auch in Zukunft Raum geben.

Verfassungen werden hauptsächlich in den Zusammenhang mit Staaten gestellt. Daher könnte die Frage aufkommen, ob wir bestrebt sind, einen Frauenstaat zu gründen. Dem ist nicht so: Unsere Absicht ist es, weder ein geschlechtsspezifisches System noch eine auf Geschlechterkult basierende Gesellschaft zu erschaffen. Vielmehr geht es uns darum, ein neues Gesellschaftssystem auf der Basis von Frauenwerten und -sensibilitäten zu etablieren.

Wir stützen uns auf die Realität, dass die Gesellschaft mit den Frauen, historisch gesehen im Stadium der Herausbildung der Menschheit und der Entwicklung des kommunalen Lebens, einen gleichberechtigten und freiheitlichen Kern besitzt. Diese Werte wollen wir aktualisieren.

Es ist wichtig zu erkennen, dass auch in der heutigen Zeit Frauen trotz einiger Rechte dem Druck des gesellschaftlichen Sexismus ausgesetzt sind. Durch ihn haben sie nicht das Recht, sich zu verwirklichen und sich gleichberechtigt und frei an der Gesellschaft zu beteiligen. Es ist wichtig, diese Tatsache zu erkennen und für die Veränderung dieser Umstände zu kämpfen.

Leider herrscht in der gegenwärtigen Gesellschaft ein Männerkult, der uns Frauen erdrückt. Die Bemühungen, den Menschen schon in Kindesalter Geschlechterrollen aufzuzwingen, verstümmeln unser Bewusstsein, unseren Geist und unsere Gefühle. Millionen von Frauen und Männern versuchen, durch die Übernahme dieser Geschlechterrollen als Verstümmelte ihren Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Dies wiederum führt zu falschen Gesellschaftsstrukturen und Herrschaftsbeziehungen, zu Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung. Diese Strukturen spiegeln sich im politischen Bereich, im sozialen Leben, in unserer Ethik und unseren Vorstellungen von der Ästhetik des Lebens wider. Wir leben nicht in der Welt, die wir verdienen, wir behandeln die Welt nicht so, wie sie es verdient, und wir hinterlassen unseren Kindern keine andere Alternative, als in einer Welt leben zu müssen, die sie nicht verdienen.

Wir müssen uns mit der Frage befassen, worin der Fehler besteht. Mit ein wenig Einfühlungsvermögen kann mensch ohne Weiteres die herrschenden Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten, die Armut, die Sinnlosigkeit von Kriegen sehen und erkennen. Wie die Menschen aufgrund von Gier ausgebeutet werden, wie die Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Sprache, ihrer Hautfarbe benachteiligt werden, wie einige Menschen an Hunger sterben, während andere ihr Leben in Prunk und Luxus vertun. Welche Mentalität kann all dies legitimieren?

Das alles ist das Resultat von etatistischen Herrschaftssystemen und verfestigt sich im Verlauf der Geschichte als etwas Absolutes in unserer Mentalität. Aber wir wissen, dass die Menschheit nicht immer unter diesen Umständen gelebt hat. So wissen wir z. B., dass Frauen in der Zeit der Göttinnenkulturen* gleichberechtigte und freie Gesellschaftsstrukturen erschaffen haben, die Gesellschaft nicht schon immer in Klassen aufgeteilt war, Staaten erst später als Plage in das Leben der Menschen einge-

* Viele VertreterInnen der Matriarchatsforschung gehen davon aus, dass alle frühen menschlichen Gesellschaften, insbesondere aber diejenigen der neolithischen Ackerbauern, matriarchal waren. Dies wird u. a. damit begründet, dass archäologische Funde aus dieser Zeit keine Anzeichen für die Dominanz des Mannes und für Gewalt, Krieg oder Klassenunterschiede ergaben. (vgl. Heide Göttner-Abendroth: Die Göttin und ihre Heros, München 1984)

drungen sind, die Gesellschaften verschiedene Möglichkeiten der Entfaltung geschaffen und in Frieden gelebt haben. Wir wissen, dass wir Frauen nicht immer unterdrückt waren, die uns aufgezwungene Geschlechterrolle nichts als ein Komplott des Mannes ist, der dieses Herrschaftssystem zu institutionalisieren versucht. Wir sehen zudem, dass wir aus der Politik, aus dem gesellschaftlichen Leben und aus der Gestaltung des Lebens herausgedrängt werden. Auch sehen wir, dass unser wichtiger Beitrag zur Gesellschaft und ihrer Entwicklung ungeachtet bleibt und sogar als wertlos deklariert wird. Der Beitrag der Frauen wird herabgesetzt, als „Frauenarbeit“, als „weibliche Emotionalität“ deklariert. Auf diese Weise werden die Hauptaktivitäten des Lebens aus dem Leben selbst herausgedrängt. Uns ist zudem klar, dass die Menschheit nicht immer eine sozialistische Utopie verfolgte.

Wir bereiten eine *Frauenverfassung* vor, damit unsere Töchter und unsere Söhne sich nicht unter gesellschaftlichem Sexismus entfremden müssen.

Um uns als einen Teil dieser Welt, dieser Gesellschaft zu begreifen, wollen wir mit dieser Gesellschaft einen Vertrag schließen. Nicht mit den Staaten, nicht mit den Herrschenden, sondern mit der Gesellschaft, deren Teil wir sind. Wir wollen die Form, die Prinzipien und das Maß unserer Teilnahme an der Welt und der Gesellschaft auf diese Weise deklarieren. Wir bereiten eine *Frauenverfassung* vor, damit unsere Töchter und unsere Söhne sich nicht unter gesellschaftlichem Sexismus entfremden müssen, damit in unserer Gesellschaft Ungleichheiten, Hierarchien aufgehoben werden, die Frauen frei sind, sie ihre eigenen Beschlüsse fassen und sich selbst verwalten können.

Wir glauben, dass ein auf die Frau bezogenes Leben der Menschheit Demokratie, Frieden und Freiheit bringen wird, ohne dass die unterschiedlichen Farben verblassen und die Sensibilität der Menschheit verloren geht.

Wir Frauen, die für Frieden, Liebe, Respekt und Gerechtigkeit sind, lehnen die Rückständigkeit dieses Systems ab, das die Menschheit, die Natur, die Würde, den Respekt, die Liebe, kurzum die Grundwerte des Lebens vernichtet.

Daher sagen wir, wir Frauen können gemeinsam eine richtige Gesellschaft errichten und die Freiheit erkämpfen. Um unser Recht auf Freiheit, Würde und Leben erhalten und garantieren zu können, müssen wir unsere Gesellschaft aufbauen. Wir müssen organisiert gegen das männliche Herrschaftssystem vorgehen und dabei bedenken, dass die Freiheit der Frauen über die Einheit der Frauen erreicht wird. Wir müssen gegen das starke und organisierte Männersystem mit unseren Prinzipien und einem demokratischen System auftreten. Wir können nur gemeinsam eine Gesellschaft, die angelehnt ist an kommunale Werte und die Grundsätze des Lebens, aufbauen, die auf Solidarität, Partizipation, Gleichheit und Freiheit basiert.

In einer Verfassung wird die Gesellschaft definiert, nicht der Staat. In den gegenwärtigen Verfassungen werden Staaten und ihre Institutionen definiert sowie das Verhältnis des Individuums zum Staat. Es ist nicht möglich, dass Individuen mit der Gesellschaft einen Vertrag schließen, in dem sie das gesellschaftliche System definieren. Die herrschenden Mächte hingegen erstellen Verfassungen, um ihre Interessen zu institutionalisieren, im Namen der Individuen, des Volkes, von dem ihre Macht angeblich legitimiert wurde. Es sind jedoch vielmehr Gesetze, die die Frauenwerte unterdrücken, die Männlichkeit institutionalisieren und ihre Herrschaft und Macht festigen und deklarieren. Diese Art von Verfassung, die von Staaten zur Konsolidierung ihrer eigenen Existenz verfasst wird, kann aus Sicht der Frauen nicht als legitim angesehen werden.

Daher sollten in erster Linie die klassische Philosophie sowie die herrschende Literatur und die gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen einer tiefgreifenden Kritik unterzogen und an ihrer Stelle die Sichtweise der Frauen mit einem neuen Paradigma und einer neuen Philosophie ausgearbeitet werden.

Es ist wichtig zu definieren, was genau unter einem frauenbezogenen Leben zu verstehen ist. Es ist ein Leben, das sich auf ein friedliches und solidarisches Verständnis der Frauen stützt sowie ihren Widerstand gegen die herrschende Kultur.

Worauf stützen wir unsere These? Erstens: In der neolithischen, kommunalen Epoche begann die Gesellschaft, sich um die Frauen herum zu entwickeln. Zweitens: Wir sehen die Stärke, die aus der Kultur und dem Lebensverständnis der Frauen, die sich trotz der langjährigen Unterdrückung aufrecht halten, resultiert.

Die Frauen müssen sich von der ihnen zugeschriebenen Geschlechterrolle befreien, indem sie sich mit ihren eigenen Werten und ihrer eigenen Kultur vereinigen. Der Frauenbefreiungskampf beinhaltet den Kampf gegen die



Logo der PAJK-Internetseite: http://www.pajk-online.com

Sevil Erol erlag am 10. August ihrer Krebskrankheit

Unter großer Beteiligung wurde Sevil Erol in ihrem Geburtsort Siverek bei Urfa beigesetzt.

Der Dachverband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei, KESK, erklärte: „Wir sind in tiefer Trauer über den Verlust unserer Freundin Sevil Erol. Sie war eine Kämpferin für Frieden, Demokratie und Freiheit und leistete einen großen Beitrag bei der Entwicklung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und im Frauenkampf in unserem Land. Wir werden sie und ihren Kampf in unserem Kampf weiterleben lassen. Wir wünschen in erster Linie ihrer Familie, allen Bediensteten des öffentlichen Dienstes, der revolutionären, demokratischen und patriotischen Bewegung in der Türkei herzliches Beileid."

Sevil Erol, die in Siverek bei Urfa 1968 geboren wurde, war Gründungsmitglied und Generalsekretärin des Dachverbandes KESK. Von 1996–2002 war sie Vorstandsmitglied der KESK.

Sie engagierte sich ebenfalls sehr für die Rechte des kurdischen Volkes und für die Befreiung der Frauen. Sie trat als Kandidatin für die Liste „Tausend Hoffnungen" bei der Wahl vom 22. Juli 2007 an.



Unterdrückung des Systems, aber genauso auch den Kampf gegen die eigene Realität. Der Entfremdung und den Rückständigkeiten, die die männliche Herrschaft bei Frauen bewirkt hat, sollte ebenfalls der Kampf angesagt werden. Wenn wir uns zunehmend auf unsere eigentlichen Werte beziehen, können wir die Grundrisse einer neuen Gesellschaft zeichnen. Die Menschheit verdankt ihre moralischen, geistigen und gedanklichen Strukturen dem vorstaatlichen und vorklassischen Leben.

Die Herausbildung der Gesellschaft der Menschen beginnt mit der Produktion. Die Definition von Gesellschaft wird über die Entwicklung der Produktionsbeziehungen sowie über die Entwicklung der Produktionsmittel hergeleitet. Die herrschenden Systeme spalten die Menschen einerseits in solche, die Mehrwert produzieren bzw. Dienste für die Herrschenden leisten und andererseits in reiche Landbesitzer, Sklavenbesitzer oder Kapitalbesitzer. In der Folge wird diese Spaltung als Naturgesetz dargestellt, als eine zwingende Entwicklung des Fortschritts. Auf diese Weise wird die Geschichte zur Geschichte der Herrschenden umdeklariert. Die Geschichte, die mit der Sklavengesellschaft und der Gründung von Staatssystemen begonnen hat, wird als Zivilisationsgeschichte beschrieben. Die vorherige Geschichte hingegen als wilde, barbarische Zeit dargestellt. Diese lange Entwicklungsgeschichte der Menschheit bis zur „Zivilisation“ bleibt unberücksichtigt. Dabei ist diese Phase sehr ausschlaggebend für die Entwicklung des Bewusstseins und des Gedächtnisses der Menschheit, die mit der Einführung der Zivilisationsgeschichte verzerrt wird.

Wir streben eine neue Gesellschaft an, die sich auf eine neue Philosophie und Kommunalität bezieht, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und frei sind.

Die Gesellschaftsstrukturen der Menschheit, mit denen sie ihre Existenz sichert, entwickeln sich sehr komplex. Sie beinhalten die materielle Produktion, die Produktionsverhältnisse, die moralischen, ethischen und kulturellen Produkte der Menschheit u. v. m. Aber das Produktionsverständnis, das die menschliche Produktion nur auf die ökonomische Produktion reduziert, die Arbeitskraft nur nach dem Tauschwert der Ware definiert, verdammt die Menschheit zu Klassenstrukturen und zur Unterdrückung, auch wenn dieses Verständnis im Namen des Sozialismus vertreten wird. Die Arbeitskraft-Wert-Theorie der Marxisten ebnete diesen Fehlern, die angeblich im Namen der Menschheit begangen wurden, den Weg. Auf diese Weise wurden die eigentlichen Lebensaktivitäten der gesellschaftlichen Produktion ignoriert, die Klassifizierung noch mehr vertieft. Dabei ist die Erschaffung des Lebens die Hauptaktivität, die eine Gesellschaft zur Gesellschaft werden lässt. Die moralischen Werte, die produziert werden, sowie die Grundbedingungen für das Leben, die die Menschen zusammenhalten, werden vollkommen ignoriert. Als wäre die Produktion, die nicht bezahlbar ist, undefinierbar.

Die Gesellschaft ist jedoch ein lebender Organismus, der Gefühle, Ethik, Kultur, Glauben und Kunst produziert. All das sind ebenfalls Produkte, aber ihnen wird weder im Kapitalismus noch im Sozialismus entsprechender Raum gegeben. Wenn die Beiträge der Frauen an der Entwicklung der Gesellschaft und die Produktion der Frau an ihrer Arbeitskraft und der produzierten Ware gemessen wird, bedeutet dies automatisch Sexismus. Dieser Theorie zufolge würden Frauen gleichberechtigt sein, wenn sie ihre ökonomische Selbstständigkeit erlangen und den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten. Auf diese Weise würde die Frau an das männliche System angebunden sein und Teil des Produktionssystems sein. Dies würde als Erfolg des Freiheitskampfes bezeichnet werden.

In der ehemaligen Sowjetunion waren Frauen in fast allen Arbeitsbereichen überproportional vertreten. Auch aufgrund der falschen Annahme, mit der Proletarisierung würde die Freiheit kommen, wurde die Freiheit der Frau auf grobe Weise im Arbeitsbereich verortet.

In bürgerlichen Systemen ist es ebenso. Die Frauen werden sehr stark an der kapitalistischen Produktion beteiligt und auf diese Weise als billige Arbeitskraft eingesetzt. Als würde dies nicht reichen, wird die Frau auch noch selbst als Ware vermarktet. Der Beitrag an der Produktion wird daran gemessen, wie viel Ware produziert wird. Die Entlohnung wiederum hängt davon ab, wie viel produziert wird. Je mehr Lohn man erhält, umso stärker ist man an den Lebensaktivitäten beteiligt, umso besser kann man leben. Der gehobene materielle Lebensstandard wird dann als der Grad der Freiheit ausgegeben.

Die Arbeitskraft der Frauen jedoch, die sie bei der Erziehung der Kinder aufbringen, ist unermesslich. Die Hausarbeit wird nicht gewürdigt und nicht entsprechend vergütet. Ihr Beitrag an die Familie, den sie durch Liebe, Güte und Sensibilität leisten, wird nicht gesehen. So entsteht ein Ausbeutungsverhältnis, innerfamiliäre Ausbeutung. Hier etabliert sich ein System, in dem der große Staat in kleinen Ministaaten – den Familien – fortgeschrieben wird. Die zahlreichen Beiträge der Frauen zur Gesellschaft werden nicht gesehen, ihre Hauptaktivitäten werden als wertlos erachtet. Dadurch, dass die Gesellschaft ausschließlich anhand der klassischen Produktion und der Produktionsmittel definiert wird, entstehen mechanische Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaft ist aber in keiner Weise mechanisch. Sie ist eine abwechslungsreiche, produktive und schöpferische Konstruktion.

Wenn wir von einem Leben, das an die Frau angelehnt ist, sprechen, so meinen wir keine geschlechtsspezifische Gesellschaft, sondern verweisen darauf, dass das Verständnis von einer Gesellschaft, die sich im Rahmen eines klassischen Produktionsverständnisses bildet, überwunden werden muss. Auch fordern wir nicht nur für Frauen Freiheit und sind nicht nur mit den Problemen der Frauen befasst, sondern wir streben eine Gesellschaft an, die sich von jeglichem Sexismus befreit, demokratisiert. Wir sprechen von der gesellschaftlichen Freiheit und Gerechtigkeit durch die Überwindung der Macht- und Hierarchiekultur. Wir streben eine neue Gesellschaft an, die sich auf eine neue Philosophie und Kommunalität bezieht, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und frei sind. ♦

Die Folgen der Armut Diyarbakırs

Die Armut kommt einem Massaker gleich

Evrim Alataş, Journalistin, Diyarbakır

Die Ethik verlangt: Kaufe keine Taschentücher von einem Kind, das diese auf der Straße verkauft, gib niemand Geld, der seine Hand aufhält um zu betteln. Denn das verdirbt die Moral der Gesellschaft. Los, halte Dich an diese unfassbare Ethik, nach der sich das Kind richten soll, das seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Papiertaschentüchern finanziert! Aber wo eine solche Moral existiert, entsteht auch eine Gegenmoral.

Es herrscht Krieg. Die Erde, die die Kinder vor Jahren an den Häuserecken ihrer Dörfer ernährte, mit der sie groß wurden, wird verbrannt, die Metropolen werden zu ihrer Bleibe, wo sie heranwachsen. Die Mädchen wachsen heran. Die Jungen wachsen heran. Dann gehen die Mädchen gegen ein Entgelt mit dem Besen in der Hand in die Häuser und Wohnungen, putzen. Du sagst: „Nein! Ich lasse kein Mädchen, dessen Dorf verbrannt wurde, wie eine Dienerin in meinem Haus arbeiten!" Ist sie nicht diejenige, die mit ihrem Verdienst die 7- bis 8-köpfige Familie durchbringt? Deine „Moral" wird so zum Hunger anderer. Eben aus diesem Grunde sagt Turgut Uyar [*türk. Dichter, 1927–1985*]:

„Freilich reicht die Liebe nicht für uns beide
wo so vieles verteidigt wird
das Aufleben, die Gleichheit und das Sattwerden
So ist nun das Sattsein eine Schande
wenn der Hunger überwiegt …"

Ja, der Hunger dominiert und das Sattsein ist eine Schande. Gegenüber der Armut, die im Umland von Diyarbakır herrscht, gegenüber den Frauen ohne Brot in den Vierteln des Hungers, gegenüber einer Kinderkindheit ohne Spiel und gegenüber Vätern, die ihre Vorbildfunktion durch den Verlust der Einflussnahme verloren haben, ist das Sattsein zur Schande geworden. Wir, die Ingenieure dieser Stadt, wir, die wir den Folgen des Hungers eine mittelmäßige Moral beimessen, wie können wir die Rolle des Vaters beschreiben, der durch den Hunger sein traditionelles Ansehen in der kurdischen Familie verloren hat? Welche Ethik, welche abstrakten Begriffe wie z. B. bei der Kleidungsrevolution [*Atatürks*], wo es heißt: „Hier trage das. Das ist modern. Also es ist gut.", werden aus den Salons der „zivilen Verteidigung", aus den Arbeitszimmern, aus den Zementblöcken[1] wohl dafür präsentiert werden?

Hier habe ich eine Geschichte für Euch … Eine Geschichte aus dem Stadtviertel Gürdoğan[2]:

Wenn Du von Diyarbakır Richtung Silvan aufbrichst, gleich am Rande der Stadt, wenn Du nach links blickst, siehst Du sie an den Straßenrändern sitzen. Kinder, die sich mit den „ungenießbaren" Essensresten vermischt haben. Kaputte Schuhe, zu kleine Kleider, wer weiß, durch die Hand des wievielten Kindes sie gingen. Vielleicht siehst Du hinter diesen Kindern eine Kuh stehen, die auf einer Plastiktüte kaut, siehst Frauen, die sich um den Tandır[3] versammelt haben. Unweit von ihnen erstrecken sich saubere Gebäude. Es sind Reihenhäuser. Die Menschen in diesen Reihenhäusern ziehen abends ihre Sportanzüge an und gehen spazieren. In ihren Parks gibt es Sportgeräte. Es ist grün. Es existiert eine Infrastruktur und jeder ist „Mittelschicht". Im Gürdoğan-Viertel leben hingegen die Menschen, deren Dörfer verbrannt wurden, die in die Stadt zogen und die nur eines kennen: die Tierzucht. Sie treiben ihre Tiere vor sich her und gehen direkt in die Gärten und Parkanlagen der Wohnsiedlungen. Dort grasen die Tiere, abends werden sie gemolken und die Milch an jene verkauft, die in den Reihenhäusern wohnen. Natürlich nur, falls sie Tiere haben – und falls sie etwas Glück haben.

Das Gürdoğan-Viertel riecht nach Tiermist. Aus einer Ecke des Viertels kommt auch der Gestank von Menschenkot. Rümpft nicht Eure Nasen, meine lieben Damen und Herren, das ist der Zustand, die Bestimmung. Ich bin zu diesem Haus, das nach Kot riecht, gegangen. Ein kränkliches, abgemagertes Mädchen mit eingeschränkter Wahrnehmung öffnete die Tür. Wir fragten das Mädchen, immer dieselben Worte wiederholend, wo ihr Vater sei. Sie hat es kaum verstanden. Sie antwortete in einem unverständlichen Ton, dass er gleich käme. Der Vater kam. Der Vater war so um die 75 Jahre alt. Ein gebrochener und armseliger Mann. Hier die Bewohner des Hauses: drinnen die bettlägerige Mutter – in der Baracke im Hof ein Mädchen! Physisch und geistig behindert. Niemand, der sich um sie kümmert. Deshalb ist sie in der Baracke untergebracht. Das Mädchen, das die Tür öffnete, kümmert sich um die anderen, kocht unter anderem für sie. Was kocht sie? Sie schält Kartoffeln, wirft sie ins Wasser und gibt Salz hinzu.

Das Mädchen in der Baracke hat keine Chance auf ein menschenwürdiges

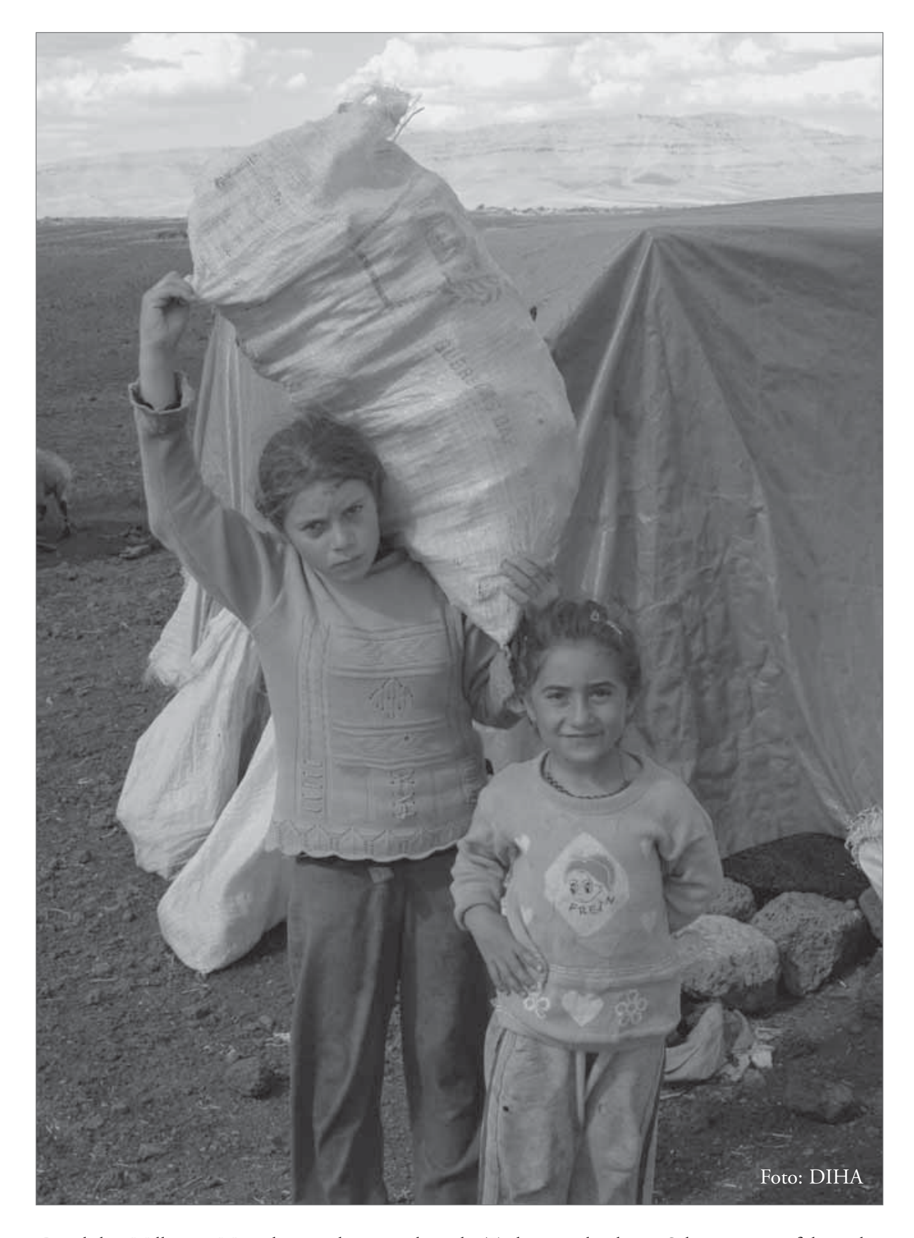


Foto: DIHA

Rund drei Millionen Menschen verdingen sich in der Türkei verschiedenen Schätzungen zufolge jedes Jahr als Erntehelfer. Viele von ihnen sind Kurden, die in den Sommermonaten aus den verarmten Provinzen im Osten des Landes in die reicheren westlichen Provinzen ziehen, um auf den Feldern türkischer Bauern für Hungerlöhne von weniger als zehn Euro pro Tag zu schuften. Aus der türkischen Landwirtschaft sind die kurdischen Saisonarbeiter, die für ein deutlich geringeres Entgelt als ortsansässige Kräfte arbeiten, schon lange nicht mehr wegzudenken. Doch während sich türkische Bauern über die konkurrenzlos billigen Erntehelfer freuen, nehmen Anfeindungen aus der Bevölkerung und Schikanen durch die Behörden mit jedem Jahr zu.
Jüngstes Beispiel dafür, daß die Kurden als billige Arbeitskräfte gerne angeheuert werden, ansonsten aber höchst unwillkommen sind, ist eine Anordnung, die in diesem Jahr der Gouverneur von Ordu, einer Provinz am Schwarzen Meer, erlassen hat. Demnach dürfen Kurden, die sich zuvor einem »Sicherheitscheck« durch die Polizei unterzogen haben, zwar zu der in diesen Tagen beginnenden Haselnußernte in die Provinz einreisen. Doch daß die Saisonarbeiter auch die gleichnamige Provinzhauptstadt betreten, um dort wie in jedem Jahr ihre Zelte aufzuschlagen, hat der Gouverneur diesmal untersagt. Fahrzeuge mit kurdischen Erntehelfern würden von der Polizei bereits an den Einfallsstraßen gestoppt und zurückgewiesen, berichten die örtlichen Medien. Da die Haselnußbauern der Region in der Regel weder Kost noch Logis stellen, sind die meisten der angereisten Saisonarbeiter nun gezwungen, unter katastrophalen Bedingungen außerhalb der Stadtgrenzen zu kampieren. ... aus: junge Welt, 11.8.08

Leben. Der Gestank von Kot kommt von dort. Während ich diese Zeilen niederschreibe, möchte ich eigentlich schreien: „Dieses Land stinkt nach Scheiße.“ Dieser Gestank kommt nicht von diesem armseligen Mädchen. Und wenn ich schreibe, dann würde ich gern wie folgt beginnen: „Es sind die letzten Atemzüge der Kollaborateure, der Monopolisten und der Bourgeoisie.“ Das würde die Arbeit erleichtern. Denn die sich vertiefende Krise beinhaltet auch das Näherkommen der Revolution. Nein, unsere Ohren sind taub. Wir hören ihre Schritte nicht! Es stinkt einfach nur nach Scheiße!

Die Folgen der Armut Diyarbakırs lassen sich ins Allgemeine übertragen. Die Armut kommt einem Massaker gleich. Das ist verabscheuungswürdig genug. Aber es ist auch manipulierend. Da die Definition von Armut von den Herrschenden aufgestellt wird, entspricht für die verarmte Bevölkerung der soziale Unterschied einer genetischen Definition, der Definition eines Volkes. Aus diesem Grunde werden Taschenraub, Diebstahl, der Schmutz, die Verkommenheit, der Gestank sowie der Kinderreichtum und vieles Ähnliches – sogar Fleisch zu essen, bei 50 Grad Hitze Kebab zu essen – dem Kurdentum zugeschrieben. Aber Armut bedeutet nicht nur Hunger und Entbehrung. Sie bedeutet auch, die Kraft zu verlieren, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Bedeutet Leben bestimmt von den Instinkten. Genauso wie eben am Beispiel des Hauses beschrieben. Es bedeutet, dass die Kraft dazu fehlt zu bestimmen, wie es sein muss und was geschehen soll. Dass eine Erwartung für die Zukunft fehlt. Und genau das ist das Problem von Diyarbakır.

Vor dem Krieg hatte Diyarbakır eine Einwohnerzahl von 350 000 vorzuweisen. Zurzeit beträgt allein die Einwohnerzahl des Stadtteils Bağlar 350 000, die Gesamteinwohnerzahl liegt bei über einer Million. Und jene, die sich selbst überlassen in Payas, Aziziye, Bağlar, Gürdoğan und vielen anderen Stadtvierteln leben, leben nicht an der Armutsgrenze, sondern in Armut. Was bedeutet Hunger? Wo liegt die Grenze zum Hunger? Nicht einmal diese Definitionen sind auf Diyarbakır anwendbar. Denn

die Situation hat nichts mehr mit dem Determinismus der Beamten des Staatlichen Statistischen Instituts gemein. Denn nur wenn eine Familie über ein Mindesteinkommen verfügt, wird der Begriff der Armutsgrenze angewandt. Aber in Diyarbakır ist es eigentlich so, dass sich eine Familie überaus glücklich schätzen kann, wenn sie über ein Einkommen, das dem Mindestlohn entspricht, verfügt, ja das ist sogar Luxus … Die Grenze hingegen, von der wir sprechen, ist die, wenn die Familie nicht einmal mehr Brot zum Essen hat. Und wir sehen sie dann, wenn die Kinder durch den Hunger abgemagert sind, wenn für ein Baby keine Milch da ist, ein Kind bei Hitze barfuß läuft, eine Mutter flehend von Tür zu Tür geht und um „Brot" bittet …

Sie haben sicherlich von dem Bericht des Vereins *Sarmaşık* zur Bekämpfung von Armut gehört[4]. In vier Armenvierteln war der Verein tätig. Für eine Erhebung wurden ungefähr 5 000 Haushalte kontaktiert. Was ist das Ergebnis? Der Mindestlohn, der mit einer monatlichen Höhe von 500 YTL festgelegt ist, war dort nicht das Monats-, sondern Jahreseinkommen. Das bedeutet: Im ganzen Jahr stehen nicht einmal 250 Euro zur Verfügung. In 20 % der Haushalte gibt es keine Versicherungen oder sonstige soziale Absicherung. Nur 54 % der Bedürftigen haben eine „*yeşil kart*" („Grüne Karte"). Dabei handelt es sich bei der „*yeşil kart*" nicht automatisch um eine Sozialversicherung. Die Haushalte wurden nach ihren Bedürfnissen befragt, 30 % nannten als Bedürfnis: Lebensmittel. Sie erklärten, einen dringenden Bedarf an Lebensmitteln zu haben. Weitere ca. 30 % der Haushalte gaben an, von Unterstützung zu leben. In 42 % der Haushalte gibt es Kranke, die einer permanenten ärztlichen Versorgung bedürften, und in fast jedem vierten Haushalt lebt ein behinderter Mensch. Noch gravierender ist, 70 % der Haushalte gaben an, keine Zukunftsperspektive zu sehen.

Die wesentliche Folge der Armut ist die Perspektivlosigkeit im Hinblick auf die Zukunft. Wie oben erwähnt ist das Hauptproblem oder das Ergebnis des Hungers nicht, dass der Magen vor Hunger knurrt, sondern es ist der Verlust der Kontrolle über das Leben. Es bedeutet, dass der Mensch sich (statt von Brot) von seiner Hoffnung ernährt und sie verliert. Eine Geschichte besagt: Zwei Freunde haben großen Hunger, aber kein Geld. Sie ziehen umher. Ihr Stolz erlaubt es ihnen nicht, jemanden um Essen oder Geld zu bitten. Schließlich gehen sie nach Urfa zum heiligen *Balıklıgöl* (Fischteich). Auch Sie wissen ja, die Fische des *Balıklıgöl* gelten als heilig und es ist verboten, sie zu essen. Im Gegenteil, am *Balıklıgöl* füttert man die Fische und erhofft sich die Erfüllung seine Wünsche. Auch unsere beiden Freunde gehen zu ihm und beten. Aber um Mitternacht halten sie den Hunger nicht mehr aus und als niemand in Sicht ist, fangen sie die Fische und essen sie. So ernährt sich der Hungernde (statt von Brot) von seiner Hoffnung und verliert sie.

Ja und wie können wir die Sehnsucht eines Not leidenden Kindes nach Adidas-Schuhen erklären? Oder das eines Mädchens nach einem Lippenstift? Nach einer PlayStation?

Folgen des Hungers im täglichen Leben

Die Folgen des Hungers sind breit gefächert. „Du sollst nicht stehlen, auch wenn Du hungrig bist", das bezieht sich auf den direkten Hunger. Der Hunger und Hunger, also Armut und Entbehrung, müssen voneinander differenziert werden. Die Schlussfolgerung, ein Kind brächte, wenn es ein Portemonnaie stiehlt, Brot nach Hause, ist auch irreführend. Man sollte auch bedenken: Hat denn ein 13-, 14-Jähriger in einem Haushalt, in dem Arbeitslosigkeit und Hunger herrschen, allein Bedürfnis nach Pizza, Döner oder Speiseeis? Ja und wie können wir die Sehnsucht eines Not leidenden Kindes nach Adidas-Schuhen erklären? Oder das eines Mädchens nach einem Lippenstift? Nach einer PlayStation? Wenn Hunger zum Alltag wird, wenn Hunger zur Normalität wird, wirkt sich das am extremsten auf die Kinder aus. Und sie sind unbarmherzig! In ihnen spiegelt sich die Realität mit ihrer ganzen Brutalität. Sie schließen sich nicht wie ihre Eltern zu Hause ein und schämen sich. Sie haben kein Problem damit, sich das Monatsgehalt eines anderen zu stehlen, um sich damit Sportschuhe zu kaufen oder in die Spielhölle zu gehen. An diesem Tag können sie mit ihren Freunden dann auch Cola im Überfluss trinken. Für den Erwerb einer Spielzeug-Kalaschnikow können sie über Ihren Balkon klettern und Ihre Taschen durchstöbern. Das ist die bittere Wahrheit. Und das ist mindestens genauso eine Realität wie auch das nach Scheiße stinkende Haus eine Realität ist.

Und die Frauen? Obwohl sie in Armut leben, gebären sie mindestens zehn Kinder. Was soll man dazu nun sagen? Nicht wahr? Es ist das ein Phänomen, das die herrschende Soziologie nicht zu ergründen imstande ist und bürgerliche Hilfsorganisationen nicht wahrzunehmen vermögen. Die professionellen Sozialexperten rümpfen ihre Nasen darüber, sagen: „Das reicht jetzt aber, was soll das nur, ein Kind nach dem anderen." Doch die positive Wissenschaft hat bereits ihre Antwort darauf. Sie sagt: In allen Kriegsgebieten steigt die Geburtenrate. Das besage, dass Kindergebären ein unterbewusstes Bedürfnis sei; sich zu vermehren vermittele ein Gefühl von Sicherheit. Dieses Phänomen wird verstärkt durch die Tradition, verbindet sich mit der aus der Armut resultierenden Unfähigkeit, seinem Leben eine Richtung zu geben, wodurch es dann zu beschriebenem Zustand kommt. In Gesellschaften mit einer solchen Konstellation sucht man vergebens nach allgemeingültigen Wertmaßstäben, Bewusstsein oder Norm. Der Werteverlust macht sich auf allen Lebensebenen bemerkbar. Sie können es sicher nicht im Mindesten fassen, wie in einer solch traditionellen Gesellschaft sich eine derart gravierende Bandbreite sexueller Neigungen entwickeln kann. Zu guter Letzt werden Sie Zuflucht suchen in nationalistischen und rassistischen Erklärungsmodellen[5] und werden sagen: Das sind eben die Kurden. Kurden sind so. Zigeuner sind so … Natürlich passt dieses Bild in die Ideologie des Faschismus. aber lassen wir diese Definitionen mal beiseite. Denn all das ist natürlich albern. Denn das ist der Hunger und er dominiert.

Die politischen Folgen der Armut

Das ist eigentlich der schwierigste Part. Die „inneren“ und „äußeren“ Folgen des Hungers. Ich sage es mal aus dem Bauch heraus: Die Kinder, denen man vor Jahren ihre Dächer über den Köpfen verbrannt hat und die nun keines mehr haben, sind die neue Generation. Diese Generation sind die Jugendlichen zwischen 17 und 25 Jahren. Das heißt, sie können Taschenraub begehen, genauso wie sie auch mit Parolen um sich werfen können. Von Viertel zu Viertel gibt es natürlich auch Unterschiede des Bildes, das sich bietet. Zum Beispiel sind die Kinder des Viertels Bağlar echte Militante. Die bekannten März-Unruhen sind ein gutes Beispiel, um die Jugend wirklich zu verstehen. Diesen Jugendlichen wurden die Dörfer verbrannt. Sie wurden in die Armenviertel verbannt und sie sind so alt wie die PKK. Anders gesagt: Sie sind so alt wie der Krieg. Der Grund ihres Elends, ihrer Obdach- und Arbeitslosigkeit ist es, Kurden zu sein. Das ist die Wahrheit. Weil sie Kurden sind, sind sie zu diesem Leben verurteilt. Und nicht nur sie, sondern ganz Diyarbakır. Das Ausmaß der Armut ist Ergebnis diskriminierender Politik. Und das ist es, was diskutiert werden sollte. Jahrelang hieß es in Bezug auf die Kurdenpolitik: „Der Staat hat in der Region nicht genug investiert, deshalb ist die Lage so. Wenn dort Investitionen getätigt würden, würde der Terrorismus ganz von selbst enden.“ Aber es gab Fehler. Fehler auf beiden Seiten. Das Kurdenproblem ist nicht nur ein kulturelles Problem und auch nicht nur ein Problem fehlender Investitionen. Es ist als Ganzes ein Problem der kurdischen Existenz. Während die kurdischen Politiker das Problem der Armut immer als zweitrangig behandelten. Dabei ist die Armut Ausdruck ihrer ethnischen Ausgrenzung, Folge ihres Kurde-Seins.

In Istanbul gab es eine Umfrage unter Grundschulkindern. Sie wurden gefragt, wer arm wäre und wen sie als arm oder bedürftig bezeichnen würden. Sie gaben zur Antwort: „Die Kinder, die von weit her kommen und nicht richtig türkisch sprechen können.“ Man sieht: Kindermund tut Wahrheit kund …

Wenden wir uns wieder den Jugendlichen zu. Deren Problem passt genau in dieses Schema. Sie sind Kurden und weil sie Kurden sind, sind sie mit all diesen Problemen konfrontiert. Folglich wendet sich ihre Wut gegen Nichtkurden. Es gibt eine Gemeinsamkeit im Gefühlsleben des Kindes, das Taschenraub begeht und damit Adidas-Schuhe kauft, und dem des Kindes, das an den März-Unruhen beteiligt war und das die Fensterscheiben von Läden mit Markenartikeln zertrümmert hat. Von außen betrachtet kann das als ein „nationalistischer“ Akt gedeutet werden. Jedoch ist es eher das Verfluchen von allem, „was nicht mir gehört und nicht meinesgleichen ist“.

> Der Grund ihres Elends, ihrer Obdach- und Arbeitslosigkeit ist es, Kurden zu sein

Diese Jugend stellt in der kurdischen Bewegung aktuell die neue Generation dar. Diese Kinder sind die Kinder der Berge. Niemand und nichts kann sie aufhalten. Keine Arbeit und kein Brot können sie stoppen. Weil sie das Resultat und das Echo dieses Prozesses sind. Sie sind zornig und rachsüchtig. Ihre Wut kann weder durch Brot noch durch Speiseeis gestillt werden. Oder noch klarer gesagt: Falls die PKK sich eines Tages entschließen würde sich aufzulösen, wären es diese Kinder, die zuvorderst dagegen auftreten würden. Weil sie nun den Gegenwert für den Preis verlangen, den sie bezahlen mussten.

Wem nützt dieser Nährboden?

Nun, wer zieht wohl den Nutzen aus dieser Situation? An diesem Punkt kommt die Politik „Konditionierung durch den Hunger“ mit ins Spiel. Die Kurden, die jahrelang aufgrund diskriminierender Politik hungern mussten, sind heute zur Zielgruppe von Orden, religiösen Bewegungen und der AKP geworden. Nach dem Motto „Wo Dunkelheit herrscht, ist jedes Licht recht“ sucht jeder, der keine Lösung sieht und die Hoffnung verloren hat, Zuflucht bei Gott. Wenn der Weg zu Gott über einen Orden führt und dieser Orden gleichzeitig Dir auch noch Brot gibt, dann ist Dir Gott sehr nah.

Auch die AKP wendet in den kurdischen Gebieten ähnliche Mittel an. Das heißt, zuerst lässt man eine Gesellschaft hungern und dann erweist man ihr die Gnade, ihr das, was ihr ohnehin gehört, wie ein Almosen zu geben, und nennt das auch noch „Helfen“. Ist es denn wirklich die Aufgabe des Staates zu helfen? Ist das Ausüben von Solidarität also wirklich Kriterium des Staates?[6] Oder ist Solidarität nicht eine Begrifflichkeit, die in den Rahmen nachbarschaftlicher Beziehungen und in die Zivilgesellschaft gehört? Wie könnte sich der Staat wohl mit der Bevölkerung solidarisch zeigen? Wie kann der Staat wie ein Almosen das zurückgeben, was ohnehin dem Volk gehört? Während dies geschieht, warum stellt da denn keiner diese Fragen? Wie kann es sein, dass der Staat von Tür zu Tür geht und Nudeln und Kohle verteilt? Und wie kann man sich erdreisten, Arme, die sie angenommen haben, als „unverschämt“ zu titulieren?

Kehren wir zum Anfang zurück. Unverschämt ist das System selbst und es stinkt nach Scheiße. Wenn wir die Quelle dieses Gestanks suchen, dann doch bitte nicht bei armen Kindern, die in Baracken gesperrt sind, und richten wir bitte auch nicht unsere Wut gegen die Jugendlichen. Der Hunger ist es, der sie ihre Hoffnung verlieren lässt. ♦

PS: Falls jemand sich beim Lesen dieses Textes fragt „Was kann ich machen?“, der soll bitte die *Sarmaşık Gida Bank* kontaktieren: 0090 412 237 65 51.

Fußnoten:
1 In der Türkei sind Amtsgebäude zumeist moderne Betonbauten.
2 über drei Viertel der Bewohner seit 1990 zugewandert, größtenteils geflüchtet wegen des Krieges und/oder wirtschaftlicher Not; vgl. S. 39 ff.
3 Brotofen aus Lehm
4 vgl. S. 39 ff.
5 Der Artikel wendet sich an den durchschnittlichen türkischen Leser.
6 Die Autorin will darauf hinweisen, dass die Institution Staat von ihrem Charakter her nicht die Aufgabe hat, Solidarität zu üben, sondern der Sicherung der Akkumulation des Mehrwerts in den Händen einer kleinen Gruppe dient. Ähnliches in ähnlichen Worten lässt sich zuvor auch in den Gesprächsnotizen von Öcalan finden.

Armut in Diyarbakır und die kurdische Frage

Kampf gegen die Armut

Baki Gül

Seit einigen Jahren erzeugt der Wahlkampf der politischen Parteien in den kurdischen Provinzen eigenartige Bilder. In Diyarbakır, Van, Batman und anderen Provinzen werden von den Parteien vor der Wahl für die Wintervorräte Kohle, Mehl, Zucker, Nudeln, Tee und andere Nahrungsmittel an die Wähler verteilt.

In Anbetracht der Armut in den kurdischen Provinzen ist diese Methode eine Art Lösung, jedoch eine sehr kurzfristige. Für Zehntausende Familien, Millionen von Menschen, die ihre Dörfer und Häuser verlassen und in der Umgebung größerer Städte siedeln und in heruntergekommenen Häusern leben müssen, für diese Menschen, die keine Arbeit finden, die kein Geld für ihr tägliches Leben haben, wird diese „Hilfe“ zumindest für einige Tage, vielleicht sogar Wochen oder Monate das Leben vereinfachen. Daher treffen sie die „taktische Entscheidung“, bei den Wahlen ihre Stimme an eben diese Parteien zu geben, die ihnen diese „Hilfe“ anbieten. Die jüngsten Beispiele ließen sich während der Parlamentswahlen vom 3. November 2002 und vom 22. Juli 2007 vonseiten der AKP (*Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung*) beobachten. Zwar hat sich nach den Wahlen das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage verstärkt und das wahre Gesicht der AKP ist offen zutage getreten; es ist jedoch immer noch gang und gäbe, dass die politische Mentalität, die die Armut in Kurdistan ausnutzt, diese Armut an sich und deren Ursachen bewusst verbirgt. Gewalt innerhalb der Familie, Selbstmord, „Ehrenmorde“ und noch viele andere dramatische Entwicklungen sind Auswirkungen zerstörter Familienstrukturen, die auf die Armut zurückzuführen sind.



Tagelöhner bei Adana/Tuzla — Foto: DIHA

Das sind alles Fakten, die die regierenden Parteien nicht sehen wollen. Die Armut in Kurdistan nimmt von Tag zu Tag zu. Die Zahl der Menschen, die in der politischen Lösung der kurdischen Frage die Alternative zur Armut und die einzige Lösung sehen, wächst ebenfalls von Tag zu Tag. Statt die kurdische Frage in ihrem politisch-kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen sowie historischen Kontext zu behandeln, steigt die Zahl der Politiker in der Türkei, die die kurdische Frage als rein wirtschaftliches Problem betrachten und so auf internationaler Ebene argumentieren. Die kurdische Frage wird also in Regierungskreisen als „wirtschaftliche Rückständigkeit“ zur Staatspolitik gemacht. Erst kürzlich hat Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan Investitionen in Höhe von 12 Milliarden Dollar in den kurdischen Gebieten getätigt sowie Staudämme bauen lassen. Er wollte eine Lösung für die „rückständige Wirtschaft“ finden sowie auf politischer Ebene eine Lösung für die kurdische Frage. Dabei übersieht er natürlich, dass nicht die Armut das fundamentale Problem der kurdischen Frage ist. Auch ist die Armut nicht das grundlegende Problem der über 20 Provinzen Nordkurdistans in den Grenzen der Türkei. Nordkurdistan ist eines der an Bodenschätzen reichen Gebiete auf der Welt, hier sind Viehzucht und Ackerbau die primären Ernährungsquellen. Aufgrund von Eisen, Kupfer, Chrom u. a. Metallen sowie Erdöl und vor allem aber auch der reichen Wasservorräte ist Nordkurdistan eine wichtige Quelle für die Welt.

Es stellt sich die Frage, warum die Armut so groß ist, wenn das Land doch so reich an Bodenschätzen ist. Der Grund hierfür liegt darin, dass viele dieser Rohstoffe nicht verarbeitet werden. Die wenigen anderen werden in die westlichen Provinzen der Türkei transportiert und dort verarbeitet. Das führt natürlich dazu, dass die Investitionen in Nordkurdistan immer weiter abnehmen, die Armut jedoch anwächst. In einigen Provinzen Nordkurdistans leben inzwischen Hunderttausende unterhalb der Hungergrenze. Die Zahl der Familien mit einem täglichen Einkommen von unter einem Dollar liegt ebenfalls bei Hunderttausenden. Diejenigen ohne soziale Absicherung haben auch nicht die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, weil es fast keine Berufsbildungseinrichtungen gibt. Zur Zeit der Republikgründung war Diyarbakır, nach Istanbul und Izmir, die drittgrößte Industriestadt der Türkei. Heute jedoch liegt Diyarbakır in Bezug auf Armut und industrielle Möglichkeiten hinter allen türkischen Provinzen an letzter Stelle. Der Hauptgrund für die Armut in diesem Ausmaß liegt natürlich in der systematischen Politik des türkischen Staates, Nordkurdistan – und das ist keine Übertreibung – ökonomisch rückständig zu halten. Die Menschen in diesen Gebieten sind daher gezwungen, in die westlichen Provinzen der Türkei auszuwandern, und unterliegen so einer starken Assimilationspolitik der Türkei. Dazu lagern im Staatsarchiv unzählige Dokumente mit „Geheim"-Vermerk. [*vgl. auch KR 136, S. 26 f.*]

Laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen hat die Türkei, vor allem im Zusammenhang mit dem von der PKK angeführten letzten Aufstand der Kurden, etwa 3 500 kurdische Dörfer zwangsgeräumt, große Flächen Ackerland vermint und Tausende Hektar Wald verbrannt. Zudem wurden Unmengen großer Feldflächen vom Ackerbau ausgeschlossen, da sie als „Sicherheitszonen" definiert wurden. Trotz dieser vorliegenden Informationen kann von einer professionellen wissenschaftlichen Analyse der Armut in Nordkurdistan nicht die Rede sein. Seit einigen Jahren jedoch werden in Diyarbakır und Batman unter Federführung der Kommunalverwaltungen und vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen Analysen über die Armut in der Region und ihre Gründe erstellt. Unter anderem hierfür wurde *„Sarmaşık – Yoksullukla Mücadele ve Sürdürülebilir Kalkınma Derneği" (Efeu – Verein zur Bekämpfung der Armut und für nachhaltige Entwicklung)* gegründet.

Dieser Verein führte vergangenes Jahr in Diyarbakır, einer der wichtigsten Städte Kurdistans, eine groß angelegte Untersuchung durch. Deren Resultate lassen die große Hoffnung erwachsen, dass Diyarbakır eine Schlüsselrolle auch für andere kurdische Regionen spielen wird. Die Untersuchung ergab, dass die Gründe für die immer stärker zunehmende Armut in den kurdischen Städten in der nicht gelösten kurdischen Frage und der gezielten staatlichen „Kurden-Politik" zu suchen sind.

Mehmet Şerif Camcı, der Generalsekretär des Vereins „Efeu" in Diyarbakır, beschreibt dessen Ziele so:

„Wir leben hier unter Bedingungen, die in jedem Bereich ins Extremste gehen. Aufgrund der extrem ungerechten Entwicklungsbedingungen, der extrem komplizierten Bedingungen, in einem friedlichen Klima zu produzieren, und des extrem ungerechten Zugangs zu Ressourcen war unser Motto: KAMPF GEGEN DIE ARMUT!!!

Ohne darüber zu verzweifeln, was wir und ob wir überhaupt etwas tun können, haben wir alle eigenen materiellen und ideellen Möglichkeiten im Sinne der Solidarität vereint und begonnen zu glauben! Wir haben geglaubt, dass ´es

„SARMAŞIK – Yoksullukla Mücadele ve Sürdürülebilir Kalkınma Derneği"
(Efeu – Verein zur Bekämpfung der Armut und für nachhaltige Entwicklung)

Der Verein Sarmaşık (Efeu) wurde am 11. April 2006 von 32 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Ich möchte unterstreichen, dass es falsch wäre, unseren Verein als einen klassischen Wohlfahrtsverein zu definieren. Selbstverständlich wird unser Verein versuchen, im Rahmen des „Urgent Intervention Program" bedürftigen Mitbürgern Hilfe anzubieten. Wie jedoch aus unserer Gründungsdeklaration und der Satzung zu ersehen ist, sind unsere Schwerpunkte folgende:

- Durchführung von Bildungsarbeit und wissenschaftlichen Analysen
- Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- auf die Armut aufmerksam machen; den Staat, der die Verantwortung für die Armut trägt, aber auch Unternehmen und Initiativen für eine Lösung in Bewegung setzen
- enge Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen Institutionen, die ebenfalls die Bekämpfung von Armut zum Ziel haben
- Anwendung globaler „Armutsbekämpfungsmethoden" auf regionaler Ebene bzw. Vorbereitungen hierfür
- Suche nach Unterstützung für die Armutsbekämpfung in Regierungskreisen, bei regionalen Unternehmen und natürlich zivilgesellschaftlichen Organisationen; Sensibilisierung der Türkei für das Problem der Armut
- Entwicklung gesellschaftlicher Solidarität und Hilfsbereitschaft
- Versorgung hilfsbedürftiger Mitbürger mit Lebensmitteln, Kleidung, Kohle, Unterkunft, ärztlichen Diensten u. a.
- Ermutigung zur Selbstständigkeit bzw. Förderung von Ausbildung; Anregungen zum Erlernen von Berufen

Mehmet Şerif Camcı
Generalsekretär Sarmaşık
(http://www.sarmasik.org)

zumindest etwas zu tun gibt`. Und aus diesem Grund haben wir gesagt: KAMPF GEGEN DIE ARMUT!!!"

Die Untersuchung wurde in zwei Stadtteilen Diyarbakırs, Fatihpaşa und Gürdoğan, durchgeführt, in über 2400 Haushalten mit mehr als 15 000 Personen. Sie zeigt die konkreten Gründe und Folgen der Armut im Zentrum Diyarbakırs. Im Untersuchungsgebiet leben in einem Haushalt im Durchschnitt sechs bis sieben Personen. In einigen Haushalten sind es bis zu zehn Personen, vereinzelt maximal 20 bzw. 30.

48 % der Bewohner Fatihpaşas sind seit 1950 nach Diyarbakır zugewandert. Knapp 30 % kamen in den Jahren 1990–1999, in denen der Krieg am intensivsten war. In Gürdoğan sind seit 1950 fast 95 % der Menschen Zuwanderer, Flüchtlinge aus den Jahren 1990–1999 allein 72 %.

Die Untersuchung zu den primären Gründen der Armut erbrachte folgende Ergebnisse:

Die Hälfte der nach Fatihpaşa Migrierten ist aufgrund des Krieges, ein Drittel aus wirtschaftlichen Gründen nach Diyarbakır geflohen.

In Gürdoğan waren es zwei Drittel der Zugezogenen, die bewaffnete Auseinandersetzungen, und 19 %, die wirtschaftliche Gründe dorthin getrieben haben.

Die wirtschaftliche Lage vieler dieser Familien, die gegenwärtig oftmals unterhalb der Armutsgrenze leben, war vor der Flucht viel besser als die gegenwärtige: In Fatihpaşa berichteten 60 % von ihnen und in Gürdoğan 70 %, dass ihre finanzielle Lage vorher viel besser als jetzt gewesen sei oder sie vor ihrer Flucht auf keine Hilfe von außen angewiesen gewesen seien.

Auch die Position im Produktionsprozess und die Berufe der nach Diyarbakır Geflohenen sind wichtige Daten für die Analyse der Armut in Diyarbakır. Von insgesamt 1 301 untersuchten Haushalten im Stadtteil Fatihpaşa gaben 23,9 % der Haushaltsvorstände an, arbeitslos zu sein, 32,2 % hingegen ungelernte Arbeiter. Von den 1 120 untersuchten Haushalten in Gürdoğan bezeichneten sich 63,3 % der Befragten als Saisonarbeiter. Das monatliche Durchschnittseinkommen aller untersuchten Haushalte liegt bei 272,9 YTL (ca. 150 EUR), 10,5 % bzw. 4,3 % gaben überhaupt kein Einkommen an. Eine Form sozialer Absicherung zumindest im Gesundheitsbereich ist die sogenannte „Grüne Karte" [*„yeşil kart", Berechtigungsschein für kostenlose Gesundheitsversorgung für Mittellose ohne Sozialversicherung*], die in der praktischen Anwendung keine besondere Funktion hat. 14,3 % bzw. 16 % der Haushalte besitzen überhaupt keine soziale Absicherung, 63 % bzw. 73,4 % verfügen wenigstens über die *yeşil kart*. Des Weiteren gab über ein Drittel der Befragten an, Analphabet zu sein, über die Hälfte hat nur die Grundschule besucht oder Grundkenntnisse im Lesen und Schreiben (wobei Frauen nur einen verschwindend geringen Anteil an der Bildung haben). ♦

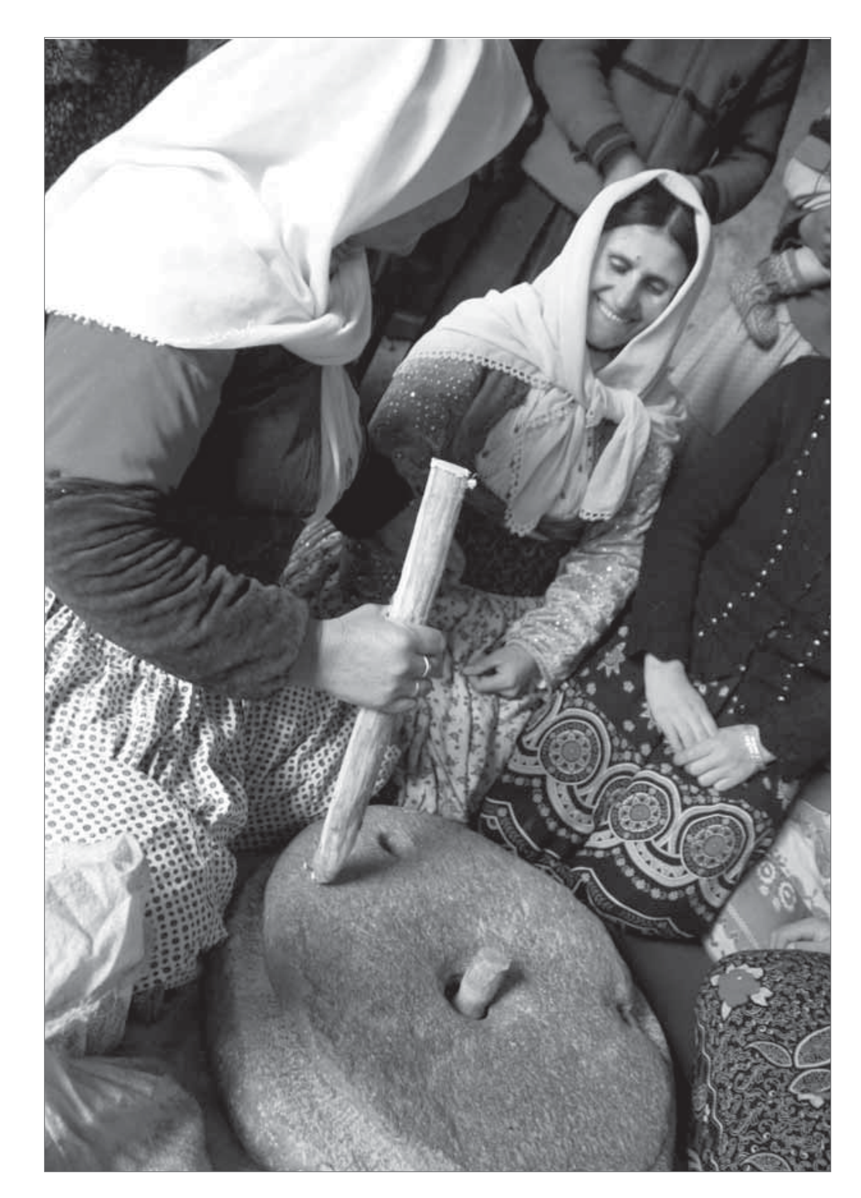


Foto: DIHA

Ein weiterer Aspekt falscher Politik in Mesopotamien:

Der fruchtbare Boden von Dürre bedroht

(zusammengestellt aus DIHA-Material)

Die Ebene Mesopotamiens, seit der Sesshaftigkeit der Menschheit aufgrund ihrer fruchtbaren Böden ständig bewohnt und als eine Wiege der Zivilisation bekannt, wird infolge Interessenspolitik entvölkert.

Mesopotamien, eine Region zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris, ist in seiner Tausende Jahre währenden Geschichte aufgrund seiner fruchtbaren Böden und seiner zentralen Lage immer Schauplatz von Kriegen und Interessenskonflikten gewesen, bis heute. Obwohl wegen des ertragreichen Bodens Menschen aus den umliegenden Regionen nach Mesopotamien einwanderten und dadurch die Bevölkerungszahl ständig wuchs, konnte es die Bedürfnisse aller dieser Menschen befriedigen. Diese Region, in der sich zahlreiche Kulturen vereinten und vieles, was die Menschheit geprägt hat, entwickelt wurde wie Schrift, Astrologie, Medizin, Mathematik, Postwesen, Armee, diese Wiege der Zivilisation kämpft jetzt gegen die Dürre. Wenn auch von globaler Klimaerwärmung die Rede ist, so haben verschiedene Untersuchungen und die Fakten ergeben, dass unterschiedliche Gründe wie jahrelange verfehlte Agrarpolitik der Regierungen oder falsche Bewässerung dieses Land nun zu einem menschenleeren Raum werden lassen. Während ein Teil verödet und deshalb die Menschen dazu gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, kann in anderen Teilen mit geeigneten Vorkehrungen weiterhin Ackerbau betrieben werden. Diese Tatsache wiederum zeigt, dass nicht die globale Klimaerwärmung, sondern vielmehr die angewandte Politik mehr Einfluss hat. Der dient auch das GAP-Projekt (türk. *Güneydoğu Anadolu Projesi* – Südostanatolien-Projekt; größtes regionales Entwicklungsprojekt der Türkei mit insgesamt 22 Staudämmen, 19 Wasserkraftwerken und Bewässerungsanlagen entlang Euphrat und Tigris), das von der politischen Macht als Propagandamittel benutzt und als Vorzeigeprojekt präsentiert wird. Es schadet sowohl der Natur als auch den Menschen in der Region. Das wirft die Frage auf: „Ist Mesopotamien Opfer der Dürre oder der Politik?"

Die Dürre hat vor allem das Wachstum von Weizen, Gerste, Linsen beeinträchtigt, die auf trockenem Boden wachsen, aber im Frühjahr bewässert werden müssen. Dieses Land, das so ausgedehnt und fruchtbar ist und die gesamte Bevölkerung der Türkei ernähren könnte, ist ausgetrocknet. In diesem Jahr ist es fast unmöglich, in Şanlıurfa, Siirt, Batman, Diyarbakır und Mardin grüne Flächen zu finden. Die nur um etwa 5 cm gewachsenen Pflanzen trocknen wegen Wassermangel aus.

Regen um fast die Hälfte abgenommen

Der Bericht der *Union der Landwirtschaftskammern der Türkei* (TZOB) für den Zeitraum 1. Oktober bis 31. März verzeichnet innerhalb dieser sechs Monate den größten Regenmangel mit 44 % vom Durchschnitt in Südostanatolien, der April-Bericht schon 45,6 %. Im Mai-Bericht werden die südöstlichen Provinzen Adıyaman, Gaziantep, Şanlıurfa und Hakkari mit „sehr starker Dürre" und Kilis, Mardin, Şırnak mit „starker Dürre" aufgelistet.

Weizen und Gerste um 90 % geschädigt

Dem Bericht zufolge beträgt der Schaden für Weizen und Gerste in Mardin, Şanlıurfa, Diyarbakır, Batman, Hakkari, Siirt, Şırnak und Gaziantep 90 %. Demnach wird es in der Region, die normalerweise 13 % des Weizen- und 16 % des Gersteertrages der gesamten Türkei produziert, nicht zur Ernte kommen, sondern nur dort, wo die Bauern mit eigenen Mitteln und hohem finanziellen Aufwand ihre Felder bewässert haben. So werden der Weizenertrag um 2,5 Mio. t und der von Gerste um 1,4 Mio. t sinken. Die Linsenproduktion wird nicht einmal den Eigenbedarf



Schafhirte in Amed Foto: DIHA

der Türkei abdecken, es wird dem TZOB-Bericht zufolge ein Verlust von 60 % erwartet. Das wiederum bedeutet einen Rückgang der Linsenernte um 50 % in diesem Jahr. Dieser Ernteausfall wird sich schließlich auch auf die Preise auswirken.

Die Bauern, durch die Dürre ohnehin schwer getroffen, erwarten noch schwierigere Zeiten wegen der hohen Preise für Heizöl, Dünger, Saatgut und Bewässerung.

In der Türkei werden für reine Lebensmittel pro Hektar 83 kg Dünger aufgewendet. Nach TZOB-Angaben hat sich der Düngerverbrauch im Vergleich zu 2007 um 4 % reduziert, was auf dessen Preiserhöhungen von 31 bis 54,5 % zurückgeführt wird. Weil der Preisanstieg in diesem Jahr 61–117 % betragen wird, geht der Bericht von einem weiteren Sinken des Düngerverbrauchs aus. Der Preis für das bei Traktoren und anderen Landwirtschaftsmaschinen verwendete Heizöl beträgt 3,50 YTL/l (*yeni türk lirası* = Neue Türkische Lira). Die Kostensteigerungen für Heizöl, Dünger und Pestizide belasten die Bauern. Nach Berechnungen der TZOB verbraucht die Landwirtschaft 3,5 Mrd. Liter Heizöl. Ein Liter Heizöl kostet 85 YKr (*yeni kuruş* = Neue Kuruş; 1 YTL=100 YKr) Eigenverbrauchs- (ÖTV, *Özel Tüketim Vergisi*) und 35 YKr Mehrwertsteuer. Den Produzenten werden 4,2 Mrd. YTL aus der Tasche gezogen.

Parallel dazu wird auch ein Preisanstieg für Saatgut erwartet. Während im letzten Jahr ein Kilo Weizensaat bei TIGEM (*Tarım İşletmeleri Genel Müdürlüğü*, Landwirtschaftsgeneraldirektion) für 850 YKr und ein Kilo normaler Weizen auf dem Markt für 550–650 YKr zu haben waren, grübeln schon jetzt viele, weil sie nicht ernten können, wie sie das Geld für die Weizensaat aufbringen sollen. Auch wird erwartet, dass Gerstensaat (im letzten Jahr 400 YKr/kg) und Linsensaat (700 YKr/kg) sich verteuern.

Bewässerung sowie Dünger, Saatgut und Heizöl sind ein bedeutender Kostenfaktor für die Bauern. Weil die natürlichen Quellen nacheinander ausgetrocknet sind, geben die Bauern Milliarden YTL für die Bewässerung aus. Es kostet 100 000 YTL, für eine Grundfläche von 400 Dönüm [*altes Flächenmaß, 1 Dönüm = knapp 920 m²*] im nur 30 km von Diyarbakır entfernten Bismil Wasser aus dem Tigrisfluss zu transportieren. In der Region sind die Grundstücke mit Eigentumsnachweis meist unter zehn Personen aufgeteilt, so können auch schwerlich Anträge auf staatliche Fördermittel gestellt werden, da Banken die Unterschriften aller Eigner verlangen.



Ehemals waren 200 Menschen hier in der Landwirtschaft beschäftigt Foto: DIHA

Letztes Jahr wurde finanzielle Unterstützung nicht ausgezahlt

Die von den Regierungen eingesetzten Maßnahmen, um die Last der für den Ackerbau notwendigen Investitionen (Saatgut, Heizöl, Pestizide etc.) für die Bauern zu erleichtern, waren ineffektiv. Denn in manchen Regionen sind noch immer nicht die Fördermittel für 2007 für Futterpflanzen, direkte Einkommensunterstützung für 2007 und 2008 sowie Saatprämien für 2006 ausgezahlt worden. Des Weiteren haben sich viele Bauern, die sich nicht an den bürokratischen Hürden der Landwirtschaftsbanken abrackern wollten, bei Privatbanken in Milliardenhöhe verschuldet. Folglich stellt sich die Frage, inwieweit diesen von der Dürre betroffenen Bauern Unterstützung gewährt werden kann.

Der Umfang der von Trockenheit betroffenen Flächen in den Provinzen

Adıyaman:
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche: 118 430 ha, 41 % des Landes geeignet für ökonomische Bewässerung.
Mit der Inbetriebnahme des GAP wird

erwartet, dass 139 537 ha Land bebaut und 985 085 t geerntet werden können. Das Land ist zu 80 % von der Dürre betroffen.

Gaziantep:
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche: 382 022 ha, 65 000 ha sind bewässerbares Land.
Hier werden Pistazien, Oliven, Weizen, Baumwolle und rote Linsen angebaut. Der Schaden beträgt 70 %, weil aus wirtschaftlichen Gründen nicht angebaut werden konnte.

Şanlıurfa:
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche: 1 200 570 ha.
9 % Gerste, 31 % rote Linsen und 6 % Weizen werden geerntet, 70–80 % des bebauten Landes sind von der Dürre betroffen.

Kilis:
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche: 105 000 ha, bewässerbares Land: 72 000 ha.
Obwohl innerhalb des GAP-Gebietes, erhält es keinen Tropfen Wasser.
70 % des mit Weizen und Gerste bebauten Landes sind von der Dürre betroffen.

Mardin:
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche: 2,4 Mio. ha, bewässerbares Land: 1,1 Mio. ha, Trockenland: 1,4 Mio. ha.
Profitiert in keiner Weise vom GAP, bei Gerste, Weizen, Linsen beträgt der Schaden 85 %.

Berichte aus dem Dorf Yolcular

Mehmet Şakir ist aus dem 400-Häuser-Dorf nach Suruç gezogen:
„Unser Dorf liegt 2 km von Suruç entfernt. Weil die Wasserquellen ausgetrocknet sind, konnten wir unseren Lebensunterhalt nicht mehr erwirtschaften. Die Hälfte der Dorfbewohner ist daraufhin nach Suruç und die andere Hälfte in den Westen ausgewandert. Hätte der Staat unser Dorf bewässert, würden wir heute in unserem eigenen Dorf leben, statt als Tagelöhner auf den Feldern anderer zu arbeiten. Die Abwanderung hat 1993 begonnen. Unser Dorf hat eine Anbaufläche von 400 000 Dönüm. Ich selbst hatte 60 Dönüm Linsen angepflanzt, der Anbau ist vertrocknet.“

Hacı Kandemir:
„Ich habe auf 50–60 Dönüm Linsen und Gerste angebaut. Das kostete 30 Mrd. TL [*alte türk. Lira = 30 000 YTL = ca. 17 300 EUR heute*]. In Suruç gibt es nicht einmal Trinkwasser. Es hat sich in eine Ruine verwandelt. Die Dorfbewohner verlassen ihre Dörfer, weil es kein Wasser gibt. Unser Dorf ist jetzt menschenleer. Wir haben unseren Lebensunterhalt durch Ackerbau verdient. Ich hatte Linsen und Gerste, alles ist vertrocknet. Der Staat bringt kein Wasser. Hätten sie uns Wasser gegeben, wie sie es in Harran tun, hätten wir eine gute Ernte haben können. Es scheint, dass der Staat wütend ist auf die Kurden, aus diesem Grunde gibt er kein Wasser.“

Galip Kandemir:
„Ich habe im Dorf Yolcular 90 Dönüm Boden. Dort habe ich Gerste gesät. Alles ist vertrocknet. Es gibt kein Wasser mehr, wir sind nach Suruç abgehauen. Ich habe 5 000 YTL verloren. Bisher habe ich mich noch an keine Stelle gewandt. Der Staat soll uns helfen, wenn er das nicht tut, haben wir kein Saatgut für das nächste Jahr. Er soll uns Wasser vom Atatürk-Staudamm geben, damit wir unsere Felder bewässern können. Auch das Dorf Ziyaret, etwa 10 km entfernt von Suruç, wird langsam menschenleer. Die Bewohner bereiten sich darauf vor, nach Adana und Yozgat zu gehen, um ihren Lebensunterhalt dort zu verdienen, weil es dieses Jahr keine Ernte gibt.“

Nur Harran erhält Wasser

Die Region und ihre Bauern sind von Dürre und diskriminierender Politik schwer getroffen, die Felder trocknen aus. Die Bewohner von Bismil, Urfa und Suruç sind dem Staat gegenüber sehr aufgebracht. Die Situation in Harran, einer Kreisstadt von Urfa, wo ausländisches Kapital, allem voran israelisches, angelockt wird, sieht dagegen ganz anders aus.

Die Ernte erreicht hier ständig menschliche Körperhöhe. Obwohl Suruç näher am GAP liegt, erhält es kein Wasser. Harran dagegen kann von den Bewässerungsmöglichkeiten profitieren. Diese ungleiche Behandlung wird als ethnische Diskriminierung bewertet. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer von Harran, Muhsin Yavuz, ist allerdings der Meinung, es sei pures Glück. Yavuz zufolge profitiert der größte Teil des Zentrums in Harran vom GAP, während die ländlichen Gebiete kein Wasser erhalten: „Der Bau des GAP muss so schnell wie möglich vollendet werden. Eine Verzögerung schadet der Wirtschaft dieses Landes. Das Projekt sollte in seinem vor Jahren geplanten Umfang umgesetzt werden.“ Auf die Frage nach einer möglichen ethnischen Diskriminierung bei der ungleichen Wasserversorgung von Harran und Suruç erwidert er: „Das ist eine andere Interpretation. Wir sind nicht dieser Meinung. Man sollte nicht alles politisieren.“

„Der Staat beschert uns die eigentliche Dürre“

Im Zentrum Urfas, wo 25 % der Baumwoll- und 30 bis 33 % der Pistazienproduktion landesweit erzeugt werden, sieht die Situation nicht viel besser aus als in Suruç. Die Dürre hat Weizen-, Gerste- und Linsenanbau beeinträchtigt. Der Vorsitzende der Kammer für Ackerbau-Ingenieurwesen in Urfa, Abdullah Melik, erklärt, dass die Saat in diesem Jahr nur ein Drittel der notwendigen Regenmenge erhalten habe. Statt der üblichen 450 m^3 seien nur 183 m^3 gemessen worden. In den Regionen ohne ausreichende Bewässerung werde der Ernteertrag um 70 % sinken. Die erwartete Weizenernte von 1,35 Mio. t werde auf 600 000 t fallen, die der Gerste von 750 000 auf 350 000 t, die der Linsen von 205 000 auf 100 000 t, so Melik.

Urfa: Regierung trifft die Bauern

Melik meint, dass falsche Agrarpolitik und die ausbleibende Fertigstellung des GAP-Projektes die Bauern so weit gebracht habe: „Von dieser Region brei-

teten sich Zivilisation und Ackerbau aus. Ohne Weiteres könnten die Erträge sogar exportiert werden. Aber dem ist nicht so. Die Regierung ist verantwortlich für diesen Zustand." Ohne die Einbeziehung der Dürre in das Agrarsicherungs-Gesetz Nr. 2090 werde der Schaden der Bauern nicht beglichen werden können, so Melik. Wäre das GAP vollendet, würde es sich von selbst erledigen. Der durch die Bewässerung der Harran-Ebene gewonnene Mehrwert reiche dafür aus. Die eigentliche Dürre beschere dem Bauern die Regierung.

Abdullah Keskin, Agrarwesen-Bezirksleiter von Urfa, behauptet, die Regierung werde das Problem lösen. Die Anträge würden im Rahmen des Gesetzes Nr. 2090 behandelt: „Wir versuchen, die Antragsteller zu bestimmen, um ihren Schaden zu begleichen." Trotz dieser Aussage Keskins gab es dazu bislang keinerlei Erklärung von Regierungsseite.

Bismil wartet auf den Minister

Auch in der Kreisstadt Bismil bei Diyarbakır hat die Dürre den Linsen-, Weizen- und Gersteanbau erheblich beeinträchtigt. Bismil teilt dasselbe Schicksal wie Suruç, es gibt dort keine Grünflächen außer den von den Bauern in Eigenregie bewässerten Feldern. Weil die Pflanzen nur wenige Zentimeter gewachsen und aufgrund der fehlenden Bewässerung vertrocknet sind, ist das gesamte Kreisstadtgebiet ein gelber Landstrich. Die Erwartungen der Bewohner von Bismil an die Regierung sind höher als üblich, denn bei der letztjährigen Wahl wurde hier ein Minister ins Parlament gewählt, der zudem zuständig ist für die Lösung dieser Probleme: Sie erwarten Hilfe von Agrarminister Mehdi Eker. Aber Minister Eker war bislang weder in der Kreisstadt noch hat er sich zu diesen Problemen geäußert. Die Wähler von Bismil kündigen daher an, bei den nächsten Wahlen viel vorsichtiger und bedachter zu wählen. Der Vorsitzende der Agrarkammer von Bismil, Hibetullah Ay, erklärt, der Schaden betrage 99 %: „In diesem Jahr wird kein Mähdrescher hier arbeiten. Wenn keine staatliche Unterstützung kommt, werden die Bauern im nächsten Jahr keine Ernte einfahren können", so Ay. Er geht auch auf die hohen Preise bei Dünger und Saatgut ein und warnt: „Die Bauern sagen, im nächsten Jahr werden sie die Felder nicht bestellen, weil es sich nicht rentiert. Sie haben sich mit Millionen bei den Banken verschuldet. Die Region sollte zum Katastrophengebiet erklärt und mit Saatgut und Dünger staatlich subventioniert werden. Mit einigen Millionen Türkischen Lira wird die Bevölkerung nicht zufriedenzustellen sein. Die Mittel für Saatgut und Dünger sollten zinsfrei ausgegeben werden. Außerdem wollen wir die Schulden bei Privatbanken für die Bauern gestundet haben. Solange die Bauern von ihren Schulden nicht entlastet sind, wird sich ihre Situation nicht verbessern."

Vedat Özdemir:
„Wir haben annähernd 400 Dönüm bebauten Grund. Dafür haben wir 60 kg Dünger verbraucht. Ein Liter Sprit kostet 3 YTL. Für die 400 Dönüm haben wir 30 Mrd. TL ausgegeben. Wir haben einen Verlust von 45 Mrd. TL. Wir hatten Weizen angebaut. Unsere Erwartung an den Staat ist, dass er uns hilft. Von Minister Mehdi Eker erwarten wir Unterstützung. Er ist bislang nicht nach Bismil gekommen."

Hazım Aslan:
„In unserer Heimat gibt es kein Wasser. Unsere Felder sind ausgetrocknet. Ich besitze mit meinem Sohn eine Grundfläche von 600 Dönüm. Wir haben keinerlei andere Einkünfte. Unsere Kinder sind arbeitslos. 1940 gab es eine Dürre, eine schwere Missernte folgte. Diese Dürre war nach einem Jahr überwunden. Wenn wir staatlich nicht gefördert werden, werde ich im nächsten Jahr meine Felder nicht mehr bestellen. Wir fordern, dass das Geld für die Saat und unsere Schulden bezahlt werden." ♦



Zu wenig gutes Weideland für die Tiere Foto: DIHA

Ilisu-Kampagne gestärkt – neben Diyarbakır weiteres Büro in Batman eröffnet

Treueeid der Tausenden an die Vergangenheit und Zukunft

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Etwas wirklich Neues hat sich zum Ilisu-Projekt in den vergangenen zwei Monaten wenig ergeben. Weder von den involvierten drei europäischen Regierungen wurde nach der Diskussion um den kritischen Bericht des Expertenkomitees und der Nichterfüllung der gesetzten Auflagen durch die Türkei etwas in Bezug auf die Exportkreditversicherung bekannt noch haben die türkische Regierung und ihre verantwortlichen Ämter etwas verlauten lassen.

Es gab auch keine großen neuen Bauaktivitäten. Nach wie vor werden im und um das Dorf Ilisu kleine Bauarbeiten getätigt. In der Umgebung der historischen Stadt Hasankeyf ist mit Straßenbauarbeiten zwecks Errichtung einer neuen Wohnsiedlung in zwei Kilometer Entfernung begonnen worden. Wie der Bürgermeister von Hasankeyf, Vahap Kusen, erklärte, seien die Betroffenen nicht nach ihrer Meinung zum neuen Siedlungsgebiet gefragt worden. Die Bevölkerung selbst habe aber nicht die Absicht, sich dort niederzulassen.

Eigentlich war als Baubeginn ursprünglich der kommende Herbst vorgesehen. Doch ist es mittlerweile unwahrscheinlich, dass es dazu noch kommen wird.

Treffen in Wien

Am 20. Juni fand zwischen Vertretern der Regierungen Österreichs, der Schweiz und Deutschlands, den drei Verantwortlichen der Expertenkomitees und Vertretern europäischer NGOs ein Treffen in Wien statt, wo über das Projekt diskutiert wurde. Von dem Expertenkomitee wurde noch einmal festgehalten, dass die Auflagen, die zum Bau des Ilisu-Staudamm-Projekts der Türkei auferlegt wurden, nach wie vor von ihr nicht eingehalten werden. Von den Regierungsvertretern gab es keine Hinweise über aktuelle Entwicklungen zum Stand des Ilisu-Projekts.

Gründung eines neuen Komitees in Batman

Positives ist aus Batman zu verzeichnen. Dort wurde im Juli 2008 ein neues Komitee im Rahmen der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* gegründet. Initiatoren zur Bildung dieser neuen Verreinigung sind u. a. das *Komitee der Initiative zur Rettung von Hasankeyf Batman*, die Abgeordneten Ayla Akat und Bengi Yildiz, die Stadt Batman, der V*erein der Freiwilligen für Hasankeyf*, die regionale *Agenda 21* Batman, die Menschenrechtsorganisation Göc-Der, der *Menschenrechtsverein* İHD, die Bildungsgewerkschaft *Eğitim-Sen*, die Kammer der Mediziner, die Gewerkschaft für Gesundheitsmitarbeiter, die Gewerkschaft *Genel İs* vom Gewerkschaftsverband DISK. Mit der Eröffnung eines Büros in Batman am 31. Juli gewinnt die Arbeit gegen das Ilisu-Staudamm-Projekt an System. Damit bekam unsere Initiative nach Diyarbakır ein zweites Büro. Von diesem Regional-Büro kann die aktive Arbeit in den direkt betroffenen Gebieten besser koordiniert werden. Das neu gegründete Batman-Komitee hat auch gleich ein dreimonatiges Aktionsprogramm ausgearbeitet. Als erster Schritt wurde im Juli in Hasankeyf ein Treueeid geleistet. Dazu kamen in Hasankeyf zwei Abgeordnete des türkischen Parlaments, Bürgermeister verschiedener Städte der Region sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen in einer öffentlichen Zeremonie zusammen und leisteten den Eid. Sie schworen, aktiv zu sein, damit Hasankeyf nicht in den Fluten des Stausees versinken wird. Der Treueeid beginnt mit den Worten „Treueeid der Tausenden an die Vergangenheit und Zukunft“ und lautet im Wortlaut folgendermaßen:

„Ich leiste auf der Grundlage aller für mich wichtigen Werte einen Schwur, dass ich für die Rettung der antiken Stadt Hasankeyf, die ein kulturelles Erbe unseres Landes und der ganzen Menschheit und ein Zeugnis von natürlicher Schönheit ist, kämpfen werde. Ich werde mich für das Überleben von Hasankeyf, die Stadt,

- die uns die Kulturgeschichte ausgeliehen hat,
- die eine Siedlungsgeschichte von mindestens 9 000 Jahren besitzt,
- Spuren von über 20 östlichen und westlichen Kulturen aufweist,
- ein einzigartiges Beispiel für das Verschmelzen von Kultur und Natur darstellt,
- die wie ein offenes Freilichtmuseum vor uns steht,

einsetzen, damit sie zukünftigen Generationen weitergereicht werden kann.

Ich schwöre, dass ich die kulturellen, sozialen und ökonomischen Rechte der Menschen in Hasankeyf und im Tigris-Tal verteidigen werde.“

Bei der Zeremonie wurde betont, dass das Ilisu-Projekt auf die Menschen in der Region viele negative Auswirkungen haben wird, fortschrittliche Effekte würden sich nicht bemerkbar machen. Dies hätten viele andere Staudammprojekte in den vergangenen Jahren bewiesen. Entgegen diesen Großprojekten werde eine Entwicklung angestrebt, die die

Menschen nicht vertreibt, sie vor Ort unterstützt und das kulturelle und ökologische Erbe schützt. Es wurde auf viele bestehende Alternativen zum Ilisu-Projekt verwiesen.

Die Veranstaltung endete mit einem Appell an die internationalen Unterstützergruppen, dass sie ihr Engagement verstärken sollen sowie mit einem Aufruf an die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, die Exportkreditversicherungen zurückzuziehen.

Am Eingang der über Hasankeyf gelegenen Festung wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Heute sollen die Geschichte in Hasankeyf und die Natur in der Region Munzur vernichtet werden. Nein zur Zerstörung von Geschichte und Natur" angebracht.

Im Rahmen des dreimonatigen Programms werden in den Dörfern der betroffenen Region Theaterstücke und Dokumentationsfilme über das Ilisu-Projekt und seine Folgen gezeigt. Diese Initiative begann schon einen Tag nach dem Treueeid. In vielen mittelgroßen und kleinen Städten um den geplanten Stausee herum, wie Şırnak, Siirt, Kurtolan, Bismil, Dargeçit, Mardin, in denen bisher kaum etwas zu dem Thema stattfand, werden ebenso Theaterstücke, Dokumentationsfilme aufgeführt und die Menschen über die Folgen dieses Projekts informiert werden.

Am 3. Oktober soll ein umfangreiches Symposium in Batman stattfinden. Am anschließenden Morgen wird eine große Demonstration vom Dorf Suçeken (Şikeftiyan) nach Hasankeyf stattfinden. In Hasankeyf werden im Anschluss verschiedene kulturelle Aktivitäten wie Ausstellungen, Tänze, Diashows, Infostände etc. stattfinden. Der Tag soll am Abend mit einem großen international besetzten Konzert abgeschlossen werden. Die Aktionsreihe soll mit einer Presseerklärung am Morgen des 5. Oktober am Tigris in Hasankeyf ihren vorläufigen Abschluss finden. ♦

Historische Stätten werden in Kurdistan unter Wasser gesetzt!

Nicht nur Hasankeyf ...

Durch den Bau des Ilisu-Staudamms wird nicht nur Hasankeyf, sondern eine große Fläche von hohem archäologischem Wert und darüber hinaus ein Kulturerbe aus der prähistorischen Zeit überflutet werden. Dass im Zusammenhang mit dem Ilisu-Staudamm hauptsächlich die Zukunft von Hasankeyf in Kurdistan und auch auf internationaler Ebene auf der Tagesordnung steht, liegt daran, dass Hasankeyf das größte Siedlungsgebiet darstellt, welches überflutet werden würde. Hasankeyf ist aber nicht das einzige kulturelle Erbe. Weitere elf archäologische Stätten aus dem prähistorischen Zeitalter würden das gleiche Schicksal wie Hasankeyf erleiden.

Der Tigris ist eine der wichtigsten Lebensadern in Kurdistan. In dieser Region gingen die ersten Menschen vor zehn- bis zwölftausend Jahren v. Chr. zum sesshaften Leben über. Es wird davon ausgegangen, dass hier zum ersten Mal Landwirtschaft betrieben wurde. Seit einiger Zeit finden hier eifrige Ausgrabungen statt. Nach oberflächlichen Untersuchungen in der Region zwischen Bismil und Hasankeyf haben Wissenschaftler festgestellt, dass hier Dutzende potenzielle archäologische Stätten bestehen, die Licht auf die Zivilisationsgeschichte werfen können. Um noch zu retten, was zu retten ist, bevor alles womöglich bald unter Wasser steht, sind diese Wissenschaftler dabei in großer Eile, ihre Ausgrabungen so weit wie möglich fortzusetzen. Eine der Ausgrabungsstätten ist Salat Tepe[1], nahe Bismil. Der Mound[2] Salat befindet sich nahe der Stelle, an der der Bach Salat in den Tigris mündet. Hier ist man auf sechstausend Jahre alte bearbeitete Steine gestoßen. Weiterhin konnten Spezialisten feststellen, dass hier vor 3 500 Jahren ein Erdbeben stattgefunden haben muss und die Gräber in Salat Tepe mindestens viertausend Jahre alt sind.

Die ältesten Relikte sind aus Ziyaret

Bei den von amerikanischen Archäologen geleiteten Ausgrabungen am Mound Ziyaret nahe Diyarbakır, Kreis Bismil, ist man auf Relikte gestoßen, die aus dem Jahr 10 000 v. Chr. stammen. Die zwölfköpfige Gruppe von Archäologen, unter der Leitung von Dr. Timothy Madney vom amerikanischen Whitman College, traf auf Funde aus der neolithischen Zeit um ca. 12 000 v. Chr. Ein weiterer Punkt, der Ziyaret Tepe Bedeutung schenkt, ist die Vermutung, dass Tushan, die Hauptstadt des Assyrischen Reiches, sich in diesem Gebiet befindet. Daher ist die Hoffnung groß, dass die Funde eine ganze Epoche erleuchten könnten.

1- Mound: künstlich geschaffene Hügel, Hügelgräber, Gedenkstätten

2- Tepe: kann als Berg oder Anhöhe übersetzt werden

Müslüman Tepe: Einziger Vertreter der Karaz-Kultur

Der nahe Salat Tepe liegende Müslüman Tepe wird von Archäologen als der einzige Vertreter der Karaz-Kultur entlang des Tigris gesehen. Die Karaz beherrschten um 3 600 v. Chr. den Kaukasus. Ihre Entstehung wird in der Kupfersteinzeit um 3 600/3 500 v. Chr. vermutet und stellt einen der seltsamsten prähistorischen Phänomene im Nahen Osten dar. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass die "Şulaveri-Şomu-Hügel-Kultur" aus dem Gebiet Süd-Georgien/Armenien sich im Laufe der Zeit gespalten hat und hieraus die Kura-Araks-Kultur entstanden ist. In der frühen Bronzezeit hat sich diese Kultur sogar auf die Gebiete Nord-Dagestan, Süd-West-Iran, im Westen Sivas, im Süd-Westen Palästinas und in Israel ausgebreitet. Die 1 000 Jahre bestehende Kultur verschwand wieder um ca. 2 200 v. Chr. Die Funde am Sos Mound in Erzurum werden als Ausnahme gesehen, wonach hier die Kura-Araks-Kultur

Dîcle me ez – Der Tigris bin ich

von Mehmed Uzun

Der Tigris bin ich,
des Tigris Stimme,
widerhallender Schrei,
drängender Hilferuf,
sprechendes Lied.

Auf meinem Gesicht die Wunden von Lanze und Schwert,
die Farben von Kummer und Leid,
das Heulen der Toten,
Krieg, Kampf, Trennung, Plünderung,
Inmitten wilder Felsen geboren,
In der Leere eines ruhigen und endlosen Ozeans sich verlierend.
Ich werde geboren, starker Wind, Weiden, weißer Schnee,
Wunsch, Begeisterung, Liebe.
Ich sterbe, heißer Wind, Wüste, weder Schutz noch Schatten.
Leere, Stille, Ruhe,
Auf meinem Gesicht Flöße, Schiffe, wie fließende Tränen,
Schatten von Platanen, Weiden und Pappeln, wie davonziehende Spuren.

He du, Schrei der Menschheit,
hilferufende Stimme der Menschheit.
Leih dein Ohr meiner Stimme, der Stimme von Cizira Botan.
Cizira Botan, Sohn von Cudi, Enkel Noahs,
meine eine Seite den Bergen und Weiden,
meine andere Seite dem Meer und Wüste zugewandt.

Himmel, Sonne, Sterne, Mond, Mondlicht urewige, standhafte
Zeugen meines Gesichtes, Spuren auf meinem Gesicht.
Sie summen das Wiegenlied der Traurigkeit,
streicheln mein verwundetes Gesicht.
Um mich herum Adler, Vögel,
Bussard, Falke, Habicht,
Storch, Kranich, Pfau, regenbogenfarbig.
Ewiger Regenbogen, bald im unendlichen Himmel, bald auf meinem Gesicht.
Ich fließe von gestern nach heute.
Von der starken Stimme der Begeisterung der Stimme der Stille zu.

Cizira Botan, Perle von Obermesopotamien.
In dir sind starke Gefühle und tiefe Träume verborgen,
schöne Worte, glasklare Reden von gestern nach morgen,
sich verändernd, einem reißenden Strom gleich.
Reiter auf edlen Rössern, einem reißenden Strom gleich,
Wolken von Regen schwanger, einem reißenden Strom gleich,
Schwärme von Kranichen, einem reißenden Strom gleich,
schwarze Steine und Felsen von Cudi, einem reißenden Strom gleich,
Saat, die aufgeht, einem reißenden Strom gleich,
Hyazinthen ihr Haupt erhebend, einem reißenden Strom gleich,
Wort, das mit mir fließt, einem reißenden Strom gleich,
Und ich, Spuren der Menschheit, einem reißenden Strom gleich,

He du, Schrei der Menschheit,
hilferufende Stimme der Menschheit.
Leih dein Ohr meiner Stimme, der Tigris bin ich,
Stimme des Liedes vom Tigris,
Sprache derer ohne Sprache, Stimme derer ohne Stimme…

Frei übertragen aus Mehmed Uzun's
„Hawara Dîcle yê I", 2002

bis zur mittleren bzw. späten Bronzezeit, also ca. 1 500 v. Chr. existiert hat.

Durch den Ilisu-Staudamm wird der einzige Vertreter dieser Kultur am Tigris überschwemmt werden. Die andauernden Ausgrabungen lassen es nicht zu, ausreichend die Funde zu recherchieren.

Der mehr als 12 000 Jahre alter Körtik-Hügel

Eines der archäologischen Siedlungsgebiete, das vom Ilisu-Stausee überschwemmt wird, ist der Mound Körtik. Seine bis zu 12 000 Jahre v. Chr. reichende Geschichte trägt Spuren aus dem Neolithikum, der Zeit, in der die Menschen zur Tierhaltung und Landwirtschaft übergingen. Körtik Tepe stellt einen der Schlüsselpunkte zum Wechsel ins Neolithikum in Kurdistan dar. Die hier ausgegrabenen Weizenrelikte liefern den Wissenschaftlern Angaben von enormer Wichtigkeit. Weiterhin ist man häufig auf Ziegenhörner und Ziegenfiguren gestoßen, woraus schließen lässt, dass schon in dieser Zeit die Ziege domestiziert war, Erzeugnisse aus der Ziegenhaltung produziert wurden und gar aufgrund der Erträge aus der Ziegenhaltung die Ziege zum Mythos oder Kult wurde.

Ein Mittani-Erbe: Kavuşanhöyük

Kavuşanhöyük liegt 10 km südöstlich von Bismil und trägt Spuren der Mittani-Kultur, die etwa dreitausend Jahre v. Chr. in der Region existierte. Auch in diesen Gebieten sind einige Funde aus dem Neolithikum geborgen worden. Es lässt darauf schließen, dass vor unserer Zeitrechnung durch eine Überflutung ein Großteil des Lebensraums überschwemmt wurde. Viertausend Jahre später trifft dieses Siedlungsgebiet das gleiche Schicksal, diesmal von Menschenhand verursacht. Auch Kavuşanhöyük wird in den kommenden Jahren von den Wassern des Ilisu-Staudamms überschwemmt werden.

Das einzige Beispiel seiner Art: Hakemi Use

Hakemi Use befindet sich innerhalb der Grenzen von Bismil und hat eine Geschichte, die über zehntausend Jahre reicht. Vom gesamten Tigristal herrschte lediglich in diesem Gebiet die Hassuna/Samarra-Kultur. Hakemi Use war in der assyrischen Zeit ein bekanntes Zentrum für Keramik. Weiterhin gibt es viele Hinweise dafür, dass Hakemi Use in der neolithischen Zeit viele Kontakte zu fernen Kulturen pflegte. Auch deshalb stellt es einen archäologischen Schatz dar.

Der multikulturelle Kenan Tepe

Kenan Tepe liegt am Tigrisufer und birgt Reste aus der frühen und späten Bronzezeit. Laut den Vermutungen der Archäologen stellte Kenan Tepe nicht nur eine äußere politische Grenze zwischen dem Herzen Mesopotamiens, der Grenze zwischen Mesopotamien und Anatolien und den zerstreut umliegenden Nachbarstaaten und -kulturen dar – er soll auch zwischen den armen Tälern und den reichen Bergen als wirtschaftliche Grenze fungiert haben. Daher wird Kenan Tepe als ein außerordentlich wichtiges Zentrum angesehen. Die Ausgrabungen in Kenan Tepe dienen als Hilfe zum Verständnis der Dynamik der Grenzen. Hierbei kann eine Verbindung geschaffen werden zwischen der Entwicklung des Staates und den archäologischen Funden. Weiterhin droht die Überschwemmung am Hibermerdon-Hügel, in Nähe der Salat-Moschee in Bismil, beim Berg Başur und dem Türbe in Siirt. Diese archäologischen Areale sind nur Gebiete, in denen „Rettungs-Ausgrabungen" stattfinden. Dutzende wichtige Mounds werden unentdeckt unter Wasser verschwinden.

Hasankeyf muss als Weltkulturerbe anerkannt werden

Nach Informationen von Güven Eken, Vorsitzender des *Naturvereins*, werden in Hasankeyf und im Tigris-Tal 83 der 300 archäologischen Areale überschwemmt werden: „Die Zukunft, die uns das Ilisu-Staudamm-Projekt verspricht, wird gleichzeitig die Jahrtausende alte Geschichte und beispiellose Naturgebiete vernichten. Der einzige Weg, Hasankeyf nicht zu zerstören, ist das Beenden des Ilisu-Staudamm-Projekts und die Aufnahme dieses Gebietes in die Liste des Weltkulturerbes." ♦

Besprechung des Essays *Urfa – Segen und Fluch einer Stadt* von Abdullah Öcalan

Denken, Umdenken, Handeln!

von John Tobisch-Haupt

Es bedarf mehr als nur einer mentalen Revolution, um die kurdische Frage zu lösen: des Willens zum Frieden.

Ende der 1970er Jahre begann von Urfa ausgehend der Kampf der PKK gegen Feudalherren und staatliche Assimilationspolitik gegenüber den Kurden. Ein Kampf, der auf beiden Seiten erbittert geführt wurde, mit dem die entstehende kurdische Befreiungsbewegung die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens unterstrich. Im Zuge des Militärputsches von 1980 gerieten viele PKK-Kader in Gefangenschaft, wurden getötet oder setzten sich ins Exil ab. Darunter auch der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, der sich mit einigen Getreuen schon zuvor in den Libanon abgesetzt hatte, um die Reorganisation der noch jungen Partei voranzutreiben. Zehntausenden gefangenen Aktivsten aus Gewerkschaften, politischen Parteien und sozialen Bewegungen wurde der Prozess gemacht, so auch den Angehörigen der PKK. Öcalan wurde in Abwesenheit angeklagt, sein Prozess von laufenden Verfahren gegen PKK-Mitglieder abgetrennt. Nachdem Öcalan 1999 in einer Nacht- und Nebelaktion unter maßgeblicher Beteiligung westlicher Geheimdienste in die Türkei verschleppt worden war, kam Bewegung in das seit Jahrzehnten ruhende Verfahren, das getrennt vom Hauptprozess auf Imralı wieder aufgenommen wurde.

Zur selben Zeit bereitete sich Öcalan auf sein Beschwerdeverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (ECHR) vor, für das er eine umfassende Verteidigungsschrift verfasste, die später auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Gilgameschs Erben“ erschien. Die zentralen Thesen dieser Streitschrift finden sich in dem im Oktober erscheinenden Essay „Urfa – Segen und Fluch einer Stadt“ wieder, das auf der Grundlage von Öcalans Verteidigungsschrift für das wieder aufgenommene Verfahren in Urfa entstand. Der kleine Band ist die am wenigsten umfangreiche Publikation des Kurdenführers, weshalb sie sich für jene Leser eignet, die nur einen kleinen Überblick über die Ideenwelt eines der herausragendsten Protagonisten der kurdischen Bewegung gewinnen wollen. Wie schon in „Gilgameschs Erben“ setzt Öcalan in dem nun erscheinenden Essay zu einer zivilisationskritischen Analyse menschlicher Zivilisationsgeschichte an, um zur Fragestellung nach möglichen Lösungsperspektiven für die zahlreichen Konflikte des Mittleren Ostens überzuleiten. Die Fokussierung auf eine einzige Region erscheint nur augenscheinlich überraschend.

Öcalan begreift die Region Urfa als Mikromodell Kurdistans und des gesamten Mittleren Ostens, anhand deren Geschichte sich die Ursachen zahlreicher Konflikte und deren Lösungsperspektiven stellvertretend darstellen lassen. Hier leben, arbeiten und handeln Kurden, Türken, Araber, Turkmenen, Armenier und Assyrer seit Jahrhunderten miteinander und scheinen so der Vorstellung, es könne im Mittleren Osten „ethnisch reine“ Nationalstaaten geben, Hohn zu sprechen. Religion hat in dieser geschichtsträchtigen Stadt stets eine große Rolle gespielt. Die mit 11000 Jahren ältesten Tempel der Menschheit in Göbekli Tepe sind nur wenige Kilometer von der Urfaer Altstadt entfernt. In Urfa sollen Abraham geboren und Hiob begraben sein. Urfa, damals Edessa genannt, war einer der Kreuzfahrerstaaten, und heute gilt die fünftheiligste Stadt der Muslime, die „Heimat der Propheten“, als religiös-konservativ mit großem Einfluss von muslimischen Bruderschaften und Scheichs.



Abdullah Öcalan in der Zelle auf Imralı — Foto: ÖP

An diesen Umstand knüpft Öcalan an. Er verortet die Religion als wichtigen Teil menschlicher Ideengeschichte, die selbst in materialistisch denkenden westlichen Gesellschaften lebendig ist. Die Verquickung von Religion und politischer Macht kritisiert er jedoch scharf, wie sie in allen Staaten des Mittleren Ostens, die alles andere als ein Hort von Demokratie und Menschenrechten sind, nach wie vor die Regel ist. Dem lähmenden Gift der Schicksalsergebenheit, die den Mittleren Osten seit Jahrhunderten in Agonie hält, müsse mit dem befreiten kollektiven Denken von Individuen begegnet werden. Er fordert leidenschaftlich eine mentale Revolution, einen gesellschaftlichen Umdenkungsprozess, der in die Säkularisierung des öffentlichen Lebens münden soll, auf der Grundlage eigener Traditionen und Wertvorstellungen. Zivilgesellschaftlichen Strukturen, so Öcalan, käme hierbei eine besondere Bedeutung zu, die er als treibende Kraft in einem breiten Demokratisierungsprozess von Unten sieht. Genau diese haben nach Öcalan bei der Lösung der kurdischen Frage eine Schlüsselfunktion, da nur sie der Militarisierung von Konflikten wie dem türkisch-kurdischen Konflikt entgegenwirken können.

Texte wie das vorliegende Essay trugen Anfang der 2000er Jahre maßgeblich zu einem Umdenken in der kurdischen Bewegung bei und bildeten eine der Grundlagen ihrer Diskussionen während des Waffenstillstands der PKK von 1999–2005. Aufgrund der Blockadehaltung der türkischen Regierungen, insbesondere die der islamistischen AKP, die grotesker Weise im Westen hohes Ansehen genießt, sind diese Bemühungen bisher nicht in einen Frieden eingemündet. Seit 2006 hat sich der Konflikt wieder verschärft, in dem bis heute Hunderte von Menschen ihr Leben verloren haben. Es bedarf mehr als nur einer mentalen Revolution, um die kurdische Frage zu lösen: des Willens zum Frieden. Das Essay Öcalans ist hierzu ein Beitrag. ♦

Vorabdruck aus dem Buch: Abdullah Öcalan: Urfa – Segen und Fluch einer Stadt

Urfa und die PKK

Ohne dass sich die PKK dieses Widerspruchs bewusst war, versuchte sie sich in Urfa an dieser Problematik. Sie schrieb sich Freiheit und Aufklärung auf ihre Fahnen, was niemand ernsthaft bestreitet. Ihre ersten Aktionen, die hier stattfanden und sich in erster Line gegen feudale und reaktionäre Strukturen richteten, anstatt sich direkt gegen die Institutionen der Republik zu wenden, sprachen für sich.

Ließe sich nun die PKK als eine moderne Bewegung klassifizieren, die an Traditionen der abrahamitischen Kultur anknüpft? Hinsichtlich ihrer Zielsetzungen bestehen frappierende Ähnlichkeiten. Ihr Angriff auf feudale Machtstrukturen und deren Repräsentanten, die die gesellschaftliche Agonie weiter verschärften, war letztendlich auch ein Beitrag zur Demokratie. Die Aktionen der PKK standen nicht im Widerspruch zum Republikanismus, sondern vielmehr in seiner Tradition. Gemäß ihrer säkularen und demokratischen Zielsetzung richtet sich ein aufrichtiger Republikanismus gegen jedwede Form des Feudalismus. Demzufolge ist die Republik ihrem Wesen nach antifeudal. Objektiv betrachtet, bestand zwischen der Republik und der PKK eine gewisse Schnittmenge an gemeinsamen Interessen, was an die Situation erinnert, als 1920 die kurdisch-türkische Allianz in den Regionen Antep, Urfa und Mara begründet wurde. Grundlage dieser Allianz war die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen, die sich an der Moderne und einem freiheitlichen Miteinander ausrichteten. Es mutet tragisch an, dass diese Allianz aufgrund eines extremen türkischen Nationalismus und der kurdischen Aufstände nicht lange Bestand hatte. Eine bedeutende historische Entwicklung wurde so im Keim erstickt, weshalb feudale Macht- und Gesellschaftsstrukturen weiterhin existieren konnten.

In diesem Sinne versucht die PKK, auf den freiheitlichen und geschwisterlichen Charakter der Republik aufzubauen. Zu kritisieren ist, dass sie dabei wenig politisches Fingerspitzengefühl aufbrachte. Es wäre jedoch übertrieben, sie ihrem Wesen nach als separatistisch einzuschätzen. Die PKK hat sich den Grundsatz, dass es keine Einheit ohne Freiheit geben kann, zu Eigen gemacht, weshalb der Vorwurf, sie habe die Gründung eines separaten kurdischen Staates verfolgt, nicht den Realitäten entspricht. Ihr Fehler lag vielmehr in einem Aktionsverständnis, das zu undifferenziert zur Anwendung kam. Die PKK ist eine Bewegung mit einem ernsthaften Anspruch. Sie ist in der Lage, auch ohne Anwendung von Gewalt, zumindest ohne Anwendung von Gewalt, die über das Maß der legitimen Selbstverteidigung hinausgeht, ihren Beitrag zu einer demokratischen und säkularen Republik zu leisten.

Ich erachte es deshalb nicht für notwendig, die diesbezüglichen Ausführungen meiner allgemeinen Verteidigungsrede noch einmal zu wiederholen. Ich will an dieser Stelle nur anmerken, dass sie sich auch auf Urfa beziehen, wo diejenigen Aktionen der PKK stattfanden, für die ich in diesem Prozess angeklagt bin.

Wichtiger scheint mir zu sein, ob es der PKK gelingt, an die „abrahamitische Tradition" anzuknüpfen und eine moderne Vision für das 21. Jahrhundert zu entwerfen, um in der Region Urfa eine Renaissance anzustoßen. Für die PKK ist es deshalb von immenser Bedeutung, mit dem gegenwärtigen ideologischen Transformationsprozess, den sie durchläuft, das hierfür notwendige Bewusstsein zu schaffen. Mit ihrer jetzigen Performance wird sie jedoch nicht in der Lage sein, eine nochmalige Wende in der Region herbeizuführen. Aber auch die türkische Republik wird nicht mehr länger ihre Legitimation aus dem Bündnis mit lokalen feudalen Strukturen beziehen können.

Abdullah Öcalan, Urfa – Segen und Fluch einer Stadt
Mezopotamien Verlag, ca. 70 Seiten, Herausgeber: Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan"
ISBN: 3-931885-94-1, Erscheinungsdatum: Oktober 2008

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Einladung zum Ersten Internationalen Camp in Amed/Diyarbakır

Wir laden Euch alle ganz herzlich ein, am 1. Internationalen Camp in Amed teilzunehmen und/oder dieses organisatorisch und inhaltlich mitzugestalten. Für das einwöchige Camp wird vor allem in der kurdischen Bewegung und der türkischen und europäischen Linken mobilisiert. Auf dem Camp soll es gemeinsame inhaltliche Auseinandersetzungen und praktische Aktivitäten geben. Besonders wichtig ist uns dabei das gegenseitige Kennenlernen von BasisaktivistInnen aus den kurdischen Gebieten, der Türkei und Europa.

Das Camp wird vermutlich im Frühjahr 2009 stattfinden. Durch zahlreiche Veranstaltungen, Artikel und Berichte in den Medien soll in der Zeit vor dem Camp europaweit eine fundierte Auseinandersetzung, unter anderem über Frieden, die kurdische Frage und Lösungsperspektiven, die Rolle von Deutschland, Europa, der NATO und den USA innerhalb dieses Krieges und über Frauenbewegungen in der Türkei, Kurdistan und Europa angeregt werden.

Wir sehen das Camp, die Zeit davor und danach als eine Initiative, in dem neue linke solidarische Netzwerke in Europa entstehen können und sollen.

Wenn Du selber in deiner Stadt eine Infoveranstaltung organisieren, weitere Termine erfahren, mitfahren oder anderweitig mitmachen möchtest oder wenn du einfach eine Frage hast – schreib uns.
amed.camp@so36.net

Andrea Wolf, Ronahî

ermordet am 23.10.1998 nach ihrer Festnahme durch das türkische Militär .
Neben ihr sind Rojhat, Cembeli, Hozan Hogir, Kamuran, Azîme Savas, Agirî, Botan, Kawa, Siyar, Lesker, Kemal, Tekoser, Amed, Deniz, Xosnav, Harun Aziz, Kendal Berxwedan, Gabar Afrîn, Sîpan, Salman, Bahoz, Dilbirîn und Xezal in Kurdistan im Kampf für ein Leben in Freiheit und Würde während einer Groß-operation vom 21. – 27. Oktober 1998 gefallen.



ISSN 0935–5375